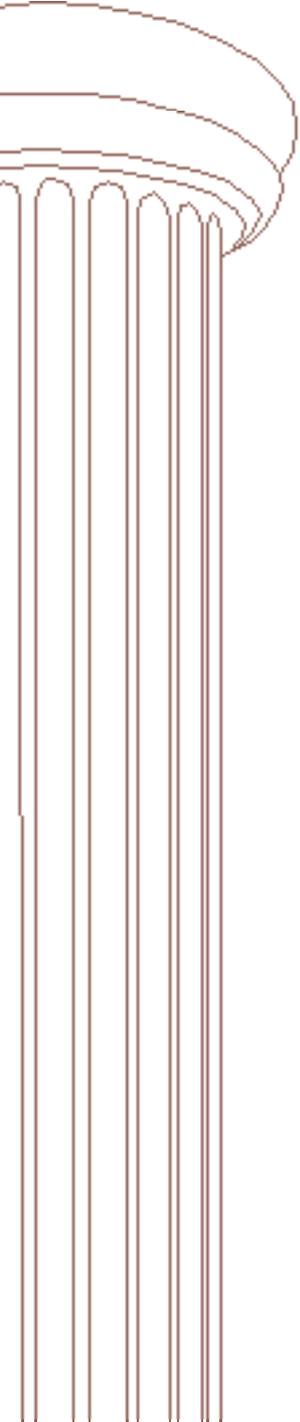


# MAECENATA ACTUELL

Nr. 56 - März 2006

Journal des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft  
an der Humboldt-Universität zu Berlin



## Beiträge

Eckhard Priller und Jana Sommerfeld  
Wer spendet in Deutschland? Eine sozialstrukturelle Analyse

Dieter Hernegger  
Aktuelle Bemühungen um eine Absetzbarkeit von Spenden in Österreich

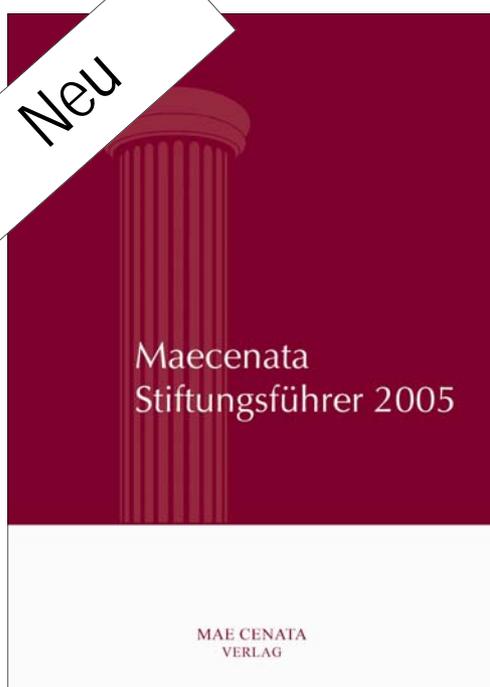
Rupert Graf Strachwitz  
Internationale Philanthropie im öffentlichen Diskurs

Eva Neumann und Hans-Conrad Walter  
Kultur trifft Wirtschaft

MAECENATA  
VERLAG

# Maecenata Stiftungsführer 2005

Neu



Der Maecenata Stiftungsführer ist ein unentbehrliches Nachschlagewerk für Studierende, Wissenschaftler, Künstler, Vereine und für alle, die sich zur Finanzierung gemeinnütziger Projekte an Stiftungen wenden möchten.

Das Buch bietet einen hervorragenden Überblick über das Stiftungswesen in Deutschland.

1500 Stiftungen, vor allem jüngere, seit dem Jahr 2000 gegründete, werden vorgestellt, mit Angaben zu Namen, Anschrift, Stiftungszweck und Fördermöglichkeiten.

5., vollständig überarbeitete Auflage  
488 Seiten  
ISBN 3-935975-44-9  
**24,90 €**

Hiermit bestelle ich zur Lieferung  
gegen Rechnung

Exemplar[e] des  
**Maecenata Stiftungsführers 2005**

an folgende Adresse:

---

---

---

---

---

MAECENATA VERLAG  
Albrechtstr. 22  
10117 Berlin

**Fax: 030 - 28 38 79 10**

*Datum/ Unterschrift*

# Inhalt

In eigener Sache .....	4
Eckhard Priller und Jana Sommerfeld: Wer spendet in Deutschland ? Eine sozialstrukturelle Analyse .....	6
Dieter Hernegger: Aktuelle Bemühungen um eine Absetzbarkeit von Spenden in Österreich.....	21
Rupert Graf Strachwitz: Internationale Philanthropie im öffentlichen Diskurs .....	24
Eva Neumann und Hans-Conrad Walter: Kultur trifft Wirtschaft .....	27
Berichte und Notizen .....	29
Andreas Fulda: Sino-German NGO-Dialogue Forum on the “Development of Grassroot Democracy through Public Participation” .....	29
Michael Strübin: Community Foundations in Europe. German-Italian Conference of the Maecenata Institute and Fondazione Cariplo.....	30
Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement konstituiert.....	32
Stiftungsboom in Deutschland hält an .....	33
Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2006 vergeben .....	33
Umkreissuche Bürgerstiftungen .....	33
Stifter Karl Kübel verstorben .....	33
Helmut Anheier nimmt Ruf an Universität Heidelberg an .....	33
Deutscher Fundraising Preis 2006 geht an Ludwig Güttler .....	34
Neues Fundraising-Internet-Portal .....	34
Deutscher Fundraising Verband initiiert Benchmark-Studie in der Fundraising-Branche .....	34
BAGFW und Bank für Sozialwirtschaft vereinbaren enge Zusammenarbeit in Europafragen .....	34
Neue ISTR-Website .....	35
Hamburg-Mannheimer Stiftung mit dem Förderpreis Jugend in Arbeit ausgezeichnet.....	35
Online-Datenbank zu politischer, zivilgesellschaftlicher Bildung .....	35
Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2006 .....	35
Neuerscheinungen .....	36
Neue Veröffentlichungen zum Thema Bürgerstiftungen.....	36
Weitere Veröffentlichungen.....	37
Termine und Ausschreibungen .....	39
Mitteilungen aus dem Institut.....	50
Das Maecenata Institut als möglicher Projektpartner von Stiftungen und Unternehmen - Auswertung einer Anfrageaktion.....	50
Thomas Adam als Visiting Fellow am Maecenata Institut .....	51
Neue Veröffentlichungen.....	51
Colloquium des Maecenata Instituts .....	52
Impressum.....	55

## In eigener Sache

Vor fast genau einem Jahr erhielten wir die Nachricht, daß die Stiftung Mercator die institutionelle Förderung des Maecenata Instituts trotz oder vielleicht auch wegen der Zufriedenheit mit den Leistungen während der Förderperiode nicht über das Jahresende 2005 verlängern wird. Wir haben diese für uns alarmierende Nachricht seinerzeit veröffentlicht. Seitdem haben zum einen mehrere außenstehende Persönlichkeiten und Institutionen sowie die Mitarbeiter des Instituts versucht, die Stiftung zu einer Änderung ihrer Position zu bewegen. Zum zweiten haben wir intensive Anstrengungen unternommen, neue institutionelle Förderer zu gewinnen (siehe hierzu den Bericht von Thomas Ebermann). Zum dritten haben wir intensiv die Idee einer süddeutschen Privatuniversität verfolgt, das Institut zu übernehmen.

Heute muß ich berichten, daß wir mit all diesen Bemühungen gescheitert sind – auch bei der dritten Option schon an der mangelnden Finanzierung, so daß es auf die weiteren Probleme, besonders unsere fortdauernde Bindung an die Humboldt Universität zu Berlin, nicht mehr ankam.

Als Betroffene können wir nur schwer einschätzen, welchen Umständen dieses Scheitern geschuldet ist.

- Ist es ein Trend gegen die Geistes- und Sozialwissenschaften, der in der Tat viele Opfer fordert, darunter sehr prominente wie das Max-Planck-Institut für Geschichte oder das Historische Kolleg in München?
- Sind es unsere Leistungen, auf die ich noch eingehen werde, die einer Evaluierung nicht standhalten?
- Ist nach wie vor die Einsicht nicht vermittelbar, daß Philanthropie und Zivilgesellschaft in unserer Gesellschaft Themen von höchster Priorität darstellen, die dringend der Begleitung durch Forschung, Lehre, Politikberatung und öffentliche Information (so das Aufgabenspektrum des Instituts) bedürfen? Und wenn dies so ist, haben wir gerade hier versagt, indem wir das nicht verdeutlichen konnten?
  - Oder herrscht schließlich bei Entscheidungsträgern in Förderinstitutionen die Ansicht vor, zwar sei dies alles durchaus wichtig, aber wir seien als kritische Begleiter Nestbeschmutzer und daher als Partner ungeeignet?

Letztlich mag an allen Begründungen etwas dran sein.

Das Institut selbst kann freilich auf 8 arbeitsintensive Jahre zurückblicken. Die Spanne reicht

- von der Beteiligung an mehreren internationalen Forschungsprojekten bis zu selbst konzipierten Forschungsvorhaben,
- von Lehraufträgen und Vortragsverpflichtungen an zahlreichen Hochschulen und anderen Einrichtungen im In- und Ausland über die wissenschaftliche Förderung von inzwischen ca. 80 Collegiaten bis zur heutigen Einbindung in den Lehrbetrieb der Humboldt Universität,
- von den jedermann zugänglichen Angeboten der Information auf der Website und in der am besten aufgestellten Fachbibliothek in Deutschland bis zum Journal Maecenata Aktuell, dessen 56. Ausgabe Sie vor sich haben und zum 2. Bericht über Philanthropie und Zivilgesellschaft in Deutschland und schließlich
- von der intensiven Mitwirkung an den Reformvorhaben zum Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrecht bis zur aktiven Mitwirkung in der Enquete Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements.

15 Buchpublikationen im eigenen Verlag, 17 Veröffentlichungen in der Reihe Arbeitshefte und 19 in der Reihe Opuscula, zahlreiche Bücher und Aufsätze in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften und Zeitungen im In- und Ausland, zahllose Interviews, Hintergrundgespräche und sonstige Medienkontakte sind Beispiele für unsere Produktivität, aber auch für die Akzeptanz unserer Arbeit im wissenschaftlichen und praktischen Umfeld und in der Öffentlichkeit. Was 1997, als das Institut gegründet wurde, noch kaum erreichbar erschien, ist heute jedenfalls theoretisch erreicht. Zivilgesellschaft als unverzichtbares Aktionsfeld von Bürgern ist auch in Deutschland in der politischen Realität angekommen. Wir können für uns in Anspruch nehmen, dazu beigetragen zu haben. Unsere Erfolge verdanken wir nicht zuletzt unseren Netzwerkpartnern hierzulande und in aller Welt

### Wie geht es weiter?

Wenn auch noch viel Wichtiges zu tun bleibt, wäre es daher durchaus ehrenvoll gewesen, das Projekt Maecenata Institut als abgeschlossen zu betrachten und das Institut infolge des Wegfalls der Grundfinanzierung zu schließen. Der Zufall wollte es, daß die größeren Einzelprojekte ohnehin zum Abschluß gekommen waren, so daß wir insofern niemandem etwas schuldig bleiben. Ohne Grundfinanzierung sind

wir andererseits in unseren Arbeitsmöglichkeiten extrem eingeschränkt, können schon gar nicht mit ausreichend grundfinanzierten Einrichtungen konkurrieren, wenn es etwa um Förderanträge bei der Europäischen Kommission, der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder anderen Stellen geht. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter mußten fast ausnahmslos gekündigt werden, für die Betroffenen eine große persönliche Härte, für das Institut aber auch der Verlust des ständigen Diskurses in der Gruppe.

Diesen nachvollziehbaren rationalen Argumenten steht die Aufmunterung durch zahlreiche Kollegen, Collegiaten, Partner und Freunde entgegen, das Institut nicht sterben zu lassen. Sie äußert sich auch in konkreten Fördervereinbarungen, Forschungs- und Gutachteraufträgen, die immerhin im laufenden Jahr bereits ein Volumen von über 100.000 € erreicht haben. Dies ist gewiß kein Ausgleich für die entfallene Grundfinanzierung, aber hat den Entschluß reifen lassen, zunächst, wenn auch in drastisch verkleinerter Form, weiterzumachen. Anders ausgedrückt: wir wollen probieren, ob wir es schaffen.

Inhaltlich und organisatorisch stehen wir vor der Herausforderung, mangels fester Mitarbeiter für fast jeden Forschungs- oder Lehrauftrag die notwendigen Humanressourcen einzeln akquirieren zu müssen. Um dies zu erleichtern, wird neben den schon bestehenden Anbindungen als Mitarbeiter, Beiräte, wissenschaftliche Partner, wissenschaftliche Gäste (Visiting Fellows), Collegiaten und wissenschaftliche Hilfskräfte eine neue Kategorie geschaffen: Als *Fellows* des Maecenata Instituts können Persönlichkeiten berufen werden, die ihre Verbundenheit z.B. als hauptamtliche Mitarbeiter unter Beweis gestellt haben und interessiert sind, weiter aktiv an der Institutsarbeit teilzunehmen. Ein genaues Statut wird zur Zeit erarbeitet.

Finanziell sehen wir uns vier Hauptproblemen gegenüber:

- Finanzierung der Institutsräume,
- Finanzierung der Bibliothek,
- Finanzierung unserer Informationsangebote Website und Journal,

- Finanzierung der Institutsleitung und Projektkoordination.

Wir sehen voraus, daß wir diese Probleme kurzfristig nicht lösen können, so daß z.B. MAECENATA ACTUELL nicht mehr wie bisher regelmäßig sechsmal im Jahr erscheinen kann. Unsere Bereitwilligkeit, Auskünfte zu erteilen und ohne Honorierung an Projekten, Gesprächsrunden und dergl. teilzunehmen, wird sich künftig in engen Grenzen halten müssen. Wir werden uns weiter um Förderer für einzelne Dauervorhaben bemühen. Darüber hinaus sind wir dabei, in Zusammenarbeit mit den jetzigen und ehemaligen Collegiaten einen Förderverein für Philanthropie und Zivilgesellschaft zu konzipieren, der es jedermann, der sich für unsere Arbeit interessiert, ermöglicht, diese nach seinen und ihren Kräften zu unterstützen.

Zum Ende dieses Jahres werden wir zu evaluieren haben, ob dieses Alternativkonzept eine Zukunft hat und ob es gegebenenfalls modifiziert werden muß. Insofern bleibt die Schließung leider eine Option, die nicht ausgeschlossen werden kann.

Eines aber bleibt ganz gewiß: Für hagiographische Übungen steht dieses Institut nicht zur Verfügung. An dem Anspruch des Instituts, die Zivilgesellschaft durch kritische Grundlagenarbeit zu stärken, darf sich nichts ändern. Wer glaubt, der Zivilgesellschaft und zumal dem Stiftungswesen sei dadurch gedient, daß stets nur deren und dessen Lob gesungen, der Beitrag zur Gesellschaft stets nur gefeiert wird, tut nach meiner festen Überzeugung niemandem einen wirklichen Gefallen. Auch erscheint es zu kurz gedacht, wenn nur über Strategien für bessere Governance oder besseres Fundraising geredet, die Suche nach tragfähigen Leitbildern aber ebenso ausgeklammert wird wie der kontroverse Diskurs. So lange es dieses Institut gibt, wird es einen Beitrag zum sozialen Wandel leisten und ebenso konstruktiv wie kritisch über die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure in einer modernen Bürgergesellschaft zu reflektieren.

März 2006

Rupert Graf Strachwitz  
Direktor des Maecenata Instituts

## Wer spendet in Deutschland? Eine sozialstrukturelle Analyse

### 1. Einleitung und Zielsetzung

Die Tsunami-Katastrophe in Südostasien am 26. Dezember 2004 hat in Deutschland zu einer bislang nicht gekannten Spendenbereitschaft geführt. Nach Umfragen hat jeder zweite Bundesbürger für die Opfer der Flutkatastrophe gespendet. Die deutsche Bevölkerung stellte nach Angaben des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bis Ende Februar 2005 rund 516 Millionen Euro und damit wesentlich mehr als die 350 Millionen Euro bei der Elbe-Flut 2002 bereit, die bislang als Spendenrekord im Katastrophenfall galten.

Im Vergleich mit neun westlichen Industrieländern lag Deutschland nach den absoluten Spendensummen bei der Flutkatastrophe auf Platz zwei hinter den USA, die umgerechnet 566 Millionen Euro gespendet hatten. In der Pro-Kopf-Betrachtung steht Deutschland in diesem Ländervergleich mit 6,30 Euro je Einwohner aber nur an der sechsten Stelle. Spitzenreiter ist die Schweiz mit einer durchschnittlichen Spendensumme von 23 Euro pro Einwohner, gefolgt von Norwegen mit 15,90 Euro und Schweden mit 12,10 Euro. Die USA weisen in der Liste verfügbarer länderspezifischer Angaben das geringste Pro-Kopf-Aufkommen mit 1,90 Euro auf.

Zu dem hohen Spendenaufkommen für die Tsunami-Opfer in Südostasien haben neben dem Umfang der Katastrophe eine Reihe weiterer Faktoren beigetragen. Dazu gehören die intensive mediale Vermarktung und der Einsatz eines breiten Spektrums von zum Teil neuen Spendentekniken, die von der traditionellen Sammelbüchse bis zur Nutzung von Telefon, Handy und Internet reichten. Auch der Zeitpunkt der Katastrophe zu Weihnachten hat die Spendengelder für das Unglück besonders üppig fließen lassen, denn um diese Zeit wird traditionell am meisten gespendet.

Bei weiteren Naturkatastrophen großen Ausmaßes, die besondere Spendenaufrufe von Organisationen zur Folge hatten, wie z. B. für das Erdbeben in Pakistan (dessen Ausmaß mit jenem der Tsunami-Katastrophe vergleichbar ist), kam nur ein wesentlich geringeres Spendenvolumen zusammen. Insofern können die besonderen Umstände der Tsunami-Spendenaktion nicht als „Normalfall“ und Maßstab für die Spendenbereitschaft in Deutschland angesehen werden.

Bei der Analyse und Erklärung des Spendenphänomens sind unterschiedliche Perspektiven vorhanden. Neben volkswirtschaftlichen, juristischen und psychologischen Sichtweisen spielen auch verschiedene politikwissenschaftliche und soziologische Aspekte eine fundamentale, wenn auch noch häufig vernachlässigte Rolle.

Gleichzeitig sind die unterschiedlichen Betrachtungsebenen der Spendenthematik zu berücksichtigen. So ist zwischen einem gesellschaftlichen, organisationsbezogenen und individuellen Blickwinkel zu unterscheiden. Auf der gesellschaftlichen Ebene stellt sich z. B. die Frage, inwieweit mittels Spenden bestimmte sozialpolitische Probleme einer Lösung zugeführt, Notsituationen gemildert oder bestimmte Entwicklungen durch ihre Stimulierung unterstützt werden. Die organisationsbezogene Betrachtung geht davon aus, dass Spenden heute zumeist nicht mehr direkt an Bedürftige gehen, sondern von gemeinnützigen Organisationen gesammelt werden, die diese in Projekten oder insgesamt für ihre gemeinwohlorientierten Tätigkeiten einsetzen. Für Organisationen wie die Wohlfahrtsverbände, weitere, hauptsächlich international agierende Hilfsorganisationen bis hin zu kleinen, lokal wirkenden Organisationen, entscheidet die Spendenhöhe mit über den Umfang und die Ausrichtung ihrer Arbeit. Gesichertes Wissen über die Spendenbereitschaft und das Spendenverhalten können unter diesen Gesichtspunkten nicht nur Angaben zum Spendenvolumen liefern, sondern auch Auskunft darüber geben, ob und inwiefern durch Spenden ein Rückgang staatlicher finanzieller Unterstützung für diese Organisationen kompensiert werden kann.

Eine andere Betrachtungsebene, mit der sich das vorliegende Arbeitspapier hauptsächlich auseinandersetzt, konzentriert sich auf die individuelle Ebene und dabei auf die sozialstrukturelle Analyse, wer von den Bürgern spendet. Die Ergebnisse sind nicht nur für jene wichtig, die sich in beruflicher Hinsicht mit dem Fundraising und damit mit den Fragen beschäftigen, wie für Organisationen und Einrichtungen Spenden zu beschaffen sind und an wen man sich wenden sollte. Die Angaben darüber, wer in einer Gesellschaft spendet, wie viel und für welchen Zweck, liefern wichtige Aussagen über die Ausprägung von Werten

wie Solidarität, Hilfsbereitschaft und die Selbstorganisation der Bürger. Letztlich kommt im Spendenverhalten in spezifischer Weise der zivilgesellschaftliche Zustand einer Gesellschaft zum Ausdruck.

Im Unterschied zu „Zeitspenden“ in Form von bürgerschaftlichem oder, traditionell ausgedrückt, von ehrenamtlichem Engagement, zu denen bereits zahlreiche Ergebnisse vorliegen, hat sich der bislang nur lückenhafte Kenntnisstand über materielle Spenden in den letzten Jahren in Deutschland nicht grundlegend verbessert. Es liegen zu diesem Thema zwar einige punktuelle Untersuchungen vor, die häufig aber nur Angaben zu Einzelaspekten und zu speziellen Bereichen des Spendenvolumens und des Spendenverhaltens bereitstellen.

Wie hoch ist die Spendensumme, die normalerweise jährlich außerhalb besonderer Katastrophenfälle in Deutschland zusammenkommt? Wer von den Bundesbürgern spendet eigentlich? Sind es die vermögenden Schichten, die etwas von ihrem Wohlstand abgeben oder handelt es sich heute um eine allgemeine „Kultur des Gebens“, die in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen ausgeprägt ist?

Diesen Fragestellungen geht das vorliegende Arbeitspapier mittels einer deskriptiven Analyse nach. In einem ersten Teil werden die historische Verankerung und die Veränderungen der allgemeinen Spendenmotivation untersucht. Danach wird ausgehend, von der Darstellung des Stellenwerts der Spende in unserer heutigen modernen Gesellschaft, eine detaillierte Analyse der Spendensituation in Deutschland vorgenommen. Im Mittelpunkt steht dabei die Auswertung von Daten des Freiwilligensurveys. Diese bei 15.000 Bundesbürgern im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführte repräsentative Erhebung zum bürgerschaftlichen Engagement wurde bislang in den Jahren 1999 und 2004 realisiert und enthält Angaben zum Spendenverhalten der Deutschen. Einbezogen werden auch verfügbare Eckdaten des Ernid-Spendenmonitors, die als Zeitreihe die zurückliegenden 10 Jahre abbilden. Der Spendenmonitor ist eine vom Marktforschungsunternehmen TNS Infratest seit 1995 bei 4.000 Bürgern ab 14 Jahren jährlich durchgeführte Erhebung zum Spendenverhalten. Der internationale Vergleich basiert auf dem European Social Survey 2002/2003 (ESS), einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die auf Anregung der European Science Foundation entstanden ist.

Ziel der Analyse ist neben der Ermittlung des nationalen Spendenvolumens die Beantwortung der Frage, durch welche sozialstrukturellen Merkmale sich Spender auszeichnen.

Dies soll letztendlich die Suche nach jenen Faktoren unterstützen, die auf das Spendenverhalten Einfluss haben. Schließlich werden internationale Vergleichszahlen herangezogen, um die Position der Deutschen hinsichtlich des Spendenverhaltens besser einordnen zu können. Abschließend werden Perspektiven für weiteren Forschungsbedarf aufgezeigt.

## **2. Spenden – historisch verankert und fester Bestandteil moderner Gesellschaften**

### **2.1 Historischer Kontext**

Das Spenden von Geld und Gütern hat eine lange Tradition. Bereits in den Werken von Plato und Aristoteles begegnen wir dem Bild vom wohlhabenden Menschenfreund (Philanthropen), der aus „philantrophía“ konkrete Hilfe für seine Mitmenschen leistet. In der Regel blieben die so genannten Almosen auf den Kreis der gesellschaftlich Gleichgestellten und der nächsten Mitmenschen, d. h. auf die Familie, den Wohnort oder den Staat beschränkt (Müller 2005: 45). Das Menschenbild des klassischen griechischen Humanismus sah ein entsprechendes Verhalten als Beitrag, um durch Güte und Milde die eigene Vollkommenheit zu erhöhen. Auch im antiken Rom spiegelte das Spenden von Geld oder Naturalien nur in wenigen Fällen Wohltätigkeit in unserem heutigen Verständnis wider. Neben der Hebung des persönlichen sozialen Prestiges und in der Absicht politische Unterstützung zu erhalten, diente die Verteilung dieser Mittel der vorbeugenden und vorausschauenden Vermeidung von Unruhen, Umsturz und Verbrechen sowie der Bekämpfung von Krankheiten – Ereignissen, denen man damals hinsichtlich der eigenen Sicherheit und Gesundheit mit Respekt und Furcht begegnete (ebd.: 47). Insofern handelte es sich beim Spenden nicht vordergründig um eine Art Armenpflege, sondern, da die Empfänger der Unterstützungsleistungen Bürger und Wähler waren, eher um eine Form „sozialer Politik“ (Bolkestein 1939: 316).

Mit der Entstehung und Verbreitung des Christentums bekam das Spenden unter dem Gesichtspunkt der Barmherzigkeit einen neuen Stellenwert. Das Motiv für eine „gute Tat“, des Spendens als „caritas“ (tätiger Nächstenliebe) lag nun stärker im „Jenseits“, in der Erlangung des „Seelenheils“ (Schneider 1996: 31).

Im Frühmittelalter finden wir in den Ländern des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation unter dem Dach der Kirche eine enge Verbindung von „caritas“ und „memoria“. So hinterließen Wohlhabende einen Teil ihres Besitzes als Vermächtnis zur Gründung von Anstalten für Notleidende und Kranke oder zur

Errichtung von Klöstern. Im Gegenzug waren letztere in der Regel dazu verpflichtet, Messen für den Spender zu lesen und für sein Seelenheil zu beten. Die damaligen Spender leisteten aber gleichzeitig einen Beitrag für eine rudimentäre Armenfürsorge sowie für die Alten- und Krankenpflege. Diese Mischung aus Egoismus und Altruismus prägt philanthropisches Verhalten bis heute (de Swaan 1993: 40f.).

Zugleich modifizierten sich die Motive des Spendens in den folgenden Entwicklungsepochen. Im Spätmittelalter (ca. 1150-1510) wird beispielsweise das Spenden in einem starken Maße durch den Ablasshandel der Kirche geprägt. Gegen ein gewisses Entgelt konnten nicht nur Reiche, sondern jeder Zahlende von der Kirche Vergebung für Verstöße gegen die christlichen Gebote und Regeln erlangen. In gewisser Weise war eine zu erwartende Absolution ein verbreitetes Motiv für die finanzielle Unterstützung Notleidender. Mit dem religiösen Umbruch der Reformation veränderte sich auch das Verhältnis von Glaube und Barmherzigkeit, und zwar im Sinne der Betonung des urchristlichen Gedankens der Nächstenliebe (Vonhoff 1987: 74ff.).

Sowohl in der Zeit des Absolutismus im 17. und 18. Jahrhundert als auch in der Epoche der Aufklärung bis hin zum Ende des Ersten Weltkrieges waren die Milderung von Armut und sozialer Problemlagen wichtige Motive für Spenden (Brantl 1985, Hilpert 1980, Wimmer 1980). Für die wohlhabende Bevölkerung kamen zudem die Vermeidung von Aufruhr und Revolution durch verarmte Bevölkerungsschichten bzw. der durch die industrielle Revolution entstandenen Unterschichten hinzu. Das Bürgertum entwickelte aus Sorge und Furcht vor Auflösung der staatlichen Ordnung durch eine revolutionäre Entwicklung eine verstärkte „bürgerliche Wohltätigkeit“ (Sachße/Tennstedt 1980: 225ff.).

Die Rahmenbedingungen für Spenden gestalteten sich in der Weimarer Republik von Grund auf neu. In den Zeiten ihrer tiefsten wirtschaftlichen Krise mit hoher Arbeitslosigkeit, verbreiteter Armut und schwerster Inflation büßten zahlreiche gemeinwohlorientierte Organisationen nicht nur ihr Vermögen ein, sondern auch die Angehörigen des bürgerlichen Mittelstandes als deren Förderer und freigiebige Spender hatten durch Krieg und Inflation an Wohlstand verloren. Selbst die kirchliche Wohlfahrtspflege befand sich in einer Notlage, in der finanzielle Mittel zur Durchführung gemeinnütziger Vorhaben fehlten.

Durch die Zentralisierung und Gleichschaltung der Organisationen des Wohlfahrtswesens und der privaten Initiativen im Nationalsozialismus wurde das Spendenwesen staat-

lich gelenkt und dessen Indienstnahme durch ein spezielles Sammlungsgesetz perfektioniert. Öffentliche Spendenaktionen waren nach 1937 nicht mehr möglich, sodass selbst die Kirchen Spenden nur noch in Gottesdiensten akquirieren konnten (Harenberg 1988, Neuhoff 1997, 2001).

Nach dem Ende des Nationalsozialismus änderten sich in Deutschland die Grundregeln der Gemeinnützigkeit und damit auch für das Spenden grundlegend. In der Nachkriegszeit entstanden zahlreiche private humanitäre Organisationen, die Spenden sammelten, um die Folgen des Krieges und die Not der Flüchtlinge zu lindern. Mit der Sozialgesetzgebung der 1950er Jahre erreichte die Bundesrepublik nicht nur in großem Umfang eine soziale Absicherung der größten Lebensrisiken, sondern sie veränderte damit auch den Stellenwert und modifizierte die Anlässe und Zwecke des Spendens. Soziale Probleme und Notlagen wurden weitgehend unter staatliche Zuständigkeit gestellt und mit staatlichen Mitteln als lösbar angesehen. Für Spenden sammelnde Organisationen blieb das Feld der Katastrophen und besonderen Notsituationen. Doch bereits seit Anfang der 1970er Jahre wuchs im Zusammenhang mit der steigenden finanziellen Belastung des Staates und durch die öffentliche Diskussion über die Grenze des Sozialstaates die Forderung nach einer Verringerung des sozialstaatlichen Leistungsumfanges zugunsten von mehr Privatinitiative. Sie war verbunden mit einer verstärkten Nachfrage nach Spenden als Finanzierungsquelle für gemeinwohlorientierte Leistungen. Parallel zu dieser Entwicklung gewannen postmaterielle Werte und ein verstärktes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung (z. B. unterstützt durch das Europäische Naturschutzjahr im Jahr 1970 und durch die erste Umweltkonferenz 1972 in Stockholm) eine wachsende Bedeutung. Die aufkommende Umweltbewegung verlieh der Spendenthematik und Spendenbereitschaft neue Impulse. Doch nicht nur zu dieser Thematik entwickelten die Bürger eine zunehmende Sensibilität. Die Belastung von Umwelt und Gesundheit, die Bedrohung des Weltfriedens und die Bekämpfung von Hunger und Armut in der Dritten Welt wurden in dieser Zeit verstärkt thematisiert. Eine Vielzahl traditionell vorhandener und neu entstandener privater Nonprofit-Organisationen nahm sich dieser Problemfelder an und richtete Spendensammlungen für entsprechende Projekte aus. Auch die weit verbreitete Skepsis gegenüber den Problemlösungskompetenzen und -fähigkeiten der öffentlichen Hand führten dazu, dass diese Organisationen zunehmende Unterstützung fanden. Selbst in Zeiten von hohem Wirtschaftswachstum und einer prosperierenden

Wohlstandsgesellschaft haben sich Spenden in der Bundesrepublik als ein unverzichtbares Mittel für die Bewältigung vielfältiger Aufgaben erwiesen. Sie spielen deshalb nicht nur bei der Hilfe im Katastrophenfall auf nationaler oder internationaler Ebene eine entscheidende Rolle, sondern sind auch heute in der alltäglichen Arbeit gemeinnütziger Organisationen in den Bereichen von Umwelt- und Naturschutz, Religion, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Altenpflege und Krankenversorgung, Gesundheitsprophylaxe, soziale Hilfe und Unterstützung in Notlagen, aber auch zur Förderung von Kunst und Kultur unverzichtbar.

## **2.2 Spenden als Form zivilgesellschaftlichen Handelns in der Gegenwart**

Die Spendenthematik erfährt in modernen Gesellschaften nicht nur unter den Gesichtspunkten Aufmerksamkeit, wofür Spendenmittel eingesetzt werden und was mit ihnen bewirkt wird. Die Spende für gemeinnützige Zwecke wird heute neben dem Einsatz von Zeit („Zeitspende“) als eine wichtige Form des Engagements für die Gesellschaft angesehen (Enquete-Kommission 2002: 71).

Insofern hat das Spenden historisch gesehen eine Veränderung erfahren, die kurz als Weg vom Almosen zur Spende beschrieben werden kann (Müller 2005). Hinter dieser Entwicklung steht einerseits ein Wandel von einem eher engen inhaltlichen Bezug und Verwendungszweck der Spenden (Hunger, Krankheit, Armut, Not, Alter) hin zu einem breiten Anwendungsspektrum, wenn nicht sogar zu einem universellen Einsatz (Bildung, Kunst, Kultur, Forschung, Wissenschaft, Umwelt-, Natur- und Tierschutz). Andererseits hat sich über einen längeren Zeitraum gesehen auch der Personenkreis der Spender erweitert. War das Spenden, historisch betrachtet, lange Zeit vor allem eine Angelegenheit der wohlhabenden Schichten, so ist es mit wachsendem Wohlstand, dem einsetzenden Wertewandel und umfassender Medialisierung zunehmend in allen Bevölkerungsschichten, wenn auch weiterhin in unterschiedlichem Umfang, zu finden. Zugleich haben sich die räumlichen und personellen Bezugspunkte und damit auch der Personenkreis erweitert, dem mit Spenden geholfen wird. War es ehemals häufig ein enger verwandtschaftlicher, familiärer oder lokaler Kontext, gewinnen zunehmend größere gesellschaftliche und räumlich weltweite Gesichtspunkte sowie globale Probleme an Bedeutung.

Spenden verstehen sich in unserem heutigen Sinne ganz allgemein als Transfer von Geld, Sachen und Leistungen für gemeinwohlorientierte Zwecke. Sie zeichnen sich besonders durch den Aspekt der Freiwilligkeit und

der nicht äquivalenten materiellen Gegenleistung aus. Dabei gehen sie zumeist nicht mehr direkt an Bedürftige, sondern werden von gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Organisationen gesammelt. Diese setzen die Mittel für spezielle Hilfsaktionen, zur Unterstützung von Bedürftigen, zur Lösung von akuten Problemen, zur Realisierung von speziellen Projekten oder insgesamt für die Erfüllung ihrer Aufgaben ein.

Die Bereitschaft, mittels der Spende einen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten, wird in Deutschland u. a. dadurch honoriert, dass durch die Steuergesetzgebung und das Spendenrecht Spenden an steuerbegünstigte Organisationen unter bestimmten Voraussetzungen und in gewissen Grenzen vom Einkommen bzw. Gewinn des Spenders absetzbar sind (Schwertmann 2004).

Dies macht zugleich deutlich, dass das private Engagement des Bürgers durchaus von staatlichen Rahmenbedingungen mit geprägt wird. Steuervergünstigungen können dabei die Spendenbereitschaft der Bürger stimulieren. Das Spenden bleibt aber letztendlich eine freiwillige Entscheidung auf der Grundlage von Anschauungen, Überzeugungen und Werten.

Obwohl das Spenden hauptsächlich in einem organisationsbezogenen Kontext erfolgt und die Adressaten der Spenden Vereine, Verbände, Stiftungen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und andere Organisationsformen sind, wird das Spenden selbst als zivilgesellschaftliches Handeln bzw. zivilgesellschaftliches Engagement bezeichnet. Der gesellschaftliche Stellenwert dieses Engagements wird heute vor allem in drei Richtungen gesehen:

- *Spenden als Form sozialer Partizipation:*  
Da mit der Ausrichtung der Spenden Einfluss auf die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse genommen wird und sie in ihrer Wirkung letztlich selektiv der Sicherung und Verbesserung des Gemeinwohls dienen, ist das Spenden eine bestimmte Form sozialer Partizipation (van Deth 2004). Wie bei anderen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements wird auch beim Spenden ein besonderer demokratietheoretischer und praktischer Effekt durch die Bündelung, Artikulation und Durchsetzung von Interessen erzielt.
- *Spenden als Beitrag zur Wohlfahrtsproduktion:*  
Gerade in der heutigen Zeit, in der mit der Formel vom „aktivierenden Staat“ die Gemeinwohlverantwortung als Aufgabe der Zivilgesellschaft angesehen wird und staatliche Aktivitäten (nur noch) der Funktionsfähigkeit einer vernetzten, selbst organisierten Gesellschaft dienen sollen (Schuppert

2004), wird die Bereitschaft der Bürger, neben Zeit und Energie auch Geld für verschiedene Formen von gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Belangen sowie für die Erstellung kollektiver Güter aufzubringen, zu einem elementaren Aspekt für das Funktionieren von Gesellschaft.

- *Spenden zur Erhaltung und Erschließung von sozialen Bindekräften in modernen Gesellschaften:*

Schließlich ist die Bedeutung von Spenden für die Erhaltung und Erschließung von „sozialen Bindekräften“ hervorzuheben, da mit ihrer Hilfe ein Beitrag zur materiellen Absicherung der Funktionsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen geleistet wird. Sie dienen damit zur Schaffung sowie zum Erhalt von gesellschaftlichen Strukturen und ermöglichen Leistungen, die den sozialen Zusammenhalt der Menschen fördern und unterstützen.

Unstrittig ist, dass die Motive für das Spenden in der Gegenwart vielfältiger geworden sind und sich ein weit reichender Spannungsbogen von Altruismus bis zum Eigennutz abzeichnet.

Um der vorhandenen Mehrdimensionalität gerecht zu werden, ist eher von einem „Motivbündel“ auszugehen. Dieses enthält sowohl altruistische und instrumentelle als auch moralische und gestaltungsorientierte Motive, die sich wechselseitig verstärken aber auch konkurrierend gegenüberstehen können (Enquete-Kommission 2002: 114).

### **3. Die Spendensituation in Deutschland – Kontinuität, Stabilität und Differenzierungen**

#### **3.1 Angaben zur Spendenbeteiligung**

Eines der wichtigsten Maße, aus denen man ersehen kann, in welchem Umfang die Bevölkerung eines Landes spendet, ist die Spendenbeteiligungsquote. In der Regel wird sie gebildet, indem man den Anteil der Befragten, die angeben, gespendet zu haben, ausweist. Zumeist wird hierbei auf den Zeitraum der letzten 12 Monate Bezug genommen.

Nach Angaben des Freiwilligen surveys<sup>1</sup> aus den Jahren 1999 und 2004 haben zu beiden Erhebungszeitpunkten jeweils 63 Prozent der Bundesbürger in den jeweils zurückliegenden 12 Monaten Geld gespendet.

<sup>1</sup> Der Freiwilligen survey ist eine Repräsentativerhebung zum bürgerschaftlichen Engagement, in der Personen, die älter als 14 Jahre waren, u. a. danach gefragt wurden, ob sie in den zurückliegenden 12 Monaten für „karitative, soziale oder gemeinnützige Zwecke“ spendeten und welche Höhe die Spenden hatten.

Der Emnid-Spendenmonitor, der bereits seit 1995 Daten zum Spendenverhalten erfasst, kommt im Zeitraum der letzten zehn Jahre im Durchschnitt zu einer Spenderquote, die sich um die 40 Prozent bewegt. Ausnahmen bilden die Jahre 2002 und 2003, in denen die Spendenbeteiligungsquote infolge der Elbe-Flut bei 47 Prozent bzw. bei 45 Prozent lag. Aufgrund der Ergebnisse beider Erhebungen ist davon auszugehen, dass die Spendenbeteiligungsquote, obwohl beide Untersuchungen unterschiedliche Niveaus ausweisen, über die Jahre betrachtet relativ stabil ist. Für die erheblichen Unterschiede zwischen den Erhebungen ist wahrscheinlich in einem hohen Maße die Frageformulierung verantwortlich. Im Freiwilligen survey wird nach regelmäßigen Geldspenden für karitative, soziale oder gemeinnützige Zwecke gefragt, im Spendenmonitor nach Spenden für gemeinnützige Organisationen. Außerdem können unterschiedliche Erhebungszeitpunkte, verschiedene Erhebungstechniken (persönliches Interview oder Telefonbefragung) und der inhaltliche Kontext der Gesamterhebung eine Rolle spielen. In den Freiwilligen surveys dürfte beispielsweise ein besonders hoher Anteil engagierter Personen vertreten sein, da diese durch ihr Interesse an der Thematik das Interview mit geringerer Wahrscheinlichkeit abbrechen als nicht Engagierte. Engagierte zeichnen sich, wie später noch zu zeigen ist, durch eine hohe Spendenbeteiligung aus. Von anderer Seite wird außerdem darauf hingewiesen, dass interviewte Personen bei Fragen zum Spendenverhalten in bestimmten Situationen überhöhte Angaben machen. Da die Spendenbereitschaft gesellschaftlich relativ hoch bewertet wird, neigen demnach die Befragten oft dazu, ihr Verhalten, ob bewusst oder unbewusst, in einem positiven Licht darzustellen (Schnell et al. 1999: 332f., Notheis 1995: 64). Um die bei unterschiedlichen Erhebungen zum Teil stark voneinander abweichenden Ergebnisse erklären zu können, ist noch weiterer Forschungsbedarf vonnöten. Gleichzeitig wird deutlich, dass methodische Unterschiede die Ergebnisse durchaus beeinflussen können.

#### **3.2 Spendenhöhe und Spendenvolumen**

Neben der Frage, ob jemand gespendet hat, ist in der Regel gleichzeitig die Höhe seiner Spende von Interesse. Diese Angaben ermöglichen zum einen Rückschlüsse auf den Umfang bzw. die Intensität des Spendens. Zum anderen gestatten sie eine Berechnung des nationalen Spendenvolumens.

Ebenso wie die Spendenbeteiligungsquote fallen die Ergebnisse zur Spendenhöhe und zum nationalen Spendenvolumen nach den Angaben der beiden Erhebungen recht unter-

schiedlich aus. Auf die beträchtlichen Schwankungen verweist bereits die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Bürgerschaftlichen Engagement. Sie geht in diesem Zusammenhang von einer Spendensumme zwischen drei und fünf Milliarden Euro gegen Ende der 1990er Jahre in Deutschland aus (Enquete-Kommission 2002: 71).

Nach dem Ennid-Spendenmonitor ist die Spendenhöhe im Laufe der letzten zehn Jahre relativ stabil geblieben und weist nur geringe Schwankungen auf.

Während die Spendenhöhe von Mitte der 1990er Jahre bis zur Jahrtausendwende bei rund 80 Euro je Spender lag, wuchs sie 2001 um 20 Prozent auf 101 Euro und ist in den folgenden Jahren etwa auf diesem Niveau geblieben. Als Ursache für den einmaligen Anstieg im Jahr 2001 ist ein gewisser „Euro-Einführungseffekt“ nicht auszuschließen. Ein Teil der Spender hat offenbar bei Einführung des Euro seine jährliche Spendensumme nicht reduziert, sondern weiterhin den gleichen Betrag in Euro statt in Mark zur Verfügung gestellt (Ennid 2004).

Eine andere Erklärung könnte in einem Zusammenhang zwischen der Spendenhöhe und der Realeinkommensentwicklung bestehen. Wenn die jährliche durchschnittliche Spendensumme in Relation zur Realeinkommensentwicklung gesetzt wird (bereinigt um den Anstieg der Verbraucherpreise), folgt die Spendenhöhe weitgehend jener der Realeinkommensentwicklung, aber nur partiell im Zeitverlauf.

Besonders nach dem Jahr 2000 ist der Abstand zwischen der Entwicklung der Spendenhöhe und der des Realeinkommens größer geworden. Anteilig wird damit auch mehr vom Realeinkommen gespendet.

Der Freiwilligensurvey enthält in seinen beiden Erhebungen 1999 und 2004 Fragen zur Spendenhöhe. Die Spendensumme wird jeweils in den Kategorien 1-100 Euro, 101-500 Euro, 501 Euro und mehr abgefragt. Um die durchschnittliche Spendenhöhe sowie das Spendenvolumen für Deutschland trotz der nach oben offenen letzten Kategorie zu berechnen, wurde der mittlere Wert für diese Kategorie mit Hilfe angenommener Höchstwerte geschätzt. Für die Einbeziehung der Angaben dieser Gruppe, in die sich im Übrigen mit 4,7 Prozent (1999) bzw. 5,8 Prozent (2004) nur relativ wenig Spender einordneten, wurde mit drei unterschiedlichen Varianten gerechnet<sup>2</sup>.

<sup>2</sup> Um die fehlende Obergrenze für die Kategorie „501 Euro und mehr“ zu simulieren wurden drei Varianten der Berechnung vorgenommen:

Die durchschnittliche Summe, die je Spender innerhalb von 12 Monaten für „karitative, soziale oder gemeinnützige Zwecke“ gespendet wurde, belief sich 1999 in Abhängigkeit von der jeweiligen Berechnungsvariante auf 73, 98 bzw. 126 Euro und stieg 2004 auf 85, 115 bzw. 130 Euro. Die Spende pro Kopf der Bevölkerung lag im Jahr 2004 für die erste Berechnungsvariante bei 42 Euro, für die zweite Variante bei 57 Euro und für die dritte bei 64 Euro.

Je nach gewählter Berechnungsvariante lag das geschätzte Gesamtspendenaufkommen nach den Daten des Freiwilligensurveys 1999 in Deutschland zwischen 2,6 und 4,8 Mrd. Euro (erste Variante 2,6 Mrd. Euro, zweite Variante 3,8 Mrd. Euro, dritte Variante 4,8 Mrd. Euro). Für das Jahr 2004 errechnete sich eine Gesamtsumme zwischen 3,4 und 5,2 Mrd. Euro (erste Variante 3,4 Mrd. Euro, zweite Variante 4,6 Mrd. Euro, dritte Variante 5,2 Mrd. Euro).

Veröffentlichte Angaben des Ennid-Spendenmonitors weisen zwar keine Gesamtspendenhöhe aus, doch kann nach Berechnungen aufgrund des vorliegenden Datenmaterials 1999 von einer Spendensumme von 2 Mrd. Euro und 2004 von 2,6 Mrd. Euro ausgegangen werden. Demzufolge wurde 1999 pro Kopf der Bevölkerung ein Betrag von 25 Euro und 2004 von 32 Euro gespendet.

Für die unterschiedlichen Ergebnisse der beiden Erhebungen dürften weitgehend die bereits angeführten Gesichtspunkte verantwortlich sein. Ursachen für die beachtlichen Differenzen zwischen einzelnen Erhebungen können auch darin liegen, dass unklar bleibt, ob nur Geld- oder auch Sachspenden von den Befragten mit zu berücksichtigen sind.

## 4. Spender in Deutschland

### 4.1 Soziodemographische Struktur der Spender - Legenden und Hypothesen

Obwohl nach den Untersuchungsergebnissen ein beachtlicher Anteil der Deutschen spendet, stellt sich immer wieder die Frage, ob dies in allen soziodemographischen Gruppen in gleichem Maße der Fall ist. Ganz allgemein wird in der Literatur davon ausgegangen, dass sich das Spendenverhalten in bestimmten Gruppen

1) Die Kategorie „501 Euro und mehr“ wurde aufgrund ihrer geringen Besetzung zur Vermeidung einer „Überschätzung“ bei den Berechnungen nicht weiter berücksichtigt.

2) Für die fehlende Obergrenze wurde ein „gefühlter“ Schätzwert von 700 Euro eingesetzt.

3) Die fehlende Obergrenze wurde durch einen Spendenhöchstbetrag aus der Laufenden Wirtschaftsrechnung der amtlichen Statistik ersetzt. Der Wert lag für das Jahr 1999 bei 1.886 Euro und für 2003 bei 1.232 Euro.

durchaus unterscheidet und in der statistischen Analyse Einflüsse von Merkmalen wie dem Geschlecht, dem Alter, der familiären Situation oder anderen sozialstrukturellen Faktoren nachzuweisen sind. Demnach sind beispielsweise Frauen spendenfreudiger als Männer, ältere und einkommensstärkere Menschen spenden häufiger als jüngere und einkommensschwache (Haibach 1998: 156). Auch durch die Verbreitung der so genannten „Best Practice“-Beispiele über die Medien und durch Berichte von Organisationen über größere Spendenbeträge entsteht häufig der Eindruck, dass Wohlhabende mehr spenden als jene, die über geringere Mittel verfügen. Zum Beleg für das Vorhandensein sozialstruktureller Unterschiede wird in Deutschland auf Untersuchungen wie den Emnid-Spendenmonitor oder die Angaben aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik zurückgegriffen. Häufig bezieht man sich allerdings nur allgemein auf Erfahrungen aus dem Fundraising oder auf Ergebnisse von Studien aus den USA. Selbst wenn man diesen bedingungslos vertraut und von einer generelle Übertragbarkeit der Spendensituation in Deutschland und den USA ausgeht, ist stets neu zu prüfen, ob vorhandene Unterschiede im bekannten Maße weiter bestehen, sich diese tendenziell eher ausgleichen oder ob sich neue Differenzen unter dem Einfluss von Zeit und gesellschaftlichem Wandel herausbilden. So wird beispielsweise bei Haibach (1998: 157) darauf hingewiesen, dass sich die Spendenbereitschaft zwischen Männern und Frauen in den 1990er Jahren in den USA immer mehr annähert. Zu fragen ist auch, wie die Unterschiede im Spendenverhalten in anderen Ländern aussehen bzw. ob Männer hier häufiger spenden als Frauen.

Ein typisches Beispiel dafür, inwieweit einmal verfasste Aussagen über die Zeit Bestand haben, besteht in der Erklärung des Spendenverhaltens durch die Religionszugehörigkeit (van Deth 2004: 308). Die zahlreichen Kirchnaustritte der letzten Jahre müssten sich insofern spürbar auf die deutsche Spendensituation auswirken. Im folgenden Abschnitt soll mittels der Daten des Freiwilligensurveys untersucht werden, wie das Spendenverhalten aktuell in verschiedenen soziodemographischen Gruppen ausgeprägt ist. Es ist weiterhin zu prüfen, inwieweit die Aussagen, dass viele Menschen erst mit dem mittleren Alter zu spenden beginnen und dass die Religionszugehörigkeit einen starken Einfluss auf das Spendenverhalten ausübt, weiter Bestand haben.

#### **4.2 Geschlecht, Alter und familiärer Status**

Vorliegende Befunde zu geschlechtsspezifischen Unterschieden im Spendenverhalten

sind, wie bereits andere Autoren bemerkten, selbst für die USA nicht völlig widerspruchsfrei und auf Grund der Datenlage nicht immer überzeugend (vgl. Schlegelmilch 1986, Schlegelmilch/Tynan 1989, Jones/Posnett 1991).

Die Ergebnisse des Freiwilligensurveys bestätigen allerdings die Feststellung, dass Frauen in Deutschland noch immer zu einem leicht höheren Anteil spenden.

Demnach spendeten sowohl 1999 wie 2004 mit fast konstanter Differenz ein Anteil von 61 Prozent der Männer und 65 bzw. 66 Prozent der Frauen. Erhärtet wird diese Tendenz durch einen Vergleich erwerbstätiger Frauen und erwerbstätiger Männer in Ein-Personen-Haushalten. Im Jahr 2004 spendeten von diesen 63 Prozent der Frauen gegenüber 55 Prozent der Männer. Für die unterschiedliche Spendenbeteiligung wird auch oft die durchschnittlich längere Lebenserwartung von Frauen verantwortlich gemacht, da ältere Personen häufiger spenden als jüngere (Haibach 1998: 157).

Dass die Spendenbeteiligung mit zunehmendem Alter wächst, belegen eine Reihe von Untersuchungen (vgl. Auten/Rudney 1989: 80f., Boskin/Feldstein 1977: 352ff., Clotfelter 1980: 328ff., Feldstein/Taylor 1976: 1213f., Reece 1979: 147, Meulemann/Beckers 2003: 54). Auch mit den Daten des Freiwilligensurveys kann man diesen Zusammenhang belegen. So steigt nicht nur der Anteil der Personen, die angeben, in den letzten 12 Monaten gespendet zu haben, mit zunehmendem Alter an, sondern diese Tendenz hat sich anhand der Befragungsergebnisse von 2004 gegenüber 1999 noch verstärkt. Dies ist einerseits mit einem Rückgang bei den jungen Spendern verbunden – während 1999 von den Jugendlichen 40 Prozent spendeten, waren es 2004 nur noch 35 Prozent. Andererseits erreichten die höchsten Spenderquoten 2004 die Altersgruppen der 75-jährigen und älteren Befragten sowie die 65- bis 74-Jährigen mit 79 bzw. 77 Prozent. Im Unterschied zur Abnahme der Spendenbereitschaft bei der jüngsten Altersgruppe (14 bis 24 Jahre) ist diese bei der Altersgruppe über 75 Jahre um 6 Prozent gestiegen. Bei den 25- bis 34-Jährigen spendete mehr als jeder Zweite Geld für gemeinnützige Zwecke. Die noch für die 1990er Jahre geltende Feststellung, dass viele Menschen erst im mittleren Alter (45 Jahre) mit dem Spenden beginnen (vgl. Haibach 1998: 156), trifft also in dem Maße nicht mehr zu. Gleichwohl stieg auch nach den Angaben des Freiwilligensurveys die Spendenbereitschaft in diesem Alter deutlich auf über 70 Prozent an.

Die Gründe für den deutlichen Einfluss des Alters auf das Spendenverhalten sind bislang noch nicht näher untersucht. Erklärungsansätze

ze der Generationenforschung gehen davon aus, dass Menschen gleichen Alters zu einem ähnlichen Verhalten tendieren, da sie die gleichen Erfahrungen in ihrer Kindheit gemacht haben (vgl. Nichols 1995). Bei sozioökonomischen Erklärungsansätzen führt man die höhere Spendenbereitschaft eher auf die bessere wirtschaftliche Situation, das höhere Einkommen, das angesammelte Vermögen und die höhere Befriedigung grundlegender materieller Bedürfnisse der älteren Personen zurück (Haibach 1998: 157).

Der familiäre Status bzw. der Haushaltskontext hat nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys nur einen geringeren Einfluss auf das Spendenverhalten. 1999 war der Anteil der Spender in unterschiedlichen Haushaltstypen (Ein-Personen-Haushalt bis Fünf-Personen-Haushalt und mehr) verhältnismäßig ausgeglichen, d. h. kein Haushaltstyp stach durch eine besondere Spendenbeteiligung hervor. Bis auf den etwas höheren Wert bei Zwei-Personen-Haushalten (69 Prozent) lag die Spendenbeteiligungsquote bei rund zwei Drittel, 2004 stieg der Anteil der spendenden Zwei-Personen-Haushalte nochmals geringfügig (71 Prozent) an, während die übrigen Haushalte das gleiche Niveau wie 1999 aufwiesen. Eine für die USA ausgewiesene geringere Spendenbereitschaft der Single- bzw. Ein-Personen-Haushalte (Haibach 1998: 159) trifft für Deutschland folglich in dem Maße nicht zu.

#### **4.3 Bildung, Erwerbsstatus und Einkommen**

Das Spendenverhalten der Deutschen und Amerikaner stimmt hingegen nach Bildungsabschlüssen stark überein – höher Gebildete spenden jeweils häufiger. In Deutschland konnte die höchste Spendenbeteiligung mit 80 Prozent (1999) und mit 79 Prozent (2004) bei Personen mit einem Hochschulabschluss verzeichnet werden.

Die Spendenbeteiligungsquote der Hochschulabsolventen lag 13 bzw. 10 Prozentpunkte über jener mit Fachhochschulreife. Noch deutlicher fällt der Niveauunterschied zu den Spendern mit einem Volks-/Hauptschulabschluss aus. Ebenso wie vom Bildungsniveau geht vom Erwerbsstatus ein beträchtlicher Einfluss auf die Spendenbereitschaft aus. So spenden Erwerbstätige zu fast einem Drittel häufiger als Arbeitslose oder sich noch in der Ausbildung befindliche Personen. Die höchste Spendenbeteiligung findet man allerdings bei den Rentnern (2004: 77 Prozent) und den Hausfrauen (2004: 69 Prozent). Die hohe Spendenbereitschaft der Hausfrauen ist aber auch Ausdruck dafür, dass sie offenbar Haushalte repräsentieren, die wirtschaftlich gut da stehen. Dies weist erneut auf einen starken

Einfluss der wirtschaftlichen Lage und der finanziellen Absicherung auf das Spendenverhalten hin. In diesem Sinne lassen sich auch die Wirkungen der beruflichen Stellung begründen. Beamte und Selbständige nehmen absolute Spitzenpositionen bei der Spendenbeteiligung ein: Mehr als acht von zehn Beamten und mehr als sieben von zehn Selbständigen spendeten, während das nur bei 50 Prozent der Arbeiter der Fall war. Die Veränderungen zwischen den Erhebungszeitpunkten 1999 und 2004 bleiben dabei relativ gering.

Zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen Einkommen und Spendenverhalten wird oft angeführt, dass höherer Wohlstand den Personen die Möglichkeit bietet, ohne selbst in Schwierigkeiten zu kommen, einen Teil ihres Vermögens anderen Menschen oder Projekten zukommen zu lassen. Bezieher von hohem Einkommen verkraften demnach eine finanzielle Förderung gemeinnütziger Zwecke leichter und dementsprechend nimmt die Spendenfreudigkeit mit steigender Prosperität zu (vgl. Jencks 1987: 324). Dass der Anteil der Spender mit steigendem Einkommen zunimmt (z. B. Schneider 1996: 109), bestätigen auch die Ergebnisse des Freiwilligensurveys. So haben Personen in Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 4.000 Euro im Jahr 2004 zu 81 Prozent gespendet, während in Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 750 Euro und 1.500 Euro dies nur für gut die Hälfte zutrifft (55 Prozent). Die Haushaltsgröße spielt, wie weitere Analysen zeigten, keine Rolle, denn unabhängig von der Personenzahl eines Haushaltes entscheidet nur die Höhe des Einkommens über die Spendenbeteiligung.

Personen in Haushalten mit einem höheren Einkommen spenden nicht nur häufiger, sondern ihre Spende ist auch oft höher.

Während von den Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 4.000 Euro und mehr bei 23 Prozent die Höhe der Spenden in den zurückliegenden 12 Monaten 500 Euro und mehr betrug, halbierte sich dieser Prozentsatz jeweils in den folgenden Einkommensgruppen.

Hingegen fällt der Anteil geringer Spendenhöhen von den unteren zu den höheren Einkommen. Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 750 Euro spendeten zu fast 80 Prozent nur bis 100 Euro. Dieser Anteil lag in der höchsten Einkommensgruppe lediglich bei 30 Prozent.

Die Angaben aus dem Freiwilligensurvey bestätigen jedoch die bereits früher getroffene Aussage, dass untere Einkommensgruppen prozentual von ihrem Einkommen mehr spenden als Personen in den oberen Einkommens-

gruppen (Anheier 1997: 207). Der Anteil der Spenden am Einkommen liegt bei den unteren Einkommensschichten zu beiden Erhebungszeitpunkten wesentlich über jenem der in der höchsten Einkommensgruppe.

In der unteren Einkommensgruppe wurde im Jahr 2004 2,56 Prozent des Einkommens gespendet.<sup>3</sup> Dagegen waren es in der höchsten Einkommensgruppe lediglich 0,19 Prozent, da aufgrund der Berechnungsvariante der Spendenbetrag bei 700 Euro gedeckelt wurde. Diese Relationen haben sich zwischen 1999 und 2004 nur geringfügig verändert. Bei allen Gruppen ist der Anteil der Spenden am Einkommen gestiegen – der in der unteren Einkommensschicht stärker als in der oberen. Die Zunahme des Anteils der Spenden am Einkommen ist umso beachtlicher, weil gleichzeitig die Spender ihre finanzielle Situation über den Zeitraum von fünf Jahren als schlechter einschätzen. Der Anteil der Spender, die ihre finanzielle Situation im Jahr 2004 als sehr gut einschätzten, ist gegenüber 1999 leicht gesunken. Damit bewerten zwar noch immer gut drei Viertel der Spender ihre finanzielle Situation als sehr gut, gleichzeitig ist aber der Anteil derer, die ihre Situation als weniger gut einschätzten, leicht angestiegen.

## 5. Regionale Unterschiede im Spendenverhalten

Spenden sind in hohem Maße durch einen regionalen Kontext geprägt. So besitzt eine Vielzahl der Spenden sammelnden Organisationen nur regionale Bedeutung und bietet oft auch nur Leistungen für diesen begrenzten Raum an. Die Ausrichtung der Spendensammlung wird deshalb in der Regel auf dieses Gebiet beschränkt.

Insofern ist das Spenden der Bevölkerung einer Region auch Ausdruck der in unterschiedlicher Anzahl vorhandenen Organisationen und möglicherweise deren spezifischer Arbeitsweise bei der Spendensammlung. Regional unterschiedliche Spendenbeteiligungsquoten spiegeln aber zugleich bestimmte Haltungen, Überzeugungen und letztlich ein bestimmtes soziales Handeln der Bürger eines Gebietes wider. Darüber hinaus hat eine Vielzahl weiterer Faktoren Einfluss. So wirken der wirtschaftliche Reichtum einer Region und der seiner Bürger. Ebenso können bestimmte re-

gionale Traditionen eines solidarischen Verhaltens Geltung und Einfluss haben.

Zur Berücksichtigung des regionalen Faktors wird in Deutschland häufig eine Differenzierung nach Bundesländern vorgenommen. Nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys lassen sich zwischen den Bundesländern bei der Spendenbeteiligung deutliche Niveauunterschiede feststellen. Neben einem West-Ost-fällt zugleich ein Süd-Nord-Gefälle auf. In den alten Bundesländern spendeten laut Freiwilligensurvey 2004 mehr als zwei Drittel der Bürger gegenüber nur gut der Hälfte in den neuen Bundesländern. Die Spendenbeteiligung fällt in Bayern mit 73 Prozent am höchsten aus und ist in Bremen mit 57 Prozent am geringsten. Zwischen den neuen Bundesländern unterscheiden sich die Spendenbeteiligungsquoten nur geringfügig – sie liegen zwischen 51 und 52 Prozent.

Von den Bürgern in den alten Bundesländern spendeten rund 12 Prozent mehr als in den neuen Bundesländern. Im Vergleich zu 1999 ist dieser Abstand konstant geblieben und hat sich nicht wesentlich verändert.

Die Daten des Emnid-Spendenmonitors bestätigen die regionalen Unterschiede der Spendenbeteiligung. Trotz einer geringeren Spendenbeteiligung in beiden Landesteilen – für 2004 weist er eine Spendenbeteiligung von 30 Prozent in Ost- und 42 Prozent in Westdeutschland aus – beträgt der Niveauunterschied 12 Prozent. Seit 1995 hat der Emnid-Spendenmonitor jeweils jährlich eine Differenz von rund 10 Prozent gemessen.

Eine Ausnahme bildete das Jahr 2002, in dem die Beteiligungsquote in den alten wie neuen Bundesländern jeweils bei 47 Prozent lag, was der besonderen Betroffenheit des Ostens durch die Elbe-Flut zuzuschreiben war. Die Spendenbeteiligungswerte erreichten 2004 aber wieder das gleiche Niveau wie vor der Hochwasserkatastrophe, so dass eine stabile und langfristige Nivellierung der Unterschiede weiterhin nicht in Sicht ist.

Ein West-Ost-Gefälle zeigt sich auch in der Spendenhöhe. In den neuen Bundesländern lag nach den Ergebnissen des Freiwilligensurvey 2004 die jährlich gespendete Durchschnittssumme bei 73 Euro. Gegenüber der Spendenhöhe von 60 Euro im Jahr 1999 ist dies ein Zuwachs von 18 Prozent. Die durchschnittliche Spende in den alten Bundesländern stieg hingegen von 108 Euro im Jahr 1999 auf 126 Euro im Jahr 2004 und damit im betrachteten 5-Jahres-Zeitraum um 14 Prozent. Der durchschnittliche Spendenzuwachs war damit prozentual in Ostdeutschland etwas höher als in Westdeutschland.

<sup>3</sup> Tatsächlich dürfte das monatliche verfügbare Haushaltseinkommen aber näher bei 750 Euro liegen, d. h. der Anteil der Spenden wird in dieser Kategorie unterschätzt. Selbst wenn 750 Euro als durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen zugrunde gelegt werden, spenden Personen der untersten Einkommensgruppe prozentual immer noch am meisten (1,09 bzw. 1,28 Prozent).

Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern ließen sich in der Vergangenheit auch bezüglich der Spendenzwecke nachweisen. Ergebnisse der deutschen Teilstudie des Johns Hopkins-Projekts, die auf Erhebungen der Jahre 1996/1997 basieren und die Spendenempfänger nach den Tätigkeitsfeldern der gemeinnützigen Organisationen klassifizieren, vermittelten folgendes Bild: In den alten Bundesländern wurden kirchliche und religiöse Organisationen sowie jene aus den Bereichen Hilfswerke und kommunale Wohlfahrt als Spendenempfänger bevorzugt – hier lag die Spenderquote bei jeweils einem Fünftel. In den neuen Bundesländern wurden hingegen von 14 Prozent der Spender Soziale Dienste favorisiert. Der Gesundheitsbereich erhielt von 12 Prozent der Spender Zuwendungen. Erst an dritter Stelle rangierten kirchliche und religiöse Zwecke mit 10 Prozent. Für sie wurde nur halb so oft gespendet wie in den alten Bundesländern (vgl. Projektbericht 1999).

Neben regionalen Unterschieden wird in der internationalen Spendenberichterstattung der Einfluss der Gemeindegröße (Wohnort) auf das Spendenverhalten betont. Feldstein/Clotfelter (1976: 1) stellten in ihrer Untersuchung für die USA fest, dass bei vergleichbarem Einkommen die Bürger mittlerer Gemeindegröße (250.000 bis 1 Million Einwohner) am meisten spenden. Die Bürger in kleinen Kommunen spendeten demnach am wenigsten und Kommunen mit einer Größe ab 1 Million Einwohner wiesen durchschnittliche Werte auf.

Für Deutschland bestätigt der Freiwilligen-survey eine solche Aussage in dieser Schärfe nicht. Die Unterschiede zwischen den Gemeindegrößengruppen<sup>4</sup> fallen in dieser Erhebung relativ gering aus. Zwar liegt auch hier der Anteil der Spender in kleinen Gemeinden (unter 2.000 Einwohner) mit 60 Prozent leicht unter dem Durchschnitt von 64 Prozent. Allerdings wird dieser Wert noch von den Gemeinden zwischen 50.000 bis 100.000 Einwohnern unterschritten, in denen lediglich 56 Prozent der Befragten angaben, in den letzten 12 Monaten gespendet zu haben. Unterdurchschnittlich ist ebenfalls die Spendenbeteiligung in den Gemeinden mit 100.000 bis 500.000 Einwohnern (61 Prozent). Hingegen sind die Spendenbeteiligungsquoten in allen Gemeindegrößengruppen zwischen 2.000 und 50.000 Einwohnern und in der Gruppe von 500.000 und mehr Einwohnern fast identisch (63 bzw. 64 Prozent). Die höchsten Werte werden in jenen Gemeinden erreicht, die als „Ränder der Groß-

städte“ bzw. häufig als deren „Speckgürtel“ bezeichnet werden. Die Spendenbeteiligungsquoten erreichen in diesen Regionen Werte zwischen 65 Prozent (Randgemeinden von Städten zwischen 50.000 bis 100.000 Einwohnern) und 69 Prozent (Randgemeinden von Kernstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern) und sind als Folge der stärkeren Präsenz der wohlhabenden Schichten in diesen Gemeinden anzusehen.

## **6. Der Einfluss von Werten und gesellschaftlichen Bindungen auf das Spendenverhalten**

Zu den Faktoren, denen besonderer Einfluss auf die Spendenbereitschaft zugeschrieben wird, zählen bestimmte ideelle, moralische und solidarische Werte der Bürger. So wird beispielsweise allein die Zugehörigkeit zu einer Konfession und damit eine entsprechende Zuschreibung von Werten oder die Einbindung in die Gesellschaft, die sich z. B. in einem starken politischen Interesse äußert, als förderlich für die Spendenbereitschaft angesehen (Haibach 2003: 179). Gleichzeitig wirken die viel beschriebenen Tendenzen eines zunehmenden „Werteverfalls“ und Prozesse zunehmender Individualisierung (Klages 2000), die das religiöse Milieu aufweichen.

Dem Faktor Religion wird in seiner Wirkung auf das Spendenverhalten nicht nur eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, sondern ihm wird für die Spendenthematik eine weit reichende Erklärungskraft beigemessen. Selbst die regionalen Unterschiede zwischen den Bundesländern könnten demnach mit der Konfessionszugehörigkeit deren Bürger bzw. mit der jeweiligen Konfessionsgruppe, der sie landesweit hauptsächlich angehören, erklärt werden. So wird die höhere Spendenfreudigkeit in Bayern und anderen süddeutschen Bundesländern damit begründet, dass hier der Anteil der Katholiken höher ist und diese spendenfreudiger sind als Protestanten (Haibach 2003: 183).

Nach den Ergebnissen des Freiwilligen-surveys treffen diese Aussagen für das heutige Deutschland nur bedingt zu, da die Unterschiede zwischen den Konfessionsgruppen gering sind.

Während im Jahr 2004 mehr als zwei von drei Konfessionellen angaben, im letzten Jahr gespendet zu haben, war dies nur bei gut jedem zweiten Konfessionslosen der Fall. Bei einer starken kirchlichen Bindung spendeten sogar mehr als acht von zehn Personen. Zwischen den beiden großen Kirchen sind nur geringfügige Unterschiede zu verzeichnen.

Ein Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft und der

<sup>4</sup> Die Bildung der Gemeindegrößengruppen basiert auf den BIK-Regionen von Aschpurwis + Behrens GmbH, Markt-, Media- und Regionalforschung, vgl. „Methodenbeschreibung zur Aktualisierung 2000“. <http://www.bik-gmbh.de>

Spendenbereitschaft besteht bis in die heutige moderne Gesellschaft. Personen, die nur eine geringe Bindung an die Kirche aufweisen unterscheiden sich in ihrem Spendenverhalten beachtlich von denen mit stärkerer Bindung. Während bei starker Bindung überdurchschnittlich hohe Werte der Spendenbeteiligung erreicht werden, fallen die Werte bei geringer Bindung ab und erreichen ein Niveau, das nur noch leicht über dem der Konfessionslosen liegt. Die einfache Religionszugehörigkeit reicht also nicht aus, um eine hohe Spendenbereitschaft zu erklären, sondern als entscheidend erweist sich die Stärke der religiösen Bindung.

Der Zusammenhang zwischen Religionszugehörigkeit und Spenden fällt in den neuen Bundesländern besonders hoch aus. Personen, die hier einer Konfession angehören, spenden deutlich mehr als Konfessionslose und unterscheiden sich nur geringfügig von Personen, die in Westdeutschland einer Konfession angehören. Auch von der Stärke der religiösen Bindung geht in den neuen Bundesländern der bereits dargestellte Einfluss aus.

Religion, besser Religiosität, fungiert offenbar weiter als Bindeglied zwischen verschiedenen Motivlagen für das Spenden. Der Grad der Religiosität (gemessen an der Häufigkeit des Kirchen-, Synagogen- oder Moscheenbesuchs), so auch die These in einer Reihe anderer Untersuchungen (vgl. Allensbach 1985, Heidbüschel 2000, Meulemann/Beckers 2003), ist also noch heute als ein entscheidender Faktor für die Erklärung der Spendenmotivation anzusehen. Religiosität ist aber auch eine Größe, deren Bedeutung angesichts abnehmender Kirchenmitgliedschaften und verstärkter Säkularisierungsbewegungen in Deutschland abnimmt. Vor allem den jüngeren Generationen wird eine weniger religiös-moralische Motivation als älteren Menschen zugeschrieben.

Alter und Religiosität haben offenbar gleichermaßen Einfluss auf die Spendenbereitschaft. Der Anteil der Spender steigt von den unteren zu den oberen Altersgruppen und in jeder Altersgruppe haben jene, die einer Religionsgemeinschaft angehören, häufiger gespendet als jene, die konfessionslos sind. Innerhalb aller Altersgruppen trifft die bereits beschriebene Wirkung des großen Einflusses der religiösen Bindung auf das Spendenverhalten zu – eine starke Bindung ist mit hoher Spendenbeteiligung verbunden, bei einer geringen Bindung geht von der Religionszugehörigkeit nur noch eine geringe Wirkung aus.

Die Einbindung des Einzelnen in die Gesellschaft und seine Offenheit für deren Belange erfasst der Freiwilligensurvey unter anderem

mit der Frage, inwieweit „Interesse an Politik und dem öffentlichen Leben“ vorhanden ist. Das mehr oder weniger stark ausgeprägte Interesse wird dabei als Ausdruck einer verfestigten Einstellung zum politisch-öffentlichen Bereich gesehen (Braun/Klages 2000: 52).

Auch zwischen dem Interesse für Politik und dem Spendenverhalten besteht ein enger Zusammenhang.

Während von den Befragten mit einem „stark“ ausgeprägten Politikinteresse 73 Prozent angaben, gespendet zu haben, waren es nur 47 Prozent in der Gruppe, die „wenig“ Interesse an Politik zeigten. Das heißt, zwischen den Gruppen mit hohem und geringem politischen Interesse besteht eine beträchtliche Differenz in der Spendenbeteiligung, die sich auch in der Spendenhöhe niederschlägt. Von den „stark“ an Politik Interessierten spendeten zu 37 Prozent zwischen 101 bis 500 Euro bzw. 12 Prozent ab 501 Euro und mehr. Bei den „wenig“ an Politik Interessierten waren hingegen nur 23 Prozent mit 101 bis 500 Euro und 4 Prozent mit 500 und mehr Euro vertreten.

Im Vergleich zu 1999 hat sich die Spendenbereitschaft der an Politik Interessierten so gut wie nicht verändert, was auf eine hohe Stabilität dieses Zusammenhangs schließen lässt. Zur Erklärung, warum politisch Interessierte eher spenden, können folgende Gründe angeführt werden: Zum einen dürfte bei Personen mit einem hohen Interesse an Politik und 2004 Spendenhöhe Interesse an Politik und dem öffentlichen Leben Spende in den letzten 12 Monaten dem öffentlichen Leben das Bewusstsein für Problemlagen und Notsituationen sowie die Einsicht, dass Organisationen für die Erfüllung ihrer Aufgaben auf Spenden angewiesen sind, in einem besonderen Maße vorhanden sein. Die monetäre Unterstützung in Form einer Spende setzt zum anderen eine gewisse Informiertheit des Spenders voraus. In der Regel informiert sich der spendenwillige Bürger über die Organisation, deren Ziele, Aufgaben, Resultate und Mittelverwendung und entscheidet, welche Organisation und welches Anliegen er unterstützt. In diesem Entscheidungsprozess drückt sich auch der Wunsch aus, selbst aktiv an gemeinnützigen Aufgaben mitzuwirken. Oft bauen Spender deshalb eine langfristige Beziehung zu einer Spenden sammelnden Organisation auf, denn sie „verstehen sich heute eher als Partner der Hilfswerke und wollen deren (Projekt-)Politik mitbestimmen“ (Müller 2005: 322).

## **7. Geldspende: Ersatz für Zeitspende?**

Das finanzielle Engagement in Form von Spenden findet recht unterschiedliche Bewertungen. Als „Postgiro-Aktivismus“ oder

„Checkbook Participation“ wird es oft kritisch und als Freikauf von Verantwortung und Schuldbewusstsein dargestellt (Dekker 1999: 178). Wenn diese These zutreffen sollte, müsste das Spenden von Geld als Ersatz für aktive ehrenamtliche Tätigkeiten angesehen werden.

Auf der Grundlage von Daten, die 1996 im Johns Hopkins-Projekt erhoben wurden, konnte dagegen ein enger Zusammenhang zwischen Spendenaktivitäten und anderen Engagementformen gezeigt werden (Priller 1999: 141f.). Spendenaktivität ersetzt demnach nicht das persönliche Engagement, sondern im Gegenteil, Engagement geht mit einer hohen Spendenbereitschaft einher.

Mit steigendem Engagement wächst gleichzeitig der Anteil der Spender. So spendeten von den „Inaktiven“ nur weniger als jeder Dritte Geld, während bei den Hochaktiven acht von zehn Personen freigebig waren.

Aktuelle Angaben, mit denen sich ein Zusammenhang zwischen dem zeitlichen Umfang des Engagements und der Spendenbereitschaft herstellen lässt, liefert der Freiwilligen-survey.

Nach Angaben des Freiwilligen-survey haben 68 Prozent der Bürger, die in einem der betrachteten Bereiche aktiv waren, in den vorangegangenen 12 Monaten gespendet. Demgegenüber spendeten von den Befragten, die keinerlei Aktivitäten hatten, nur 55 Prozent. Allerdings ist diese Gruppe nicht mit jener gleichzusetzen, die frei von jeglicher organisationsbezogenen Bindung (Mitgliedschaften) ist. Eine beträchtlichere Differenz von 24 Prozent besteht zwischen der Gruppe der „Inaktiven“ (in keinem Bereich aktiv) und jener mit hohem zeitlichen Engagement (über 15 Stunden ehrenamtliche Tätigkeiten in der Woche). Die Spendenbeteiligung in der letzten Gruppe beträgt 79 Prozent und erreicht damit fast den Wert der „Hochaktiven“ entsprechend der Aktivitätstypologie.

Insgesamt lassen sich folgende Aussagen treffen: Personen, die sich aktiv bürgerschaftlich engagieren, spenden zu einem wesentlich höheren Anteil als jene, die sich nicht engagieren. Zugleich steigt mit der Zunahme des zeitlichen Aufwandes des Engagements der Anteil der Spender. Ein Zusammenhang besteht auch zwischen dem Umfang des Engagements und der Spendenhöhe. So waren 27 Prozent der Befragten, die viel Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten aufwenden, in der Gruppe mit den höchsten Spendenbeträgen (über 500 Euro) vertreten, während es bei den nicht Aktiven nur 6 Prozent und bei den bis zu fünf Stunden Aktiven 10 Prozent waren. Bei den unteren Spendenbeträgen (bis 100 Euro) sind

hingegen die nicht Aktiven bzw. jene mit geringem Zeitaufwand stärker vertreten.

## **8. Deutschland im internationalen Vergleich: „Spendenweltmeister“ oder „ein Volk von Individualisten“?**

Von den Deutschen ist in jüngster Zeit nach der hohen Spendenbeteiligung bei großen Katastrophenfällen oder anderen besonderen Anlässen oft als Spendenweltmeister die Rede. Dabei galten die Bundesbürger lange als wenig spendenfreudig. Zu dieser Beurteilung führten vor allem direkte Vergleiche mit den USA. Unberücksichtigt blieben dabei eine Reihe grundsätzlicher Unterschiede wie das nur schwach ausgebildete öffentliche System der sozialen Wohlfahrt und der deshalb höhere Stellenwert privater Fürsorge in den USA. Die sehr unterschiedlichen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen ordnen den Spenden in den USA an sich einen höheren Stellenwert zu. Außerdem werden hohe einkommensbezogene Abgaben, die Einziehung der Kirchensteuer durch den Staat sowie nur eine geringe steuerliche Absetzbarkeit von Spenden in Deutschland als hinderlich für die Entfaltung entsprechender Aktivitäten angesehen (Anheier/Salamon/Archambault 1997: 198).

Aussagefähiger als eine Gegenüberstellung Deutschland/USA dürfte ein Spendenvergleich zwischen europäischen Ländern sein, da deren Sozial- und Wohlfahrtsstaatsmodelle sich nicht in einem solch starken Maße unterscheiden. Allerdings fehlt es bislang noch weitgehend an vergleichbaren Daten. Ein internationaler Vergleich auf der Grundlage des European Social Survey<sup>5</sup>, der dieses Defizit zumindest teilweise beseitigt, fragt nach Spenden für Organisationen in den letzten 12 Monaten, berücksichtigt die Spendenhöhe aber nicht. Die Angaben dieser Erhebung korrigieren das Bild von den wenig spendenfreudigen Deutschen. Demnach liegt die Spendenbeteiligungsquote<sup>6</sup> leicht über dem europäischen Durchschnitt, erreicht aber bei weitem nicht die

<sup>5</sup> Der European Social Survey (ESS) ist eine auf Anregung der European Science Foundation (ESF) entstandene repräsentative Bevölkerungsumfrage. An der ersten Welle (2002/2003), zu der bislang die Daten vorliegen, haben 22 Länder teilgenommen. Angaben zu Spenden stehen aber nur für folgende europäische Länder zur Verfügung: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Slowenien, Spanien und Ungarn.

<sup>6</sup> Nach den Angaben des ESS ist der Anteil der Befragten in Deutschland, die angaben, in den letzten 12 Monaten gespendet zu haben, wesentlich geringer als in den Freiwilligen-survey. Erklären lässt sich dies mit dem Charakter des ESS als Mehrthemenbefragung, bei der Spendenaktivitäten nur eine untergeordnete Rolle spielen. Von Einfluss könnte auch sein, dass gezielt nach bestimmten Organisationsbereichen gefragt wurde.

Spitzenwerte einiger anderer europäischer Länder.

Die Niederländer, Schweden, Norweger, Briten, Österreicher und Dänen spendeten, gemessen an der Bevölkerung, mehr als die Deutschen, während die Spendenbeteiligungsquoten der Bevölkerung in einer Reihe anderer Länder, zu denen die Belgier, Franzosen, Finnen, Spanier und Italiener gehören, zum Teil beträchtlich geringer ausfielen. Den Deutschen kann der Titel „Spendenweltmeister“ oder „Spendeneuropameister“ zwar nicht zuerkannt werden, man kann ihnen aber durchaus eine „Kultur des Gebens“ bescheinigen, die sich auf europäischer Ebene sehen lassen kann.

Zu interessanten Ergebnissen führt auch eine sozialstrukturelle Analyse der Spender im europäischen Ländervergleich. So fällt die Spendenbeteiligung von Männern und Frauen recht unterschiedlich aus und es zeigen sich spezifische Ländermuster. In einem ersten Muster – zu dem Deutschland gehört – spenden Frauen und Männer etwa gleich oder nur geringfügig unterschiedlich. Eine völlig oder fast ausgeglichene Spendenbereitschaft bei unterschiedlichen Spendenbeteiligungsniveaus ist auch in den Niederlanden, Großbritannien, Österreich, Dänemark, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Portugal, Spanien, Italien und Ungarn vorhanden. In den meisten skandinavischen Ländern (Schweden, Norwegen, Finnland) spenden hingegen bedeutend mehr Frauen als Männer, während in Irland, Slowenien, Polen und Griechenland der Männeranteil bei den Spendern deutlich höher ist als der der Frauen. Ob hinter diesen Unterschieden demographische Faktoren stehen, sie auf traditionellen oder modernen Rollenmustern der Geschlechter beruhen oder die Religionsbindung von Einfluss ist, soll an dieser Stelle nicht weiter untersucht werden.

Ähnlich länderspezifisch differenziert fällt das Spendenverhalten nach Altersgruppen aus. Während die mittlere Generation (35-64 Jahre) in fast allen Ländern am meisten spendet, sind es in den Niederlanden, in Frankreich und Luxemburg vor allem die Älteren (65 Jahre und älter). Deren Spendenbeteiligung fällt hingegen in Finnland, Spanien, Italien und Griechenland im Verhältnis zu den anderen Altersgruppen besonders gering aus. Dies könnte mit unterschiedlichen Niveaus der Alterssicherung zusammenhängen. Nicht überraschend ist, dass die Jüngeren (15-34 Jahre) aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage in den meisten Ländern nur zu einem geringen Anteil spenden. Dennoch fällt die Spendenbeteiligung der Jungen in einigen Ländern (Großbritannien, Belgien, Finnland) deutlich höher als in Deutschland aus und weist nur einen geringe-

ren Abstand zu den anderen Altersgruppen auf. In Deutschland spenden die Jungen dagegen nur halb so häufig wie die Personen der anderen Altersgruppen.

Die Angaben zum Spendenverhalten differieren in Europa auch nach dem Erwerbsstatus. Generell spenden aber Hausfrauen, gefolgt von Erwerbstätigen und Rentnern am häufigsten, während dies für Arbeitslose nur zu einem geringeren Anteil zutrifft. Recht unterschiedlich fallen in den untersuchten Ländern auch die Anteile aus, mit denen einzelne Bereiche mit Spenden bedacht bzw. wofür diese verwendet werden. In Deutschland stehen die Organisationen der humanitären Hilfe und Menschenrechtsorganisationen an der Spitze, für die sich 27 Prozent der Spender entscheiden. Ihnen folgen mit 17 Prozent Organisationen aus dem Umweltbereich und dem Tierschutz. Ebenfalls 17 Prozent spendeten für religiöse Organisationen. Für Sportorganisationen (11 Prozent) sowie Kultur- und Freizeitorganisationen (10 Prozent) entschied sich jeweils nur noch jeder zehnte Spender. Damit liegt Deutschland nach den Bereichen für die gespendet wird, etwa im europäischen Durchschnitt. Allerdings wird in einer Reihe von Ländern noch weit mehr für humanitäre Hilfe und Menschenrechte und weniger für Umwelt- und Tierschutz (Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland) gespendet als in Deutschland.

## 9. Fazit und Perspektive

Das Spenden von Geld für die Linderung von Not oder für andere gemeinnützige Zwecke hat in Deutschland nicht nur eine lange Tradition, sondern erfährt in den aktuellen Diskursen zur Zivilgesellschaft und in den Reformdebatten, die besonders die Verantwortung der Bürger für das Gemeinwohl hervorheben, eine zunehmende Aufmerksamkeit. Obwohl zum Spendenverhalten der Bürger, zum Spendenvolumen und zu den Spendenmotiven die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen vorliegen, ist der Kenntnisstand noch immer unzureichend. Da sich die Angaben stark unterscheiden, fehlen noch immer gesicherte Aussagen zur Gesamtsumme der Spenden in Deutschland, die zwischen 2,6 und 7 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt wird. Nur wenig gesicherte Angaben sind auch zu den sozialstrukturellen Faktoren bekannt, die das Spendenverhalten beeinflussen.

Mit den Daten der 1999 und 2004 durchgeführten Freiwilligensurveys können aufgrund der relativ hohen Anzahl von jeweils 15.000 Befragten gerade in dieser Hinsicht tiefgehende Analysen durchgeführt werden. Allerdings liegt der Anteil der Bundesbürger, die in diesen Erhebungen angaben, in den letzten 12 Monaten gespendet zu haben, mit 63 Prozent über

den Ergebnissen anderer Untersuchungen. Die hohe Spendenbeteiligungsquote könnte der thematischen Ausrichtung auf das gemeinwohlorientierte Engagement geschuldet sein. Für die sozialstrukturelle Betrachtung der Spender und die Herausarbeitung von Unterschieden hat dies keinen wesentlichen Einfluss.

Wie auch andere Umfragen belegen, sind nach den Freiwilligensurveys Umfang und Ausmaß der Spenden in Deutschland durch ein hohes Maß an Kontinuität und Stabilität gekennzeichnet.

Hingegen vermitteln die Angaben beträchtliche regionale Unterschiede, es ist sowohl ein West-Ost- wie Süd-Nord-Gefälle auszumachen. Während in den neuen Bundesländern die Spendenbeteiligungsquoten dicht beieinander liegen, differieren sie zwischen den südlichen und nördlichen Ländern im Westen beträchtlich.

Die Ergebnisse der soziodemographischen Spenderstruktur zeigen, dass in allen Schichten der Bevölkerung gespendet wird. Dennoch lassen sich Unterschiede im Spendenverhalten feststellen. So liegt die Spendenbeteiligung bei den Frauen etwas höher als bei den Männern und sie steigt mit dem Alter an. Während in der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen gut jeder dritte Befragte angab, im zurückliegenden Jahr gespendet zu haben, sind in anderen Altersgruppen (z. B. 30-59 Jahre und 60 Jahre und älter) mindestens zwei Drittel Spender zu finden. Als Ursachen dafür sind verschiedene Gründe anzuführen. Einerseits trägt die in der Regel mit dem Alter einhergehende gesicherte wirtschaftliche Situation zur Zunahme der Spendenbereitschaft bei. Andererseits führen offenbar auch Veränderungen in den Bedürfnis- und ideellen Wertestrukturen zu diesem Ergebnis.

Vom Erwerbsstatus geht ebenfalls ein beachtlicher Einfluss auf die Spendenbereitschaft aus: Erwerbstätige spenden mehr als Arbeitslose oder sich noch in der Ausbildung befindliche Personen. Die höchste Spendenbeteiligung findet man allerdings bei den Rentnern und den Hausfrauen. Dies weist erneut auf den starken Einfluss der wirtschaftlichen Lage und der finanziellen Absicherung auf das Spendenverhalten hin. In diesem Sinne lassen sich auch die Wirkungen der beruflichen Stellung erklären. Beamte und Selbständige nehmen absolute Spitzenpositionen bei der Spendenbereitschaft ein.

Es ist allerdings nicht zu übersehen, dass trotz der deutlich höheren Spendenbeteiligung der wirtschaftlich gut situierten Gruppen sich auch Personen mit anderem sozioökonomischen Status in einem beachtlichen Maße

engagieren. So spenden Personen mit einem höheren Einkommen zwar deutlich häufiger als der Durchschnittsbürger, der Anteil der Spendensumme an ihrem Jahresnettoeinkommen liegt aber beträchtlich unter dem Durchschnitt. Offensichtlich zählt also nicht nur die wirtschaftliche Lage, sondern auch ideelle, moralische und solidarische Werte haben bei der Spendenentscheidung Einfluss. So befördert allein die Zugehörigkeit zu einer Konfession die Wahrscheinlichkeit des Spendens. Während die Unterschiede zwischen den Mitgliedern beider großen Kirchen bleiben, gehen von der Stärke der kirchlichen Bindung wesentliche Wirkungen aus. Letztlich unterscheiden sich Personen mit einer schwachen kirchlichen Bindung im Spendenverhalten nur wenig von Personen ohne Konfessionszugehörigkeit.

Insgesamt erweist sich eine enge Einbindung in gesellschaftliche Belange als förderlich für die Spendenbereitschaft. Bürger, die in Vereinen oder Verbänden engagiert sind, spenden häufiger und mehr als nicht engagierte Bürger. Es wird in Deutschland also nicht, wie oft angenommen, gespendet, um ein fehlendes persönliches Engagement („Zeitspende“) zu kompensieren. Vielmehr geht persönlicher Einsatz einher mit einer hohen Spendenbereitschaft: Wer Zeit für die Gemeinschaft gibt, ist auch finanziell großzügiger. Auch Personen mit einem starken Interesse an Politik und dem öffentlichen Leben fallen positiv durch ihre höhere Spendenbereitschaft auf.

Galten die Bundesbürger im internationalen Vergleich lange Zeit als wenig spendenfreudig, vermitteln Angaben auf der Grundlage des European Social Surveys ein anderes Bild. Demnach liegt die Spendenbeteiligungsquote der Deutschen sogar leicht über dem Durchschnitt von 19 europäischen Ländern. Nur die Niederländer, Schweden, Norweger, Briten, Österreicher und Dänen spendeten häufiger als die Deutschen, während die Spendenbeteiligungsquoten in einer Reihe anderer Länder, zu denen z. B. auch die Belgier, Franzosen, Finnen, Spanier und Italiener gehören, zum Teil beträchtlich geringer ausfielen. Den Deutschen kann also durchaus eine „Kultur des Gebens“ bescheinigt werden.

Inwieweit sich das Spendenverhalten der Deutschen künftig entwickeln wird, diese Frage kann mit den vorliegenden Daten nicht beantwortet werden. Wirtschaftlicher Druck, stagnierende oder rückläufige Einkommen können die Spendenbereitschaft durchaus beeinträchtigen. Andererseits sind bestimmte Verlagerungs- und Kompensationsprozesse (z. B. weniger Kirchensteuer dafür freie Entscheidung für Spenden) sowie Veränderungen in den ideellen Werten denkbar, in deren Folge

sich mehr Bürger zum Spenden entschließen und auch höhere Beträge spenden.

Die mit dieser Studie vorgenommenen Analysen zur sozialen Struktur der Spender belegen eindrucksvoll den Stellenwert des Freiwilligensurveys für eine in Deutschland noch im Anfangsstadium stehende Spendenberichterstattung. Das Auswertungspotential der vorliegenden Erhebungen ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. In dieser Studie wurde auch deutlich, dass mit den vorliegenden Erhebungen nicht alle offenen Fragen zu beantworten sind. Im Freiwilligensurvey spielt die Spendenthematik nur eine untergeordnete Rolle und dies wird sich auch künftig nicht grundlegend ändern. Die Erhebung ist aber u. a. durch die große Stichprobe, die Repräsentanz auf Länderebene und den besonderen Zuschnitt auf das bürgerschaftliche Engagement von besonderem Stellenwert. Bei erneuten Wiederholungen dieser Untersuchung im Abstand von fünf Jahren kann sie ein wichtiger Baustein einer nationalen Spendenberichterstattung werden. Zugleich weist der Freiwilligensurvey für die Spendenanalyse enge Grenzen auf, da sozioökonomische Aspekte nur partiell erhoben werden und diese für Spendenanalysen besonders wichtig sind.

Um bestehende Datenlücken zu schließen und weitere Analysen durchzuführen, sind zusätzliche Erhebungen bzw. die Aufnahme von Spendenfragen in regelmäßig (jährlich) durchgeführte Erhebungen angebracht. Sie sollten differenzierte sozioökonomische und sozialstrukturelle Analysen zulassen und für wissenschaftliche Analysen frei zugänglich sein.

Dr. Eckhard Priller ist Sozialwissenschaftler und Ökonom und als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) tätig (Forschungsschwerpunkt Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat/ Abteilung Ungleichheit und soziale Integration). Kontakt: priller@wz-berlin.de

Jana Sommerfeld ist Sozialwissenschaftlerin und ebenfalls in der Abteilung Ungleichheit und soziale Integration am WZB tätig. Kontakt: sommerfeld@wz-berlin.de.

Der Beitrag, der hier in gekürzter Fassung abgedruckt wird, ist im Dezember 2005 als WZB Discussion Paper erschienen (mit Abbildungen und Tabellen, SP I 2005 – 203, ISSN 1612-3468). Wir danken den Autoren und dem WZB für die freundliche Genehmigung zum Wiederabdruck.

## Literatur

- Anheier, Helmut K./Salamon, Lester M./Archambault, Edith (1997): Ehrenamtlichkeit und Spendenverhalten in Deutschland, Frankreich und den USA. In: Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Seibel, Wolfgang/Zimmer, Annette (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin: edition sigma, S.197-210.
- Auten, Gerald/Rudney, Gabriel (1989): The Variability of the Charitable Giving by the Wealthy. In: Magat, Richard

(Hrsg.): *Philanthropic Giving – Studies in Varieties and Goals*. New York/Oxford: Oxford University Press, S. 72-91.

- Bolkestein, Hendrik (1939): *Wohltätigkeit und Armenpflege im vorchristlichen Altertum*. Utrecht: A. Oosthoek Verlag.
- Boskin, Michael J./Feldstein, Martin (1977): Effects of the Charitable Deduction on Contributions by Low Income and Middle Income Households. Evidence from the National Survey of Philanthropy. In: *Review of Economics and Statistics*. Vol. 59, No. 3, S. 351-354.
- Braun, Joachim/Klages, Helmut (2000): *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999 – Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. Band 2. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer Verlag.
- Clotfelder, Charles T. (1980): Tax Incentives and Charitable Giving: Evidence from a Panel of Tax Payers. In: *Journal of Public Economics*. Vol. 13, S. 319-340.
- Dekker, Paul (1999): Freiwillige Arbeit in der niederländischen Zivilgesellschaft. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven. In: Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard (Hrsg.): *Perspektiven des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*. Berlin: edition sigma, S. 171-190.
- Deth, Jan W. van (2004): Soziale Partizipation. In: Deth, Jan W. van (Hrsg.): *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 295-315.
- De Swaan, Abram (1993): *Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit*. Frankfurt/Main: Campus.
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): *Bericht – Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Feldstein, Martin/Clotfelder, Charles T. (1976): Tax Incentives and Charitable Contributions in the United States: A Microeconomic Analysis. In: *Journal of Public Economics*. Vol. 5, No. 1/2, S. 1-26.
- Feldstein, Martin/Taylor, Amy (1976): The Income Tax and Charitable Contributions. In: *Econometrica*. Vol. 44, No. 6, S. 1201-1222.
- Haibach, Marita (1998): *Handbuch Fundraising. Spenden, Sponsoring, Stiftungen in der Praxis*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Haibach, Marita (2003): *Sozio-demographische Erkenntnisse*. In: *Fundraising. Handbuch für Grundlagen, Strategien und Instrumente*. Wiesbaden: Gabler, S. 179-189.
- Harenberg, Bodo (1988): *Chronik der Deutschen*. Dortmund: Harenberg-Lexikon-Verlag.
- Heidbüschel, Andreas (2000): *Psychologie des Spendenverhaltens*. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.
- Institut für Demoskopie Allensbach (1985): *Die Stellung der freien Wohlfahrtspflege – Kenntnisse, Erwartungen, Engagement der Bundesbürger. Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen 1962-1985 Allensbach (Langzeitstudie des Instituts für Demoskopie Allensbach 1962-1985)*.
- Jencks, Christopher (1987): Who Gives What? In: Powell, Walter W. (Hrsg.): *The Non Profit Sector – A Research Handbook*. New Haven/London: Yale University Press, S. 321-339.
- Jones, Andrew/Posnett, John (1991): Charitable Donations by UK Households: Evidence from the Family Expenditure Survey. In: *Applied Economics*. Vol. 23, S. 343-351.
- Klages, Helmut (2000): *Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung*. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 151-169.

- Meulemann, Heiner/Beckers, Tilo (2003): IFAS-Forschungsprojekt „Selbst- und Kollektivorientierung“ zum Interuniversitären Forschungsprojekt (Cati-Befragung) der Universitäten Köln, Düsseldorf und Duisburg 2002-2003. Forschungsgruppe Köln am Institut für Angewandte Sozialforschung. Köln.
- Müller, Oliver (2005): Vom Almosen zum Spendenmarkt. Sozialethische Aspekte christlicher Spendenkultur. Freiburg: Lambertus-Verlag.
- Müller, Helmut M. (2002): Schlaglichter der deutschen Geschichte. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn/Leipzig/Mannheim: Brockhaus.
- Neuhoff, Klaus (1997): Die historischen Wurzeln des Fundraising in Deutschland. Oder: Zur Kultur des Gebens und Spendens, des Teilens und Stiftens in Deutschland. Bietigheim-Bissingen: NonProfit Verlag.
- Neuhoff, Klaus (2001): Zur Kultur des Gebens und Spendens, des Teilens und Stiftens in Deutschland. In: Fundraising Akademie (Hrsg.): Fundraising. Handbuch für Grundlagen, Strategien und Instrumente. Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Nichols, Judith (1995): Global Demographics. Fund-Raising for a New World. Chicago: Bonus Books.
- Notheis, Dirk (1995): Ansatzpunkte und Strategien zur Akquisition von Unternehmensspenden. Stuttgart: M&P Verlag für Wissenschaft und Forschung.
- Priller, Eckhard (1999): Variationen zum Thema „Ehrenamt“. Unterschiedliche Perspektiven und Resultate. In: Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard (Hrsg.): Perspektiven des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Maßkonzepte. Berlin: edition sigma, S. 131-143.
- Priller, Eckhard (1999): Projektbericht des Johns Hopkins-Projekts Deutschland. Teilbericht Ehrenamt und Spenden, unveröffentlichtes Manuskript.
- Reece, William S. (1979): Charitable Contributions: New Evidence on Household Behaviour. In: The American Economic Review. Vol. 69, No. 1, S. 142-151.
- Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian (1980): Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd. II: Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: Kohlhammer Verlag.
- Schlegelmilch, Bodo B. (1986): Targeting of Fund-Raising Appeals – How to identify Donors. Arbeitspapier Nr. 10 des Department of Business Studies. Edinburgh: University of Edinburgh.
- Schlegelmilch, Bodo B./Tynan, Caroline A. (1989): The Scope for Market Segmentation within the Charity Market: An Empirical Analysis. In: Managerial and Decision Economics. Vol. 10, No. 2, S. 127-134.
- Schneider, Willy (1996): Die Akquisition von Spenden als eine Herausforderung für das Marketing. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (1999): Methoden der empirischen Sozialforschung. München/Wien: Oldenburg Verlag.
- Schuppert, Gunnar Folke (2004): Gemeinwohlverantwortung und Staatsverständnis. In: Anheier, Helmut K./Then, Volker (Hrsg.): Zwischen Eigennutz und Gemeinwohl: Neue Formen und Wege der Gemeinnützigkeit. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 25-60.
- Schwertmann, Philip (2004): Das Projekt „Reform des Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrechts“ – Inhalte und Resultate. In: Strachwitz, Rupert Graf (Hrsg.): Reform des Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrechts. Arbeitshefte des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Heft 13. Berlin: Maecenata Verlag, S. 22-83.
- TNS- Emnid (2004): Emnid-Spendenmonitor 1995-2004: <http://www.tns-emnid.com/03-presse/presseinformationen-archiv2004.htm>
- Vonhoff, Heinz (1987): Geschichte der Barmherzigkeit. 5000 Jahre Barmherzigkeit. Stuttgart: Quell Verlag.
- Winkler, Heinrich August (2000): Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Römischen Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. Sonderausgabe für die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung. München: Beck.

Dieter Hernegger

## Aktuelle Bemühungen um eine Absetzbarkeit von Spenden in Österreich

Warum nur gibt es in Österreich nicht wie in nahezu allen anderen Ländern Europas ein Steuer-Modell zur Absetzbarkeit von Spenden für gemeinnützige Zwecke? Warum nur kündigen hochrangige Politiker, die nach wie vor im Amt sind, seit Jahren, ja fast einem Jahrzehnt eine solche Maßnahme an – tun dann aber nichts? Initiativen von Vertretern österreichischer Non Profit Organisationen (NPO) für die Absetzbarkeit von Spenden gab und gibt es zuhauf. Woran nur sind diese Initiativen gescheitert? Nach Einschätzung des Autors und anderer Kenner der NPO-Welt in Österreich gibt es dafür vor allem zwei Gründe:

Zum einen bestehen irrationale Befürchtungen auf Seiten der Finanzverwaltung, die Absetzbarkeit würde zu nicht kontrollierbaren Missbräuchen führen und damit zu unkalkulierbaren Steuerausfällen. Die Finanzbehörden

sehen also Österreichs Spenden-NPO von potenziellen Betrügern durchsetzt und von Leuten, denen es um persönliche Vorteile geht – und nicht um das Gemeinwohl.

Zum anderen – und dies spiegelt sich so in der Haltung der Finanzverwaltung wider – fehlt es auch in der Politik weitgehend an der Einsicht der Bedeutung und der Unverzichtbarkeit gemeinnütziger Organisationen für das Funktionieren der österreichischen Gesellschaft und wesentlicher Politikfelder. Eine konsistente „NPO-Politik“ gibt es nicht (diese Kritik richtet sich nicht gegen die bestehende Bundesregierung, sondern gegen die Politik der letzten Jahrzehnte), und daher auch keinerlei ernst zu nehmenden Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Österreichs NPO. Die Einführung der steuerlichen Absetzbarkeit von gemeinnützigen Spenden durch Private

und Firmen wäre zweifellos eine solche erforderliche Maßnahme.

Ausgelöst durch die Tsunami-Katastrophe und den dadurch entstandenen öffentlichen Druck kam wieder Dynamik ins Dauerthema Absetzbarkeit, Anfang 2005 entstand eine neue Initiative. Im Unterschied zu früheren Bestrebungen ist das österreichische Finanzministerium nicht nur eingebunden, sondern führt dieses Projekt zur Absetzbarkeit von Spenden hauptverantwortlich durch. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Finanzverwaltung, des Kabinetts des Finanzministers, Spenden-NPO und Fundraising-Fachleuten wurde im Februar 2005 eingerichtet und hat nun nach einjähriger Tätigkeit ihre Arbeit abgeschlossen. Da einige wesentliche Punkte offen blieben, gehen die Verhandlungen zwischen Finanzministerium und Spenden-NPO nun außerhalb der Arbeitsgruppe weiter.

### Hintergrund

Das österreichische Spendenwesen ist im allgemeinen mit anderen westeuropäischen Ländern vergleichbar, es kommen die gleichen Fundraising-Methoden zur Anwendung, es treten ähnliche, wenn nicht sogar die gleichen Spenden-NPO auf und Spender haben ähnliche Vorlieben was die Spenden-Zwecke betrifft. Auch eine hohe spontane Spendenbereitschaft z.B. bei Katastrophenfällen ist vorhanden. Österreich hinkt allerdings beim Gesamt-Spendenvolumen hinterher, und zwar um ungefähr 50% im Vergleich mit seinen unmittelbaren Nachbarn Deutschland und Schweiz. Ohne hier auf Details eingehen zu können, lässt sich dieser markante Rückstand grob auf zwei Faktoren zurückführen: erstens gibt es kein gemeinnütziges Stiftungswesen wie in Deutschland oder der Schweiz, und zweitens sind die Möglichkeiten der Absetzbarkeit von Spenden sehr rigide. Die Interessensvertretung Österreichischer Gemeinnütziger Vereine (IÖGV) schätzt, dass Spenden in Österreich ohne diese beiden Sonderfaktoren sehr nahe an seine Nachbarn heranreichen würde.

Die steuerlichen Rahmenbedingungen zur Absetzbarkeit von Spenden in Österreich sind unbefriedigend. Privat- und Firmenspenden können nur für den kleinen Bereich von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen abgesetzt werden, sowie für eine taxative Liste von Organisationen wie das Bundesdenkmalamt, die Nationalbibliothek oder Museen von Körperschaften öffentlichen Rechts. Diese Liste wurde in den letzten Jahren – ohne Systematik, aber durch gute persönliche Beziehungen – um so selektive Bereiche wie Privatmuseen mit gesamtstaatlicher Bedeutung

oder den Behindertensport erweitert. Zielsicher blieben alle klassischen und auch in Österreich sehr beliebten Spendenzwecke wie Katastrophenhilfe, Soziales, Kinder, Tiere, Ökologie, Menschenrechte, Entwicklung schlechter gestellt.

Steuertechnisch ist die bestehende "Absetzbarkeit" dem deutschen System ähnlich, Spenden können in Österreich als Sonderausgaben für Private oder als Betriebsausgaben für Unternehmen abgesetzt werden und verringern die Steuerbemessungsgrundlage. Als Obergrenze gilt ein Betrag von 10% der Vorjahreseinkünfte bei Privaten oder des Gewinns bei Unternehmen.

### Ziele

Aufgrund dieser unbefriedigenden und ihre Entwicklung hemmenden Situation fordern österreichische Spenden-NPO daher eine echte Absetzbarkeit von Spenden gerade für die klassischen Spenden-Zwecke. Eine Ausweitung der bestehenden Regelung soll folgende Ziele erreichen:

- ein Ende der europäischen Schlusslichtposition Österreichs bei der Absetzbarkeit von Spenden.<sup>1</sup>
- ein Ende der unverständlichen Diskriminierung von Spenden für Soziales, Ökologie und Tierschutz
- eine Stärkung der Spendenbereitschaft durch diesen „Akt der öffentlichen Anerkennung“ und durch steuerliche Anreize für Spender
- einen Impuls für die Spendenwerbung um neue Zielgruppen zu erreichen (Jüngere, Wohlhabende)

Umfragen lassen auf ein deutliches zusätzliches Spendenpotenzial bei höheren Einkommensbezieheren und Jüngeren schließen, mittelfristig geht die IÖGV von einem Spendenwachstum, das durch diese Maßnahme generiert werden könnte, in Höhe von ca. 25% aus.

Das Wiener Wirtschaftsforschungsinstitut Institut für Höhere Studien (IHS) schätzt in einer Studie zur Absetzbarkeit aus dem Jahr 2002 den jährlichen Anstieg von Privatspenden durch die Absetzbarkeit auf 2,5%, den Anstieg im Firmenbereich auf 8%. Damit könnte das Spendenvolumen in den nächsten Jahren um ca. EUR 15 Millionen p.a. gesteigert werden. Bezieht man die direkten Kosten der Finanz, also den Steuerentgang in die Berechnung mit ein, so übersteigen die zusätzlichen Spenden-Einnahmen nach den Berechnungen des Instituts nach ca. vier Jahren den Steuerentgang, was zu einem volkswirtschaftlich

<sup>1</sup> Finnland und Schweden teilen sich diese Schlusslichtposition mit ähnlich rigiden Systemen.

wünschenswerten Wohlfahrtsgewinn führt, also zu dem Betrag, der netto (Spenden-Zuwachs minus Steuerentgang) mehr für Aufgaben des Gemeinwohls zur Verfügung steht.

### **Arbeitsgruppe im Finanzministerium**

Die Regierung konterte diese Forderungen in den letzten Jahren immer mit dem Argument der prekären budgetären Lage. Anlässlich der Tsunami-Katastrophe und der enormen Spenden-Bereitschaft begegnete der Finanzminister zu Jahresbeginn 2005 dem öffentlichen Druck durch Einsetzung einer Arbeitsgruppe. Diese Arbeitsgruppe erhielt den Auftrag, einen Modell- und Umsetzungsvorschlag für eine Absetzbarkeit von Spenden zu erarbeiten. Der Finanzminister ließ aber explizit offen, ob dieser Vorschlag von der Regierung dann auch umgesetzt würde.

An den Beratungen im Ministerium, die sich über fast ein Jahr erstreckten und im Januar 2006 abgeschlossen wurden, nahmen neben Mitarbeitern der obersten Finanzbürokratie und des Minister-Kabinetts insbesondere Vertreter von Spenden-NPO, NPO-Verbänden und der Berufsgruppe der Fundraiser teil. In den sechs Sitzungen befasste man sich mit internationalen Vorbildern und Vergleichsmodellen, Kostenfragen und Elementen eines konkreten Modells inklusive Kontrollmechanismen.

In den Verhandlungsrunden wurde mehrmals das geringe Wissen der Finanzbürokratie über die Bedeutung und die Dimension des NPO-Sektors in Österreich sowie über die eigenen, komplexen Regelungen zur Gemeinnützigkeit deutlich. Erschreckend war die Haltung maßgeblicher Vertreter zur Gleichwertigkeit und Vielfalt der gemeinnützigen Zwecke, so wurde wörtlich vom "Durchforsten der Wald- und Wiesengemeinnützigkeit" gesprochen. Hier schimmert eine unhaltbare Geringschätzung der eigenen Gesetze durch.

Die Arbeitsgruppe war seit Beginn mit dem Makel eines fragwürdigen Auftrags durch den Finanzminister behaftet. So sollte die AG nur über die Absetzbarkeit von "humanitären" Spenden diskutieren, eine inakzeptable Einschränkung nicht nur vom Standpunkt der Spender von Umwelt-, Tierschutz- oder Kultureinrichtungen. Hier würde die bestehende Diskriminierung nur auf einer neuen Ebene fortgesetzt.

Am Rande sei nur erwähnt, dass bei diesem Auftrag auch der vom Maecenata Institut im Zuge der Gemeinnützigkeits-Reform immer wieder kritisierte eingeschränkte Ansatz des Staates und mancher NPO, NPO einzig als Substitut für staatliches Handeln im Sozialbereich zu verstehen, sehr deutlich zum Vorschein kommt. Eine Debatte über den gesell-

schaftspolitischen Effekt der Gemeinnützigkeit, die weit über eine Substitutsfunktion hinausgeht, und auf ein selbstverantwortliches bürgerschaftliches Engagement für das Gemeinwohl und die Gemeinschaft abzielt, scheint zumindest mit der Österreichischen Politik und Finanzverwaltung noch nicht möglich.

So war sich z.B. der österreichische Nationalratspräsident (also kein Provinzpolitiker, sondern immerhin das Pendant des Bundestagspräsidenten in Deutschland, und seines Zeichens mehrfacher Autor von Büchern zur Bürgergesellschaft) nicht zu niveaulos zur hier ohne Kommentar wieder gegebenen Aussage über NPO, dass diese nämlich "mehr gemein als nützig" seien.

Für die Vertreter der Spenden-NPO war dieser eingeschränkte Auftrag von Beginn an inakzeptabel. Auch NPO, die so genannte "humanitäre" Anliegen vertreten, nahmen diese Haltung ein, was als wichtiges Zeichen einer sich langsam bildenden Sektoridentität über die Bereichsgrenzen hinweg gesehen werden kann.

Ziel der Verhandlungen war ein gemeinsames Papier mit konkreten Modell- und Umsetzungsvorschlägen. Ein solches wurde im Januar 2006 von Finanzminister und NPO der Öffentlichkeit und den Medien vorgelegt. Es beinhaltet neben dem konkreten Modellvorschlag (Ausdehnung des Absetzbarkeitsmodells für Wissenschaft und Forschung auf andere Zwecke) Qualitäts-Kriterien für begünstigte Spenden-NPO: Dazu zählen neben dem Status als gemeinnützige NPO ein Nachweis über eine mehrjährige Tätigkeit im jeweiligen gemeinnützigen Arbeitsbereich und eine jährliche externe Prüfung der ordnungsmäßigen Rechnungslegung und der zweckmäßigen Mittelverwendung.

Bei der zentralen Frage nach den begünstigten Zwecken aber wurde noch keine Lösung gefunden und so finden sich beide Vorschläge (ein auf "Humanitäres" beschränkter Begünstigtenkreis der Finanz und ein dem gültigen Gemeinnützigkeitsrecht entsprechender Vorschlag der NPO-Vertreter) nebeneinander im Abschlusspapier. Auch was die Kosten betrifft, sind die Berechnungen von NPO und Finanzministerium nebeneinander aufgeführt, weil man sich auf keine gemeinsame Zahl über die tatsächliche Höhe des jährlichen Spendenvolumens einigen kann (so geht das Finanzministerium von einem mehr als doppelt so hohen Volumen aus, als es etwa ein renommiertes Marktforschungsinstitut im Dezember 2005 für das Jahr 2005 auswies).

## Weitere Schritte

Der weitere Fahrplan des Projekts kann nur im Lichte der im Herbst 2006 stattfindenden Nationalratwahlen in Österreich gesehen werden. Böse Zungen behaupten, die Regierung spielt auf Zeit und nach den Wahlen beginnt die Debatte von Neuem. In den nächsten Wochen laufen die Verhandlungen zu den begünstigten gemeinnützigen Zwecken weiter, gleichzeitig soll angeblich noch im Frühjahr ein Gesetzesvorschlag ausgearbeitet werden. Es ist der Plan des Finanzministers, diesen Vorschlag mit allen parlamentarischen Parteien zu sondieren und als fertiges Projekt an eine neue Bundesregierung zu delegieren.

Der Politik sollte klar sein, dass eine Fortsetzung der Diskriminierung wesentlicher

Spenden-Zwecke rechtlich angreifbar und in der Öffentlichkeit nicht zu argumentieren ist. Die Zwei-Klassen-Gesellschaft von Spendern hat keinerlei internationale Vorbilder und widerspricht darüber hinaus den Ansprüchen einer vielfältigen, offenen, gleichwertigen Bürgergesellschaft. Sollte es am Ende zu einer exklusiven Regelung kommen, wäre das nicht nur ein Rückschlag für viele Tausend Spender, sondern auch ein Rückschritt für die Bemühungen um ein engagiertes, aktives bürgerschaftliches Engagement in Österreich.

Dieter Hernegger ist Geschäftsführer der IÖGV (Interessensvertretung Österreichischer Gemeinnütziger Vereine [www.iogv.at](http://www.iogv.at)). Der Artikel entstand unter Mitarbeit von Robert Francan. Kontakt: [d.hernegger@iogv.at](mailto:d.hernegger@iogv.at)

Rupert Graf Strachwitz

## Internationale Philanthropie im öffentlichen Diskurs

In den letzten Jahren sind überall auf der Welt Stifter aufgetreten, die bisherige Maßstäbe des Stiftens gesprengt haben. Bekannt geworden sind Bill und Melinda Gates, die allein zwischen 2001 und 2005 jedes Jahr über 1 Milliarde US\$ gestiftet haben, insgesamt bisher rd. 31 Milliarden \$. Sie werden für die letzten 5 Jahre übertroffen von Gordon und Betty Moore mit rd. 7 Milliarden \$. Stifter dieser Größenordnung sind freilich nicht nur in den USA anzutreffen. In Indien, Japan, Großbritannien, Italien und vielen anderen Ländern ist die Zahl der neuen Stiftungen mindestens ebenso rasch gewachsen wie in Deutschland; im Durchschnitt sind sie wohl andernorts erheblich größer als bei uns. Philanthropische Zuwendungen können sich zwar nach wie vor, insgesamt gesehen, in keiner Weise quantitativ mit dem Steueraufkommen bzw. dem über den Staat umverteilten Abgaben der Bürger für Zwecke des allgemeinen Wohls messen. In einzelnen Feldern jedoch können sie einen zunehmenden Einfluß auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens ausüben.

Deutsche Stiftungen wie Bosch oder Bertelsmann haben daran Anteil und wollen ihn haben. Auch was die Größenordnung betrifft, die hierzulande wegen der Beteiligung an Unternehmen, die nicht auf dem Markt gehandelt werden, sehr viel schwerer zu messen ist, stehen sie nicht in allen Fällen den ausländischen Stiftungen nach. So steht die Beteiligung der Bertelsmann Stiftung an der Bertelsmann AG bisher mit rd. 800 Mio. € in den Büchern der Stiftung. Erweisen sich jedoch die kürzlich im SPIEGEL (Nr. 10/2006) veröffent-

lichten Zahlen zur Bewertung des Unternehmens als richtig, könnte der Verkehrswert der Beteiligung bis zu 9 Milliarden € betragen und die Stiftung damit in den üblichen (allerdings auch international nicht sehr zuverlässigen) Rankings weltweit an die 4., in Europa an die 2. Stelle (nach dem britischen Wellcome Trust und vor der italienischen Fondazione Cariplo) setzen. Eine marktgerechte Bewertung der Robert-Bosch-GmbH würde wohl zu einem ähnlichen Ergebnis führen.

Neben diesen Giganten sorgt eine kaum noch überschaubare Fülle von neu gegründeten kleinen und mittleren Stiftungen sowie ein rasanter Anstieg an Spenden (allein in USA von 1994 – 2004 von rd. 150 auf rd. 250 Milliarden US\$ pro Jahr) geradezu unausweichlich dafür, daß Philanthropie in einem Ausmaß öffentlich diskutiert wird, das noch vor wenigen Jahren nicht für vorstellbar gehalten worden wäre. Von einem Randthema der allgemeinen und wissenschaftlichen Diskussion ist sie in der internationalen Fachwelt bei Ökonomen ebenso wie bei Sozialwissenschaftlern und gleichermaßen in der öffentlichen Analyse bestimmender Trends und Entwicklungen in den internationalen Medien vielfach in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die Entwicklung unserer Gesellschaft wird inzwischen regelmäßig mit der Entwicklung des Stiftungswesens in Beziehung gesetzt, sehr viel häufiger jedenfalls als mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft insgesamt. Der Abschied vom gewährleistenden Wohlfahrtsstaat hat insoweit in der Kommunikation seine Entsprechung

gefunden, in Deutschland allerdings wieder einmal erheblich langsamer als anderswo.

Die Aufmerksamkeit konzentriert sich international meist nur zu einem kleinen Teil auf die Aspekte, die in der deutschen Diskussion nach wie vor bestimmend zu sein scheinen: den segensreichen finanziellen Beitrag zur Bewältigung öffentlicher Aufgaben angesichts leerer öffentlicher Kassen und die Chancen, diesen Beitrag noch zu erhöhen, wenn nur den Stiftern bessere steuerliche Bedingungen – im Klartext ein höherer Spendenabzug – gewährt würden. Das erstere erscheint zumindest ungesichert, wenn man bedenkt, daß philanthropische Zuwendungen in Deutschland maximal 0,2% des BIP ausmachen (zum Vergleich: USA: 1,8%, Großbritannien 0,8%, Niederlande 0,5%, Frankreich 0,3%). Darüber, wie sich das steigern ließe, gehen die Meinungen außerhalb der Stiftungslobby weit auseinander. Sicher ist, daß die kulturellen Rahmenbedingungen eine mindestens ebenso wichtige Rolle spielen wie die gesetzlichen. Diese aber ändern sich, wie man weiß, in einem unorganisierten, sehr entscheidend diskursiv bestimmten Prozeß.

An weitergehenden Fragestellungen besteht in Deutschland allenfalls ein sehr begrenztes Interesse. Nur so ist es etwa zu erklären, daß aussagefähige neuere Zahlen zum Spendenaufkommen der Bundesbürger von den Finanzbehörden oder dem Statistischen Bundesamt nicht zu bekommen sind und daß alle Versuche, das bisher einzige komparative Projekt (das *Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project*) zur empirischen Erforschung des gemeinnützigen Sektors in Deutschland nach den ersten 2 (weitgehend aus dem Ausland finanzierten) Forschungsphasen abgebrochen werden mußte und eine Verstetigung der Beobachtung bis heute an der mangelnden Finanzierung gescheitert ist. Reine Erfolgsmeldungen über die Zunahme an neuen Stiftungen können dieses Defizit gewiß nicht ausgleichen, ebensowenig leider die seriösen, aber mangels valider Grunddaten Stückwerk bleibenden Untersuchungen, etwa des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (Eckhard Priller) oder auch des Maecenata Instituts (Sabine Reimer, Rainer Sprengel u.a.). Kleinliche, von Mißgunst und anderen wenig sachorientierten Motiven getragene Versuche mancher Beteiligten, andere auszugrenzen, totzuschweigen oder zu delegitimieren, führen darüber hinaus dazu, daß ein allgemeiner Diskurs über die tatsächlich mit diesem Anstieg verbundenen Themen nicht vorankommt, auch denen, die ihn führen könnten, wenig attraktiv erscheint.

So bleiben etwa die Legitimität philanthropischen Handelns im Konflikt mit der demokrati-

schen Legitimierung öffentlicher Wirksamkeit, die öffentliche (nicht notwendigerweise staatliche) Kontrolle über solches Handeln angesichts der mit Aufkommensverzicht verbundenen Steuerbefreiungen, der Beitrag der Stiftungen zu sozialem Wandel und sozialer Gerechtigkeit, die Gefahren der Klientelpolitik in Zwecksetzung, Projektauswahl und Mitarbeiterrekrutierung, die strukturkonservative, zuweilen auch schlicht unprofessionelle Herangehensweise an gesellschaftliche Herausforderungen, die Arroganz im Umgang mit anderen Akteuren, aber auch die in der Tat oft innovative, aber, wegen der erhöhten Chance zu scheitern, gerade deswegen kritisierte Denk- und Arbeitsweise mancher Spender und Stifter ebenso weithin unerörtert wie zahlreiche andere diskussionswürdige Themen. Daß sich die großen Dachverbände der Zivilgesellschaft, von den Wohlfahrtsverbänden über den Kulturrat und Sportbund bis zu den Stiftungen inzwischen jedenfalls im allgemeinen für mehr Transparenz aussprechen, kann unter diesen Umständen geradezu als ein Wunder der Innovationsbereitschaft gelten.

So erstaunt es nicht, daß die internationale Diskussion mit nur sehr lückenhafter deutscher Beteiligung stattfindet. Wenn etwa der *Economist* einen seiner berühmten *Surveys* in der Ausgabe vom 25. Februar 2006 (vol. 378, No. 8466) dem Thema *Wealth and Philanthropy* widmet, so findet sich auf 14 Textseiten kaum ein Hinweis auf die deutsche Situation, nur ein einziger auf ein deutsches Publikationsprojekt, obwohl sich das Blatt von anderen britischen Medien gewöhnlich durch eine große Offenheit gegenüber Deutschland abhebt. In einem vor wenigen Monaten veröffentlichten *Survey* der *Financial Times* war es ähnlich. Die wichtigen Themen allerdings werden zahlreich angeschnitten, ebenso wie in der *Stanford Social Innovation Review* (Ausgabe Winter 2005, vol. 3, No. 4), die ihr Schwerpunktthema mit der Überschrift *A Failure of Philanthropy* versehen hat.

In diesem Beitrag setzt sich Rob Reich, Politikwissenschaftler an der Stanford Universität, insbesondere mit der Frage auseinander, wem philanthropische Zuwendungen zugute kommen. Gewiß beleuchtet er die US-amerikanische Situation und weist auch ausdrücklich auf einen Vergleich hin, der den o.g. in Teilen erklären mag: Der Aufkommensverzicht des Staates durch Steuervorteile für Spender und Stifter beträgt in USA rd. 0,02% des Gesamtsteueraufkommens, in Deutschland ebenso wie in Großbritannien rd. 0,001%. Die Rolle der Philanthropie, wenngleich auch hier noch klein, ist also in den USA, gemessen am Steueraufkommen, rd. 20 mal so groß wie in Europa. Kein Wunder, daß sich eine kontro-

verse Debatte über ihren Wert dort eher entzündet. Dennoch ist das Beispiel, auf dem er seine These aufbaut, nicht ohne Relevanz auch für Europa. Die höchstdotierte Schule erhält von ihrer Gemeinschaftsstiftung pro Schüler und Jahr über 7.000 US\$, die niedrigstdotierte 77 \$. Es erstaunt nicht, daß erstere in einem wohlhabenden Vorort, letztere in einem problematischen Innenstadtbezirk liegt, wobei beide Gemeinschaftsstiftungen zu den 8 höchstdotierenden in Kalifornien gehören. Begreiflicherweise knüpft Reich daran die Frage, ob es tatsächlich im öffentlichen, die Steuervorteile auslösenden Interesse liegt, die ohnehin krassen Konsequenzen der Schulwahl durch Philanthropie zu perpetuieren. Dieses Interesse, so Reich weiter, wird dadurch zusätzlich fragwürdig, daß die Systematik des Abzugs (so wie in Deutschland auch) wohlhabende Steuerzahler mit hoher Steuerprogression erheblich stärker begünstigt, sodaß sich die Wirkung gegen soziale Gerechtigkeit noch verstärkt.

In derselben Ausgabe widmet sich Reich übrigens der Frage: *Would Americans make charitable donations without tax incentives?* In der Beantwortung ist er vorsichtig, weist aber darauf hin, daß Steuervorteile jedenfalls möglicherweise nicht so entscheidend sind wie bisher angenommen. Befragungen haben ergeben, daß sie vor allem von einkommensstarken Teilen der Bürger für wichtig erachtet werden. Andere Erhebungen differenzieren die Bedeutung nach den Zielen der Empfängerorganisation. So vermutet Martin Feldstein, Ökonom in Harvard, daß Wissenschaft und Bildung sowie Krankenhäuser Rückgänge im Spendenaufkommen von 40 – 65% erleiden könnten, während sich der Rückgang bei religiösen Organisationen auf 7 – 13% beschränken würde.

Ebenfalls in dieser Ausgabe schreibt Paul C. Light (*New York University Robert F. Wagner School of Public Service*) über die Ermüdung der Spender (*Donor Fatigue*). Was er damit meint, ist nicht so sehr eine Ermüdung durch zu viele Katastrophen und nachfolgende Aufrufe. Und wenn er auch die oft alles andere als optimale Erledigung der (selbst-) gestellten Aufgaben durch operative zivilgesellschaftliche Organisationen ebenso thematisiert wie die entsprechende, oft überzogene Wahrnehmung durch Spender und Stifter, geht es ihm letztlich um etwas anderes. „Anstatt zu versuchen, Verwaltungskosten auf 0 zu bringen (oder sie zu verstecken), sollten gemeinnützige Organisationen und ihre Verbände ... sich mit dem Irrglauben auseinandersetzen, daß starke Kommunikationssysteme, anständige Computer und eine zeitgemäße Buchhaltungssoftware Luxusgüter seien, deren Anschaffung in

eine ferne Zukunft verschoben werden kann. ... Anstatt die Zeit auf Bilder von Bedürftigen zu verschwenden, über die schlechte Presse zu jammern und sich selbst zu all den Menschen zu gratulieren, denen sie helfen, sollten die Organisationen und ihre Dachverbände der Öffentlichkeit ehrlich darlegen, was es kostet, eine Organisation erfolgreich zu führen.“ (Übers. d. Verf.)

Organisationen, so Light, müssen vor allem robuster werden und in ihre Zukunft investieren. Dazu gehören Fortbildung und Organisationsentwicklung ebenso wie die Bildung von Finanzreserven. Sie müssen in der Lage sein, flexibel und zugleich stark auf Herausforderungen reagieren zu können. Dieses müssen ihnen ihre Zuwendungsgeber ermöglichen, denn nur so können sie das Vertrauen eben dieser Zuwendungsgeber erhalten oder zurückgewinnen.

Die *Stanford Social Innovation Review* enthält weitere Beiträge zu dieser Thematik, durchweg aus dem Blickwinkel der sozialen Innovation, und in der Regel kritisch, letztlich aber überaus hilfreich, um durch den Diskurs die Entwicklung des Sektors inhaltlich zu stärken.

Der *Economist* bildet andere Schwerpunkte. Hier geht es im wesentlichen um die Zusammenhänge zwischen privatem Wohlstand und Philanthropie, die gewürdigt, zugleich aber kritisch beleuchtet werden. So wird am Beispiel des Zusammenbruchs von ENRON dargestellt, wie Firmen-Manager sich bei Geschäftspartnern und Verwaltungsratsmitgliedern dadurch einschmeicheln konnten, daß sie deren Lieblingsanliegen mit Mitteln der Unternehmensstiftung unterstützten. Und Bob Geldof wird mit der Empfehlung zitiert, der Präsident von Uganda sollte nicht mehr kandidieren (was begreiflicherweise zu Demonstrationen im Lande führte). Halten, so fragen die wie stets anonymen Autoren des *Economist*, die vollmundigen Ankündigungen, Philanthropie würde künftig „strategisch“ sein, würde als „soziales Unternehmertum“, „venture philanthropy“ und dergl. daherkommen, was sie versprechen? Und mehr noch, sollten sie es?

Andrew Carnegie sah seine Philanthropie als Erfüllung eines Sozialkontrakts, sowohl eine Pflicht als auch eine Versicherung gegen zwangsweise Umverteilung. Er glaubte, die ungleiche Verteilung von Reichtümern sei die unausweichliche Folge ebender Akkumulation von Wohlstand, die sozialen Fortschritt ermöglicht. Philanthropie war für ihn der einzig denkbare Ausweg aus dieser Falle. Diesen Weg nicht zu gehen, kam für ihn einem persönlichen Scheitern gleich, war insofern integraler Teil eines Lebensplans. Heute, so der *Economist*, ist Philanthropie vielfach durch Spaß

bestimmt, durch persönliche Erfüllung und Ansehensgewinn. Dieses nur auf die moderne Philanthropie zu beziehen, ist historisch nicht korrekt. Schon immer war das Stiften vielfach ein Vehikel des sozialen Aufstiegs. Insofern ist es wohl vernünftiger, wie vorgeschlagen die Motivsuche nicht zu weit zu treiben und sich auf Inhalte und Erfolge zu konzentrieren. Mögliche neue Inhalte und das schwierige Problem der Erfolgsmessung bilden denn auch den Hauptteil der Untersuchung, abgesehen von einem sachlich korrekten und insgesamt erschöpfenden Überblick über die modernen Ausformungen der Philanthropie, sowohl im empirischen Kontext als auch am Einzelbeispiel illustriert. So wird der Sozialunternehmer von ASHOKA ebenso dargestellt der wachsende Markt der professionellen, auf diesen Bereich spezialisierten Berater. Guide Star, das in USA entwickelte und inzwischen auch in Großbritannien angebotene umfassende Informationssystem zu gemeinnützigen Organisationen, wird erläutert und kommentiert.

Überdeutlich wird aus dem ganzen Text die in Fachkreisen schon lange wohlbekannte Dominanz der US-amerikanischen Wissenschaftler in der Beschäftigung mit diesem Bereich. Fast ausschließlich stammen die zitierten Untersuchungen und Publikationen aus amerikanischen Hochschulen. Michael Porter von der Harvard Business School wird mit der Bewertung zitiert, „Skandale bei Stiftungen drehen sich in der Regel um Gehälter und Nebenleistungen. Der wahre Skandal aber ist, wieviel Mittel mit Aktivitäten verschleudert werden, die nichts bewegen (*have no impact*). Milliarden werden mit ineffektiver Philanthropie verschwendet.“ (Übers. d. Verf.). Nicht uninter-

essant ist in diesem Zusammenhang, daß die *Harvard Business School* eigene Kurse für Führungskräfte in Nonprofit-Organisationen anbietet, obwohl die *Kennedy School of Government* derselben Universität sich in ihrem *Hauser Center for Nonprofit Studies* ebenfalls bereits seit Jahren mit dem Thema beschäftigt. Wettbewerb im kritischen Diskurs belebt auch in der akademischen Begleitung gemeinnützigen Handelns offenkundig das Geschäft.

In Deutschland hat sich in der Vergangenheit gelegentlich ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘, die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘ gelegentlich mit Philanthropie oder Zivilgesellschaft auseinandergesetzt. Über weite Strecken fehlt jedoch diese so notwendige informative Auseinandersetzung, wie sie der *Economist* angeboten hat. Beilagen zu großen Medienorganen, die von den Anbietern von Leistungen für Stiftungen finanziert werden, sind dafür gewiß kein Ersatz. Ebenso wenig kann die – gewiß auch sehr notwendige – Erörterung juristischer Einzelfragen in Fachorganen die kontinuierliche geistes- und sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit einem alten neuen Thema unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit und die Publikation und Diskussion von kontroversen Meinungen ebenso wie von empirischen Ergebnissen nicht ersetzen. Es sollte tunlichst nicht gewartet werden, bis eine reißerische Berichterstattung über irgendeinen, vielleicht ganz peripheren Skandal eine Flut von publizistischen Bemühungen nach sich zieht.

Rupert Graf Strachwitz ist Direktor des Maecenata Instituts. Kontakt: rs@maecenata.de

Eva Neumann und Hans-Conrad Walter

## Kultur trifft Wirtschaft

Aufgrund der Rückzugstendenzen des Staates aus der Kulturförderung sind immer mehr Kultureinrichtungen auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft angewiesen. Doch welches Kulturprojekt oder welche kulturelle Einrichtung arbeitet mit Wirtschaftsunternehmen auf welcher Basis zusammen?

Zum Jahreswechsel veröffentlichte die Berliner Agentur Causales eine Marktstudie zum Kultursponsoringmarkt 2005 in Berlin und den neuen Bundesländern. In Zusammenarbeit mit StudentInnen und Studenten der *design akademie berlin kommunikationsmanagement GmbH* und dem Dozenten im Fachbereich Marktforschung Knut Walter wurden im Sommer 2005 insgesamt 400 Fragebögen an Kul-

tureinrichtungen verschickt, die Anzahl der Teilnehmer betrug 61, was einer Rücklaufquote von 15,24% entspricht. Von den angeschriebenen Einrichtungen sind 70% in Berlin angesiedelt. Museen machen mit rund 20% und Sprechtheater mit weiteren 17% mehr als ein Drittel der Beteiligten aus.

Ziel der Studie ist es, die Formen der Zusammenarbeit von Kultur und Wirtschaft anhand bestehender Sponsoringpartnerschaften aufzuzeigen. Dabei wurden folgende Untersuchungsbereiche berücksichtigt: Struktur der Sponsoringnehmer und -geber, Aspekte der Kommunikation, Leistungen und Gegenleistungen, Zufriedenheit und Zukunftsperspektiven.

Ein wichtiges Ergebnis der Studie zeigt, dass über 80% der befragten Kultureinrichtungen bereits Erfahrungen mit Sponsoringpartnerschaften haben und die Zusammenarbeit mit Unternehmen fast ausschließlich positiv bewerten.

Schon in den 90er Jahren wurde dem Kommunikationsinstrument Sponsoring ein massiver Bedeutungszuwachs prognostiziert.

Mit jährlichen Ausgaben von vier Milliarden Euro in Deutschland hat sich Sponsoring als Kommunikationsinstrument innerhalb des Marketings von Unternehmen voll integriert und etabliert. Etwa 350 Millionen Euro (8%) dieser Summe fließen in den Kulturbereich.

Neben dem Sportsponsoring und Soziosponsoring wird dem Kultursponsoring der drittgrößte Bedeutungszuwachs beigemessen.

Der Studie zufolge macht Sponsoring zwar bislang nur 3 % der Gesamteinnahmen der befragten Kultureinrichtungen aus. Der Trend zu Kultursponsoring aber steigt:

39,4% der Befragten gehen davon aus, dass die Bedeutung von Sponsoring für Kultureinrichtungen „stark zunehmen“ wird. Weitere 39,4% messen dem Sponsoring eine „zunehmende“ Bedeutung zu. Lediglich 18,2% prognostizieren eine gleich bleibende Bedeutung.

Kleine und mittelständische Unternehmen engagieren sich meist regional. 74% der akquirierten Unternehmen kommen aus der Region der jeweiligen Einrichtung. Mehr als die Hälfte der Sponsoringgeber sind mittelständische Unternehmen wie Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleister.

Bislang macht Sponsoring nur 3% Prozent der Gesamteinnahmen aller befragten Einrichtungen aus. Den Großteil der Finanzierung trägt mit 37% immer noch die öffentliche Hand. Eintrittsgelder und Dienstleistungen erzielen 22% des Gesamtertrags.

Als Gegenleistung wird den Sponsoren in erster Linie eine Präsenz auf Werbemitteln geboten. 24% der Kultureinrichtungen integrieren die fördernden Unternehmen auf Drucksachen wie Flyer und Postkarten und 17% platzieren das Logo des Sponsors in Außenwerbekampagnen.

Die Einbindung in Veranstaltungen wird von knapp 16 % der Betriebe angeboten. Es folgt in kleinen Abstufungen die Präsentation durch PR-Maßnahmen, im Internet, auf Printanzeigen, im Haus selbst sowie individuell verhandelte Dienstleistungen.

Bei ca. 53% der Partnerschaften ist die Zusammenarbeit auf weniger als ein Jahr angelegt. In 33% der Fälle besteht eine längerfristige Partnerschaft von mehr als zwei Jahren. Nur 14% der Sponsoringbeziehungen haben eine Dauer von 1-2 Jahren. Aus diesen Angaben lässt sich schließen, dass aus einer erfolgreichen kurzfristigen Zusammenarbeit oftmals eine langfristige Kooperation entsteht.

Dass über 90% der Einrichtungen mit den Sponsoringpartnerschaften überwiegend bis völlig zufrieden waren und mehr als die Hälfte stark an einem zukünftigen Sponsoringengagement interessiert ist; könnte diese Entwicklung bestätigen.

43,5% der Studienteilnehmer bevorzugen Finanzmittel als Sponsoringleistung, um die abnehmende staatliche Förderung zu kompensieren und den gestiegenen Ansprüchen der Besucher gerecht zu werden.

Für rund Dreiviertel der befragten Kultureinrichtungen ist eine Zusammenarbeit mit externen Agenturen hinsichtlich der Akquisition von Sponsoren notwendig.

Hans-Conrad Walter und Eva Neumann sind Kommunikationswirte und Geschäftsführer der Berliner Agentur Causales, die Partnerschaften zwischen Kultur und Wirtschaft vermittelt und ausgewählten Kultureinrichtungen die Akquisition von Förderern und Sponsoren anbietet. Kontakt: [info@causales.de](mailto:info@causales.de), Weitere Informationen: [www.kulturmarken.de](http://www.kulturmarken.de).

## Berichte und Notizen

Andreas Fulda

### **Sino-German NGO-Dialogue Forum on the “Development of Grassroot Democracy through Public Participation”, 19 – 20 December 2005 in Beijing**

On behalf of the German Konrad Adenauer Foundation (KAS) and with the support of the German Center for International Migration and Development (CIM) the China Association for NGO Cooperation (CANGO) organized a two-day Sino-German NGO Dialogue Forum on the issue of “Development of Grassroot Democracy through Public Participation” on 19.-20. December 2005 in Beijing.

International participants of the NGO Dialogue Forum included both representatives of the German Embassy and German non-governmental organizations as well as various members of the International donor community. On the Chinese side, central government officials from the Ministry of Foreign Affairs, Ministry of Commerce and Ministry of Civil Affairs, cadres from the provincial and municipal government, scholars from Qinghua University and the China Academy for Social Sciences, Chinese journalists as well as various Chinese NGO representatives working on public participation and community building took part in the seminar. More than 50 participants joined the two-day deliberations between German and Chinese government officials as well as NGO practitioners.

Amid a year of controversy about the role of civil society in developing countries, the Sino-German NGO Dialogue Forum turned out to be a good platform for information exchange and mutual learning. On the first day, big picture issues such as the role of a country's given constitution, its underlying political institutions and the composition of state, private sector and civil society actors in Germany and China were being discussed. Using the transnational Civil Society Index (CSI) as a reference point, both German and Chinese scholars discussed how legal-administrative frameworks impact on civil society development in both countries. Mrs Sabine Reimer from the German Maecenata Institute emphasized the significance of the basic law as a guarantor of rights to free association and the protection of civil and political rights. Mrs. Jia Xijin from the Qinghua NGO Research Center referred to the recently published Whitebook on Democracy by the central government in order to reflect on current strands of official thinking about the subject

ject matters. While both scholars agreed that findings of the CSI could not be directly compared, it was interesting to see that Chinese civil society members strongly believed that values of integration, equity and social justice can and should be advocated despite unfavorable overall framework conditions.

Following panels focused on more specific topics such as the mobilization challenge among German and Chinese NGO working on public participation. Turning to the role of NGO and NPO, Mrs. Ute Bertel from the Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement presented its 2004 “Engagement macht stark!” campaign to increase citizen involvement in local affairs. Mrs Li Liya of Shining Stone Community Action, a Beijing based NPO, similarly drew a picture of various Chinese NGO working on community and public participation issues. Both presentations revealed an increasing convergence between Chinese and German NGO as regards to agenda setting and advocacy work. Regardless of whether they work in the fields of rural migrants, the disadvantaged, legal aid or social development Chinese NGO increasingly share the following commonalities: systemic bottlenecks in the given area of activity are being openly and critically discussed among NGO activists, different NGO team up to foster mutual support networks and NGO reformers are unafraid to get involved in issues relating to public policy formulation, decision making, implementation and evaluation.

Political communication and advocacy work was further being discussed in a panel focusing on public opinion in policy advocacy. Mr Christoph Bautz from Campact CA, presented an example of a successful internet-based campaign, which supported reformers within the German parliament to enact a law that would increase transparency about commercial side activities of Members of Parliament. Here the freedom of press and unrestricted access to information was emphasized as necessary preconditions for effective campaigning. A representative from a Chinese Legal Aid NGO presented their organization's relentless efforts to provide assistance to women in order to enable them to effectively protect their land

rights. The two examples showed great differences in available political space to conduct high profile advocacy work. Yet both cases also highlighted that critical advocacy work can actually benefit both state and citizens alike, in the first case through a strengthened democratic process and in the latter case through basic human rights protection.

The following panel on the institutionalization challenge of participatory approaches received great attention from all seminar participants. Mr. Ludwig Weitz, representative and trainer of the German Stiftung Mitarbeit, presented the Future Search Conference methodology, while Mr Jiang Zhaohua, a Chinese local cadre from Wenling City, explained the rationale behind deliberative polling as both a means and an end for increased citizen participation. Touching upon administrative reform rather than on political reform per se, both methods are indicative for governance innovation on the local level. Subsequent topics included the challenge of migrant integration and the requirements for responsive and accountable communities in both countries.

The seminar ended with a final panel on self-government as the basis grassroot democracy. Mr Li Fan from the China and the World Institute discussed both progress and challenges to political development in China. Distinguishing between avenues such as representative and participatory democracy he outlined various institutional bottlenecks. He stated that both the law on villager and resident committees lacked clear regulations that would protect both self-government organs against undue

local government interference. Furthermore he stated that local elections were often being impeded by a lack of respect for due democratic process, corruption and interference by mafia-like elements. He estimated that in 2006 and 2007 the number of independent candidates for elections would increase and that there would be further attempts to carry the electoral process up the administrative ladder, e.g. to the township level. Mr Andreas Fulda concluded the seminar with a presentation on behalf of CANGO's efforts to contribute to good governance through a Participatory Urban Governance Training Program (PUGTP). Drawing on the recent discourse among American communitarians he outlined various challenges to democratic self-government in China and how the PUGTP - jointly conducted with CANGO's strategic partner, the American Bar Association - will assist in finding creative and innovative solutions to urban governance bottlenecks.

The positive feedback from Chinese and German participants in the seminar signifies an increasing acceptance of a political understanding of civil society work and provides new leads how German and Chinese NGO can learn from each other in order to make greater contributions to political and social development in both countries.

Der Bericht wurde zuerst veröffentlicht in der Zeitschrift NGO Cooperation Forum (Vol. 43/ No. 6), herausgegeben von der China Association for Non-Governmental Organization Cooperation (CANGO). Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Wiederabdruck.

Michael Strübin

### **Community Foundations in Europe. German-Italian Conference of the Maecenata Institute and Fondazione Cariplo, Villa Vigoni, Menaggio, 16-17 January 2006**

About three dozen professionals from, and researchers on, the German and Italian community foundation fields met for a two-day seminar at Villa Vigoni on Lake Como, the renowned study centre on German-Italian affairs, in January 2006 to discuss new research on the field, take stock of most recent developments, and debate the defining characteristics, common elements and differences among Italian and German community foundations. Organized by the German Maecenata Institute and the Italian Cariplo Foundation, the conference assembled a small but illustrious group of specialists that began the elusive quest of better understanding the European community foundation "model".

The starting point of the conference was the publication of Philipp Hoelscher's and Eva Maria Hinterhuber's *Von Bürgern für Bürger? Bürgerstiftungen in Deutschlands Zivilgesellschaft* [From citizens for citizens? Community foundations in Germany's civil society], Berlin: Maecenata Verlag 2005. Philipp Hoelscher presented key findings of this study that had examined, over a period of three years, six community foundations in Germany: Barnim-Uckermark, Berlin, Hanover, Herten, Jena, and Stuttgart. The study added an international comparative dimension by also considering community foundations in Lecco (Italy), Togliatti (Russia) and the Community Foundation for Northern Ireland. The researchers exami-

ned the origins, organisational structure, development of the endowment, activities, position in civil society, and people of German community foundations, and embedded the findings in an international comparison to identify strengths and weaknesses of German community foundations and their contribution to civil society.

It became clear in the study (and in the presentations and discussions with their representatives at the conference) that the field of German community foundations is highly complex, but that there is a variation on the theme – community foundations founded in poorer regions – that may set them apart from others.

- Almost all German CFs are building their financial capital slowly. This is especially the case for CFs in poorer regions in Germany, which include those in the East of the country (Barnim-Uckermark, Berlin, and Jena) but also Herten, a city in the coal belt of west Germany that has been facing wrenching structural changes. Even after several years of existence, Jena's and Herten's endowment is around €100,000 or less, which is barely above the minimum requirement under German law (usually €50,000).
- German CFs put a high value on participation and involving a high number of citizens in their activities and decision-making. They often include in their governance structure a body that assembles all donors ("Stifterversammlung"), although in practice this has turned out to be of limited value. They speak of mobilizing social capital and point to the number of volunteer hours which, if monetized, would raise the value of their donations considerably.
- Emphasizing this CF characteristic of strengthening civil society, some German CFs have been founded in areas, especially in the East, that experience challenges to the democratic order from far right extremists that exert influence in schools, in families, and in local politics. There, CFs seek to identify and strengthen stakeholders and to educate the population in civil society traditions.
- Despite this claim, German CFs often fall short of their goal of involving broad parts of the local population. This may be attributable to the difficulties in communications or in local rivalries in a heightened competitive environment of donations and government funds.
- Hanover and Stuttgart are among a few German CFs that are slowly and steadily building their endowment and seem on a good track to achieve sustainability. Challenges for those CFs may include the per-

ceptions that they are (too) driven by local elites or that they are (overly) close to the municipal administration.

Some common elements among German CFs emerged when they were contrasted with Italy's. German CFs have in general been local creations and emerged at the initiative of one or a few local citizens. Even in the few instances where CFs have benefited from the support of foundations, such as Gütersloh (Bertelsmann) and Dresden (Körper), the impetus has been first and foremost local. Although there have been national support networks like Initiative Bürgerstiftungen, they have mostly provided training and technical assistance. Few community foundations have benefited from challenge grants or other financial transfers to build endowment. As a result, only a few German CFs can be confident that they achieve financial sustainability in the foreseeable future.

This stood in marked contrast with Italy's situation, where CFs have been introduced in large part through a Cariplo Foundation program of support and coordination. Milan-based Cariplo began introducing the idea of community foundations through challenge grants, and has been successful in generating about twelve community foundations in the region of Lombardy around Milan in northern Italy, and anchoring them in the communities. In addition to financial transfers, Cariplo developed a complex software platform that allows each community foundation to manage its financial, grants, donor and contact data as well as its website and public relations through a common web-based platform. As a result of this efficient solution, a small staff or trained volunteers is sufficient to manage the typical Italian community foundation.

The mission of community foundations in Italy is to cultivate and strengthen a culture of giving. Donors to the community foundations can access information online and determine which project area or even which project they would like to support, and they can follow online how the project (area) is doing financially. As a result, Italian community foundations have together raised between six and nine million euros every year since 2002, and built (aided with Cariplo's challenge grants and support totaling about €96m) a total of €126m in endowments since 1999. Italian community foundations managed to do so, it was argued, because they positioned themselves as honest brokers of charitable donations, and some presenters developed a vision whereby this culture of giving could evolve to be a dynamic marketplace of philanthropy similar to eBay. They also noted that, while American community foundations seem to be afraid of the en-

entrance of commercial players into this field, Italian community foundations would welcome additional opportunities for givers.

German participants in the conference were awed by these sums and were clearly interested in learning more from their Italian counterparts. They noted, however, that Italian community foundations seemed to be little more than “bankers” of philanthropy (however successful), and that they displayed little inclination to also capitalize on the other roles that community foundations could play: cultivating and raising social capital, including civic participation; leveraging their power to influence public policy or commercial activity, or attempting to set the agenda of a community by raising awareness of unsolved issues, problem groups, or difficult questions.

Adopting these functions was considered much more important by the German community foundations that presented themselves. Herten CF’s signature project, for example, was to reach and integrate unemployed youth at risk by involving them on a farm. The project had managed to help more than 60 percent of young people to find a job in a context of massive unemployment (overall the rate was 17 percent). Jena CF’s only project, on the other hand, was to run a volunteer agency that identified and trained volunteers and fielded them among the more than 200 charitable associations in the city.

If there was no endowment, what was then, the Italians asked, the difference between German community foundations and other civic initiatives, welfare groups, or charitable associations? Several Germans in the audience identified a number of elements (community foundations filled gaps; they tackled problems with a comprehensive, holistic approach; they raised engagement in all forms, money and time; they acted as mediators in the community), but admitted in the end that community foundations will find it difficult to live up to their ideals as long as their endowments were too small to provide them with the means and the standing (some said “power”). They did agree that money was necessary, but wasn’t enough.

Italians had to consider some awkward questions too. Was money indeed the end in itself? And what if there hadn’t been a generous funder like Cariplo to tap this philanthropic well in northern Italian cities? Several comments pointed to the rich history and traditions of republican governance and civic spirit in this region, and it was pointed out that there were now new initiatives outside Lombardy that had sprung up without Cariplo’s financial support (although with Cariplo’s technical assistance and software platform, and of course the model of existing CFs). However, it seemed clear

that community foundations in central or southern Italy would find it more difficult to get established: civic traditions are weaker, levels of prosperity are lower, and no beneficial donor is likely to offer the kind of support Cariplo offered in the North.

Did German and Italian community foundations, despite these differences, display common characteristics that might add up to a “European” model that distinguished it from the American one? Participants noted that it was probably much too early to identify trends, but one observer ventured to suggest that a common element was their “culture of solidarity”. More than one participant remembered Emmett Carson’s call at the Berlin Community Foundation Symposium that community foundations, especially in the United States, should embrace the cause of social justice rather than just focus on increasing their endowment. Perhaps there are signs that the American and the European models are converging? In the end, participants left the conference with many questions and some answers, and new inspiration for their own work.

Michael Strübin is Outreach and Communication Manager at Worldwide Initiatives for Grantmakers Support (WINGS). Kontakt: michael@efc.be

### **Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement konstituiert**

Der Anfang Februar vom Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erneut eingesetzte Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement wurde am 15. März von der Ausschussvorsitzenden, Kerstin Griese, MdB, konstituiert. Das Gremium soll sich weiter mit der Umsetzung der Beschlüsse der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ befassen, aber auch mit laufenden Gesetzesvorhaben und Initiativen, die bürgerschaftliches Engagement betreffen. Ein weiterer Schwerpunkt wird der Dialog mit der Bürgergesellschaft sein.

Dem Ausschuss gehören 13 Abgeordnete aller Fraktionen an. CDU/CSU und SPD entsenden jeweils fünf, FDP, die Grünen und die Linke jeweils einen Vertreter. Vorsitzender des Unterausschusses ist der SPD-Abgeordnete Dr. Michael Bürsch. In der konstituierenden Sitzung des Unterausschusses wies Bürsch darauf hin, dass sich keine der kommenden Herausforderungen in Politik und Gesellschaft ohne das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern bewältigen lassen. „Wir brauchen ein neues Verhältnis von Staat und Gesellschaft, das nicht in Kategorien staatlicher Planung und Steuerung von gesellschaftlichen Prozes-

sen definiert wird, sondern im Sinne einer neuen, kooperativen und partnerschaftlichen Verantwortungsteilung“, sagte Bürsch.

**Quelle:** Pressemeldung des Deutschen Bundestages

**Informationen:** Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, Sekretariat Dorotheenstr. 88, Tel. 030-227 33582, Fax 030-227 36581, E-Mail: [buergerschaftliches.engagement@bundestag.de](mailto:buergerschaftliches.engagement@bundestag.de); <http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/index.html>

### **Stiftungsboom in Deutschland hält an - Bundesverband Deutscher Stiftungen stellt neue Zahlen vor**

2005 wurden 880 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts neu gegründet, rund 3% mehr als 2004. Damit gibt es nach Auskunft des Bundesverbandes derzeit 13.490 bürgerlich-rechtliche Stiftungen in Deutschland.

Wie bereits 2004 lag Nordrhein-Westfalen mit 182 neuen Stiftungen an der Spitze, gefolgt von Bayern (158) und Baden-Württemberg (139). Am wenigsten Stiftungen wurden in Mecklenburg-Vorpommern (9), Brandenburg (10) und Sachsen-Anhalt (10) errichtet. Im Osten Deutschlands wurden mit insgesamt 58 Neugründungen 2005 rund 10% weniger als im Vorjahr verzeichnet, während im Westen (mit Berlin) die Zahl um ca. 4% auf 822 Errichtungen stieg.

Von 2000 bis 2005 wurden mit 4.800 Errichtungen mehr als ein Drittel der heute insgesamt bestehenden Stiftungen gegründet.

Hamburg weist mit 56 Stiftungen pro 100.000 Einwohner weiterhin die höchste Stiftungsdichte in Deutschland auf, gefolgt von Bremen mit 39 und Hessen mit 22 Stiftungen. Schlusslichter sind Brandenburg mit 4, Sachsen mit 6 und Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit 7 Stiftungen. Im bundesweiten Durchschnitt sind es 16 Stiftungen pro 100.000 Einwohner. In den neuen Bundesländern liegt die Zahl unverändert bei 6, in den alten Ländern (Berlin inklusive) bei 22.

In absoluten Zahlen hat Nordrhein-Westfalen mit 2.522 die meisten Stiftungen bürgerlichen Rechts, danach folgen Bayern mit 2.457 und Baden-Württemberg mit 1.907. Am wenigsten gibt es in Brandenburg (101), Saarland (106) und Mecklenburg-Vorpommern (121).

**Informationen:** Bundesverband Deutscher Stiftungen, Kathrin Succow (Pressesprecherin), Telefon 030-89794777, [kathrin.succow@stiftungen.org](mailto:kathrin.succow@stiftungen.org)

### **Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2006 vergeben**

Die Aktive Bürgerschaft hat am 22. März in Berlin im Rahmen einer Festveranstaltung den Förderpreis Aktive Bürgerschaft vergeben. In

diesem Jahr wurden die Wiesbaden Stiftung (1. Preis), die Bürgerstiftung Region Ahrensburg (2. Preis) und die Lingener Bürgerstiftung (3. Preis) ausgezeichnet. Prämiert wurden damit drei Bürgerstiftungen, die mit beispielhaften, ungewöhnlichen und wirkungsvollen Ideen und Projekten nachhaltig die Gesellschaft im Kleinen – in ihrer Gemeinde, Stadt oder Region – verändern.

Das Motto des diesjährigen 8. Wettbewerbs lautete „Zukunft stiften!“. Der Preis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Die Aktive Bürgerschaft vergibt den Förderpreis seit 1998 an innovative, gemeinnützige Projekte. Der Wettbewerb soll zu mehr privatem Engagement, aktiver Mitverantwortung und solidarischer Selbsthilfe in der Bevölkerung anspornen. Über 1.000 Vereine und Stiftungen beteiligten sich bislang an dem Wettbewerb, Projekte und Initiativen aus über 30 Gemeinden und Städten wurden schon prämiert.

**Informationen:** Christiane Biedermann, Aktive Bürgerschaft e.V., Tel. 030-24 000 88-2, [christiane.biedermann@aktive-buergerschaft.de](mailto:christiane.biedermann@aktive-buergerschaft.de), [www.aktive-buergerschaft.de](http://www.aktive-buergerschaft.de)

### **Umkreissuche Bürgerstiftungen**

Die Aktive Bürgerschaft e.V. hat eine Umkreissuche für Bürgerstiftungen ins Netz gestellt. Hier finden potentielle Stifter, gemeinnützige Organisationen oder Journalisten die nächstgelegene Bürgerstiftung im Umkreis von 30, 50 und 100 Kilometern. Das Verzeichnis enthält derzeit 138 Bürgerstiftungen, inklusive Ansprechpartner und Kontaktadressen und soll regelmäßig aktualisiert werden.

<http://www.aktive-buergerschaft.de/bsi/service/bsideutschland/>

### **Stifter Karl Kübel verstorben**

Der sozial engagierte Unternehmer und Stifter Karl Kübel ist am 10. Februar 2006 im Alter von 96 Jahren im südhessischen Wald-Michelbach gestorben. Karl Kübel gründete 1972 die Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie und brachte in diese das 1973 verkaufte Industrie-Unternehmen „3K“ ein, eines der in Europa führenden Möbelunternehmen, sowie den größten Teil seines Privatvermögens.

### **Helmut Anheier nimmt Ruf an Universität Heidelberg an**

Professor Dr. Helmut K. Anheier, z. Zt. an der University of California in Los Angeles, hat den Ruf an die Universität Heidelberg angenommen. Er erhält die W3-Professur für Soziologie mit Schwerpunkt Empirische Makrosoziologie an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Anheier ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Maecenata Instituts.

## **Deutscher Fundraising Preis 2006 geht an Ludwig Güttler**

Professor Ludwig Güttler erhält den Preis für sein außerordentliches Engagement und seine Leistungen rund um den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche. Der Preis ist mit 5000 Euro dotiert.

Im November 1989 gehörte Güttler zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerinitiative, die im Februar 1990 mit dem „Ruf aus Dresden“ an die Öffentlichkeit trat. Aus der Bürgerinitiative ging die „Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Frauenkirche Dresden e.V. hervor“, deren Vorsitz Güttler hat. Der Fördergesellschaft gelang es, die Evangelische Kirche, den Freistaat Sachsen, die Landeshauptstadt Dresden und die Dresdner Bank als Partner für den Wiederaufbau zu gewinnen. Güttler, der seine Professur an der Hochschule für Musik ruhen ließ, warb u.a. mit 1500 Konzerten um Sympathie, Mitgliedschaft und Spenden für das Wiederaufbauprojekt, das insgesamt zu zwei Dritteln aus privaten Spenden finanziert wurde.

Der Deutsche Fundraising Preis wird seit sechs Jahren einmal jährlich vom Deutschen Fundraising Verband verliehen. Er ist bestimmt für Persönlichkeiten, die durch eine beispielhafte Lebensleistung Mittel für gemeinnützige, kirchliche oder soziale Zwecke beschaffen und sich in vorbildlichen Projekten engagieren.

Die Preisverleihung findet am 29. März im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des Deutschen Fundraising Kongresses in Magdeburg statt.

**Informationen:** Deutscher Fundraising Verband, Pia Preuß, Tel. 069-133 89 48 14, E-Mail [preuss@fundraisingverband.de](mailto:preuss@fundraisingverband.de)

## **Neues Fundraising-Internet-Portal**

Die Fundraising-Akademie startet am 29. März mit einem neuen Internet-Portal. Pünktlich zum Beginn des Deutschen Fundraising Kongresses sollen unter [www.fundraisingpraxis.de](http://www.fundraisingpraxis.de) umfassende Informations- und Beratungsleistungen für gemeinnützige Körperschaften wie Stiftungen, Vereine, Kultur- und Bildungseinrichtungen angeboten werden. Diese können das Portal nutzen, um ihre Mittelbeschaffung mit Spenden, Sponsoring und weiteren Instrumenten zu verbessern. Interessierte Nutzer können sich außerdem für einen 14-tägigen Newsletter anmelden. Mit dem Portal ergänzt die Fundraising-Akademie ihr bisheriges Angebot an Aus- und Weiterbildungskursen.

**Informationen:** [www.fundraisingpraxis.de](http://www.fundraisingpraxis.de)

## **Deutscher Fundraising Verband initiiert erste Benchmark-Studie in der Fundraising-Branche**

Vor dem Hintergrund steigender Konkurrenz unter Spendenorganisationen und nachlassender öffentlicher Unterstützung besteht auch bei Nonprofit-Organisationen ein Bedürfnis nach Best Practice. Aus diesem Grund initiiert der Deutsche Fundraising Verband jetzt die erste Benchmark-Studie für Organisationen, die sich um die professionelle Spenden-Akquisition für gemeinnützige Zwecke bemühen.

Um den Standort der eigenen Organisation zu bewerten, bedarf es exakter Kenntnisse des Marktumfeldes. Die Leistung bzw. Position vergleichbarer Unternehmen setzen den Maßstab – oder auf einzelne Kennzahlen bezogen – die „Benchmarks“. Das Ergebnis der jetzt initiierten Benchmark-Studie ist ein Kennzahlengerüst, das zum einen Transparenz im Markt schafft – und zum anderen den Leistungsstand der eigenen Organisation im Vergleich zu anderen bestimmt. Damit schafft die Benchmarkstudie die Grundlage, um einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess einzuführen und die Performance der eigenen Organisation zu verbessern. Die Benchmarkstudie umfasst alle relevanten Erhebungsbereiche wie z.B. Marketing und Kommunikation, Spender- und Kostenstruktur oder Personalorganisation.

**Informationen:** Dr. Verena Kesting, ww-consultpartner, Gosslers Park 11, 22587 Hamburg, Tel: 040/ 8979-2000, E-Mail: [vkesting\(at\)profitel.de](mailto:vkesting(at)profitel.de)

## **BAGFW und Bank für Sozialwirtschaft vereinbaren enge Zusammenarbeit in Europafragen**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) und die Bank für Sozialwirtschaft (BFS) haben zu Jahresbeginn ihre Zusammenarbeit in Europafragen gestartet. Die Leitung der Brüsseler BAGFW-Vertretung übernimmt Ulrich Tiburcy.

Der Europa-Service der BFS wird die Arbeit der Vertretung in den Bereichen Information, Recherche und Büroorganisation unterstützen. Durch diese Kooperation sollen die fachlichen Kernkompetenzen ausgebaut und Synergien zur Steigerung der Effektivität genutzt werden. Der Europaservice der BFS bietet seit 1997 vor allem sozialwirtschaftlichen Organisationen Informationen und Beratung zu europäischer Politik, Recht und Förderung an.

**Informationen:** Bank für Sozialwirtschaft, Stefanie Rüth, 0221-97 365-210, [s.rueth@sozialbank.de](mailto:s.rueth@sozialbank.de)

### **Neue ISTR-Website**

Im Februar dieses Jahres hat die International Society for Third Sector Research (ISTR) ihr benutzerfreundlicheres und informativeres neues Webangebot gestartet.

[www.istr.org](http://www.istr.org)

### **Hamburg-Mannheimer Stiftung mit dem Förderpreis Jugend in Arbeit ausgezeichnet**

Das Projekt "Job-Lokomotive" der Hamburg-Mannheimer-Stiftung: Jugend & Zukunft ist Sieger des Landeswettbewerbs für den Deutschen Förderpreis Jugend in Arbeit in der Kategorie Unternehmen. Das (mittlerweile abgeschlossene) Projekt widmete sich benachteiligten Jugendlichen und half ihnen, den Übergang von der Schule in den Beruf zu bewältigen. Neben der individuellen Beratung erhielten die Jugendlichen vor allem Unterstützung bei der Suche nach und Vermittlung von Ausbildungsplätzen und wurden anschließend während ihrer Ausbildung begleitet. Dabei erreichte das Projekt mit einem Migrantenteil von fast 50 Prozent, die Hälfte der betreuten Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit zu bringen.

Der Preis wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und den kommunalen Spitzenverbänden in vier Kategorien ausgeschrieben. Er ist pro Kategorie mit 50.000 Euro dotiert und zeichnet Projekte aus, die jugendlichen Arbeitslosen den Einstieg in Ausbildung oder Beruf erleichtern. Die Landessieger sind jeweils für die Bundesauswahl des Förderpreises nominiert. Am 2. Mai werden im Rahmen einer Festveranstaltung durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales die bundesweit besten Projekte prämiert.

**Informationen:** [Barbara.Braun@Hamburg-Mannheimer.de](mailto:Barbara.Braun@Hamburg-Mannheimer.de)

### **Online-Datenbank zu politischer, zivilgesellschaftlicher Bildung**

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat eine englischsprachige Datenbank ins Internet gestellt. Dieses von NECE (Networking European Citizenship Education) erarbeitete Angebot ermöglicht die erfolgreiche Suche nach Experten, Organisationen und möglichen Partnern zu Themen der politischen Bildung und unterstützt damit eine europäische Vernetzung in diesem Bereich.

**Informationen:**  
[http://www.bpb.de/wissen/F5C3Z5,0,0,NECE%3A\\_Europaeisches\\_Network.html](http://www.bpb.de/wissen/F5C3Z5,0,0,NECE%3A_Europaeisches_Network.html)

### **Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2006**

Die Woche des bürgerschaftlichen Engagements, veranstaltet vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), findet vom 14. bis 24. September 2006 statt. Es ist die zweite Aktionswoche dieser Art – 2004 fand sie zum ersten Mal statt, 2005 folgten die Aktionsstage. Das BBE möchte die Aufmerksamkeit für das freiwillige, ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement in Deutschland stärken und zu seiner Anerkennung und Förderung beitragen.

Schirmherr der Woche des Bürgerschaftlichen Engagements ist Bundespräsident Horst Köhler. Die Auftaktveranstaltung findet am 15. September 2006 in Berlin statt. Schwerpunkt der Aktionswoche ist eine Vielzahl lokaler Aktionen. Zur Teilnahme aufgerufen sind Initiativen und Projekte. Ab August wird ein Veranstaltungskalender vorliegen.

**Informationen:** Kampagnenteam des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagements (BBE), [aktionswoche@b-b-e.de](mailto:aktionswoche@b-b-e.de), 030-62980-120, [www.engagement-macht-stark.de](http://www.engagement-macht-stark.de)

### **Weitere Nachrichten zum bürgerschaftlichen Engagement**

#### **Aktive Bürgerschaft online**

[www.aktive-buergerschaft.de](http://www.aktive-buergerschaft.de)

Schwerpunkte Bürgerstiftungen, Bürgerengagement, Corporate Citizenship, NPO-Management, Dritte-Sektor-Forschung, Länderinformationen; Veranstaltungshinweise und Publikationen

#### **Wegweiser Bürgergesellschaft**

<http://www.buergergesellschaft.de>

Nachrichten zu Bürgerbeteiligung, Engagementförderung, Demokratieförderung, Kampagnen, Praxishilfen für Initiativen Vereine, Informationen zu Veranstaltungen, Ausschreibungen und Publikationen

#### **BBE-Newsletter**

<http://www.b-b-e.de/newsletter.html>

Schwerpunkt Engagementpolitik und Engagementförderung, Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement; wechselnde Schwerpunktthemen zu Engagementbereichen wie Europäische Zusammenarbeit, Bildung, Kultur, Sozialpolitik, Freiwilligendienste, Corporate Citizenship etc.; Aktuelles aus dem BBE (Projektgruppen, Gremien und Geschäftsstelle); Veranstaltungshinweise und Publikationen

## Social Times

<http://www.socialtimes.de/>

Nachrichten rund ums Engagement – Soziales, Gesundheit, Kultur, Umwelt, Internationales etc.; Praxistipps – Freiwilligenarbeit, Stiftungswesen, Sponsoring, Spendenbeschaf-

fung, Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung etc., Veranstaltungshinweise, Wettbewerbe, Ausschreibungen

## Neuerscheinungen

### Neue Veröffentlichungen zum Thema Bürgerstiftungen

*Altje Kaper*

#### **Bürgerstiftungen. Die Stiftung bürgerlichen Rechts und die unselbständige Stiftung als Organisationsform für Bürgerstiftungen**

Baden-Baden: Nomos, 2005, ISBN 3-8329-1585-0

Das Buch ist die erste monographische rechtswissenschaftliche Untersuchung des Phänomens Bürgerstiftungen dar. Es werden sowohl die Stiftungen bürgerlichen Rechts als auch die unselbständige Stiftung als mögliche Organisationsformen erörtert. Im Vordergrund stehen Rechtsfragen bezüglich der für Bürgerstiftungen typischen weiten Zwecksetzung und der Besonderheiten in der Organisations- und Vermögensstruktur. Ferner wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich die unselbständige Stiftungen für das Errichtungsstadium der Stiftung bürgerlichen Rechts als Vorform eignen und unter welchen Voraussetzungen eine späterer Umstrukturierung in eine Stiftung bürgerlichen Rechts erfolgen kann.

Die Untersuchung orientiert sich an Fragen, die in den ersten Jahren der Bürgerstiftungspraxis in Deutschland aufgetreten sind. Stets wird auf einzelne Satzungsbeispiele Bezug genommen. Aufgrund der Praxisbezogenheit und des Umfangs der Fragestellungen richtet sich das Werk an alle Interessierten, die an der Errichtung einer Bürgerstiftung beteiligt sind, sich über die Idee und Entwicklung der Bürgerstiftungsbewegung in Deutschland informieren wollen oder aber rechtsberatend für Bürgerstiftungen tätig sind.

Dr. Altje Kaper ist Richterin am Hanseatischen Oberlandesgericht Bremen und war Mitglied des Forschungscollegiums des Maecenata Instituts

*Initiative Bürgerstiftungen (Hrsg.)/ Burkhard Küstermann*

#### **Bürgerstiftungen als Treuhänder. Die Verwaltung von Treuhandstiftungen als Dienstleistungsangebot für regional orientierte Stifter**

Berlin, 2006, ISBN 3-927645-93-1

Der Band möchte interessierten Bürgerstiftungen einen Leitfaden an die Hand geben und stellt die Grundlagen der Errichtung einer treuhänderischen (fiduziarischen, unselbständigen) Stiftung in einfachen Schritten dar und macht die rechtlichen Anforderungen an die Errichtung durch exemplarische Satzungsbestimmungen anschaulich. Zielgruppe sind vor allem Akteure aus den Bürgerstiftungen ohne juristischen Hintergrund.

In einem Praxisteil werden die verschiedenen Stadien der Verwaltungstätigkeit – von den ersten Vorüberlegungen über die praktische Handhabung bis hin zur Beendigung – mit zahlreichen Beispielen illustriert.

Bezug über die Initiative Bürgerstiftungen, Mauerstr. 93, 10117 Berlin, Tel. 030-89 79 47 90, [buergerstiftungen@stiftungen.org](mailto:buergerstiftungen@stiftungen.org), [www.die-deutschen-buergerstiftungen.de](http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de)

*Amadeu Antonio Stiftung*

#### **Bürgerstiftungen für demokratische Kultur - Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland**

Berlin, 2005

Die im Dezember 2005 erschienene Broschüre befasst sich damit, wie Bürgerstiftungen sinnvoll aufgebaut werden und was sie für Integration, Identifikation und Förderung des Bürgerengagements im Kampf gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische Alltagskultur leisten können.

Ziel ist es, Interessierte und Initiativen, die eine Bürgerstiftung ins Leben rufen möchten, in der Gründungsphase und bei der Entwicklung erster Projekte zu beraten, zu begleiten und zu unterstützen. Die Broschüre informiert

über interessante, erfolgreiche Projekte von Bürgerstiftungen, die Gründungsinitiativen und anderen bestehenden Bürgerstiftungen als Ansporn und Inspiration dienen können.

Für diejenigen, die sich in einer Bürgerstiftung engagieren oder Stifter werden möchten, sind Adressen und Ansprechpartner der vorgestellten Bürgerstiftungen angegeben. Ein abschließender Serviceteil informiert über Supportorganisationen und Ansprechpartner, die Interessierten Unterstützung bei der Gründung von Bürgerstiftungen anbieten.

Zu bestellen bei der Amadeu Antonio Stiftung, Linienstraße 139, 10115 Berlin. Pro gewünschtem Exemplar eine Briefmarke a 1,44 Euro beifügen. E-Mail mut@amadeu-antonio-stiftung.de, Informationen: www.amadeu-antonio-stiftung.de

*Philipp Hoelscher, Eva Maria Hinterhuber*  
**Von Bürgern für Bürger? Bürgerstiftungen in Deutschlands Zivilgesellschaft**

*Schriftenreihe der Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung*

*Berlin: Maecenata Verlag, 2005, ISBN 3-935975-46-5*

Der bereits im Dezember im Maecenata Verlag erschienene Band präsentiert die Ergebnisse eines dreijährigen Forschungsprojektes des Maecenata Instituts „Monitoring deutscher Bürgerstiftungen“. Diese Verlaufsstudie über den Entwicklungsprozess von Bürgerstiftungen untersucht den Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Deutschland. Besonders berücksichtigt werden dabei die unterschiedlichen Kontexte in den alten und neuen Bundesländern und im internationalen Vergleich.

### Weitere Veröffentlichungen

*Amadeu Antonio Stiftung*

**Fundraising für demokratische Kultur – Mittelbeschaffung für zivilgesellschaftliche Initiativen**

*Berlin, 2006*

Die 56-seitige Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung befasst sich mit der Frage nach der erfolgreichen Mittelbeschaffung für Demokratieprojekte. Wie können potentielle Spender trotz anfänglicher Abneigung motiviert werden, wie funktioniert Fundraising im Internet, wie können Stiftungen angefragt und Unternehmer überzeugt werden, trotz aller Vorbehalte für zivilgesellschaftliche Initiativen Partei zu ergreifen?

Zu bestellen bei der Amadeu Antonio Stiftung, Linienstraße 139, 10115 Berlin. Pro gewünschtem Exemplar eine Briefmarke a 1,44 Euro beifügen. E-mail mut@amadeu-antonio-stiftung.de, Informationen: www.amadeu-antonio-stiftung.de

*Annette Zimmer / Michael Vilain*

**Bürgerschaftliches Engagement heute**

*Schriftenreihe der Westfaleninitiative, Band 10  
Ibbenbüren, 2005, ISBN 3-932959-47-7*

Welche Rolle spielt bürgerschaftliches Engagement in der heutigen Gesellschaft? In welchen Bereichen engagieren sich Bürger? Wie kann an sich engagieren? Welche Arten gemeinnütziger Organisationen gibt es, die auf bürgerschaftliches Engagement bauen? Wie können solche gemeinnützigen Organisationen Bürger einbinden und zur freiwilligen Mitarbeit motivieren? Inwieweit hat sich ihr Umfeld und haben sich ihre Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren verändert? Was müssen sie heute anders machen als früher? Wie ausgeprägt ist das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland im internationalen Vergleich und was könne wir von anderen Ländern lernen?

Der Band vermittelt einen Überblick über aktuelle Diskussionen und Ansätze zum bürgerschaftlichen Engagement und informiert über den Umfang des Engagements anhand aktueller Studien wie den Freiwilligensurveys. Außerdem wird eine lokale Vereinslandschaft auf der Grundlage der Münsteraner Vereinsstudie charakterisiert und die Stiftungslandschaft in Westfalen näher in den Blick genommen. Abschließend geht es um das Engagement in Deutschland im europäischen Vergleich.

*VENRO (Hrsg.)*

**Zivilgesellschaft und Entwicklung 2005**

Der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) hat auch 2005 ein Heft herausgegeben, in dem die aktuellen entwicklungspolitischen Herausforderungen und Tendenzen diskutiert und die verschiedenen Facetten des Engagements in diesem Feld dargestellt werden. 2005 war als Jahr entscheidender entwicklungspolitischer Weichenstellungen erwartet worden, mit den internationalen Konferenzen der Vereinten Nationen, der G8 und der Welthandelsorganisation, aber auch mit der Reform der EU-Entwicklungspolitik.

Im Fokus des Heftes steht eine Zwischenbilanz bei der Erreichung der Milenium Development Goals (MDGs), fünf Jahre nach Verabschiedung der Millennium-Erklärung der Vereinten Nationen. Thematisiert wird die Rolle, die den Nichtregierungsorganisationen in diesem schwierigen und zähen Prozess zukommt.

Der zweite Schwerpunkt ist den Folgen der Tsunami-Katastrophe vom Dezember 2004 in Südostasien gewidmet, die zu einem weltwei-

ten Spendenaufkommen in nie da gewesener Höhe geführt hatte. Die Arbeit zahlreicher entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen stand damit im vergangenen Jahr im Zeichen der Not- und Wiederaufbauhilfe. Die Beiträge des Hefts verdeutlichen u.a., dass im Interesse von Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit die Verbindung von humanitärer Hilfe und langfristigen Entwicklungsmaßnahmen eine wichtige Rolle spielen muss - und dies nicht nur bei der Arbeit in den Katastrophengebieten, sondern bereits im Vorfeld bei der Einwerbung von Spendengeldern.

Schließlich wird der Blick auch auf VENRO selbst gerichtet – der Verband feierte im Dezember des vergangenen Jahres sein zehnjähriges Bestehen.

Bezug über die Geschäftsstelle: Dr. Werner-Schuster-Haus, Kaiserstr. 201, 53113 Bonn, Tel. 0228-946 77 0, E-Mail sekretariat@venro.org; www.venro.org

*Helmut K. Anheier and Diana Leat*

***Creative Philanthropy. Towards a New Philanthropy for the Twenty-First Century***

*London, New York: Routledge, 2006*

Die Autoren geht von der Feststellung aus, dass sich die Philanthropie in einer Krise befindet, die eng mit einem mangelnden Bewusstsein über das Potential von Stiftungen zusammenhängt. Um diese Krise zu überwinden, muss die Bedeutung von Philanthropie in der modernen Gesellschaft herausgearbeitet werden, Philanthropie mithin „neu erfunden“ werden.

Die zentrale Frage ist dabei nicht so sehr, ob Stiftungen „Gutes tun“, sondern ob sie das Bestmögliche in ihrem Umfeld und im Kontext ihrer Gesellschaften tun. Dafür ist ein neuer Ansatz – der der kreativen Philanthropie – nötig. Der Band illustriert diese Herangehensweise und untersucht, warum Stiftungen sich für kreative Philanthropie entscheiden, was in der Praxis damit verbunden ist, welche Qualitäten von Management kreative Philanthropie erfordert und zu welchen Resultaten sie führen kann, aber auch mit welchen Spannungen und Dilemmata sie verbunden sein kann.

Die Autoren stellen eine Reihe von Fallstudien vor und portraituren Stiftungen in den USA, Großbritannien und Australien.

*Klaus J. Hopt, W. Rainer Walz, Thomas von Hippel, Volker Then (Eds.)*

***The European Foundation. A New Legal Approach.***

*Güterloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2006, ISBN 3-89204-785-5*

Die Bertelsmann Stiftung hat in den vergangenen drei Jahren mit einem Team rechtvergleichend arbeitender europäischer Juristen einen Entwurf für die Rechtsform einer europäischen Stiftung vorbereitet. Hintergrund dieser Überlegungen ist die Tatsache, dass stifterisches Engagement nicht an nationalen Grenzen halt macht. Viele Stifter verfügen über Vermögen in mehreren europäischen Ländern oder wollen gemeinnützige Zwecke in den Nachbarländern verwirklichen.

Die neue, ausschließlich als gemeinnützige Stiftung definierte Rechtsform ist, ähnlich der europäischen Aktiengesellschaft, als Wahlmöglichkeit neben dem Weiterbestehen nationalen Rechts konzipiert. Der nun vorgelegt Band stellt ausführlich den Entwurf für die Rechtsform der europäischen Stiftung sowie die zugehörige Analyse und rechtvergleichende Begründung vor.

*Susan Wilkinson-Maposa, Alan Fowler, Ceri Oliver-Evans and Chao F.N Mulenga*

***The poor philanthropist: How and why the poor help each other***

*Cape Town: Compress, 2006*

Das am Centre for Leadership and Public Values (Graduate School of Business der Universität Kapstadt/ Südafrika) nach zweijähriger Laufzeit abgeschlossene Forschungsprojekt „Philanthropy of the Poor“ untersucht am Beispiel von vier Ländern - Mosambique, Namibia, Südafrika und Zimbabwe - auf die jeweiligen lokalen Gemeinden bezogene Modelle von Philanthropie und die beteiligten lokalen Netzwerke. Die Studie ist die erste dieser Art, die sich mit der Frage befasst, wie ressourcenarme Communities, die weder über ausreichende und funktionierende staatliche Strukturen noch über nennenswerte materielle Zuwendungen durch externe Geldgeber verfügen, eigene Ressourcen für das Überleben und für die Weiterentwicklung des Gemeinwesens mobilisieren.

Ziel ist es, erfolgreiche Modelle der Selbsthilfe zu identifizieren und Erkenntnisse über das Potential der lokalen Philanthropie für eine nachhaltige Entwicklung zu gewinnen. Die Studie macht zwei Grundtypen von *community philanthropy* aus: eine horizontalen Struktur von gegenseitiger Hilfe und Selbsthilfe der Armen untereinander (*philanthropy of commu-*

nity) und der vertikal ausgerichtet Resourcentransfer von ‚reich‘ zu ‚arm‘ (*philanthropy for community*), wie er sich in Wohltätigkeit bzw. Spenden oder in konventioneller Entwicklungshilfe zeigt.

Die gewonnenen Erkenntnisse sollen in die Programmentwicklung bei staatlichen und

nichtstaatlichen Geldgebern im Bereich Entwicklungszusammenarbeit einfließen und neue Akzente setzen bei der Erarbeitung von Corporate Social Investment-Initiativen.

## Termine und Ausschreibungen

### **Ausschreibung für Nachwuchswissenschaftler:**

**Collegium PONTES 2006 –  
Bedingungen europäischer Solidarität  
10. Juni bis 29. Juli in Görlitz**

Das Collegium Pontes ist eine Forschungsplattform der Universität Breslau, der Karls-Universität Prag und des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen in Görlitz, in Kooperation mit der Hochschule Zittau/Görlitz.

Die Zukunftsfähigkeit Europas steht auf dem Prüfstand. Unklarheit besteht schon bei der Finalität der Europäischen Union. Die Frage „Wohin Europa?“ führt zu einem diffusen Nebeneinander von Zielgrößen wie „Friedensunion“, „Europa als liberale Marktordnung“, „gemeinsamer Wirtschafts- und Sozialraum“ oder „leistungsfähiger Konkurrent im globalen Wettbewerb“.

Dieser Mangel an Eindeutigkeit führt zu einem fortschreitenden Legitimationsverlust des europäischen Projekts. Das Scheitern der Verfassungsreferenden im vergangenen Jahr ist somit nur Symptom einer fortschreitenden Verunsicherung, vor allem auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Erschreckende Folge dieser „Lektion“ war eine „Denkpause“, welche sich die europäische Politik einräumte, um Wege aus der nun offenbar gewordenen Krise entwickeln zu können. Denn ein Rückzug in verschlossene Verhandlungsräume, auf eingefahrene gouvernementale und technokratische Gleise, kann nicht der richtige Weg sein, um die Kluft zwischen der Bevölkerung der Europäischen Union und ihrem politischen Apparat nachhaltig schließen zu können. Die Frage ist offenbar zu komplex, um im Moment seitens der Politik hinreichend behandelt werden zu können.

Ganz anders die diskursbestimmenden Reaktionen unter Philosophen, Sozial- und Kulturwissenschaftlern. Bei ihnen hat die „Lektion“ keine Denkpause verursacht. Im Gegenteil: angetrieben von der Situation stellen sie in der

Öffentlichkeit Fragen nach der geistigen Realität Europas, um nicht nur eine tragfähige Grundlage für einen neuen Entwurf des Verfassungsvertrages zu entwickeln, sondern vor allem Europas Zukunftsfähigkeit zu sondieren. Die „Krise Europas“ ist der Ansporn für geistige Innovation, Reibung führt nicht zu Stillstand sondern fordert Bewegung erst heraus. Dies scheint nur folgerichtig, denn es wird kaum bestritten, dass die Europäische Union endlich zu einer grundlegenden Übereinkunft bezüglich ihrer Existenz, zur (Er)Klärung ihrer Zielausrichtung und folgend zu einer gemeinsamen „Verfasstheit“ gelangen muss.

Einer der bestimmenden Begriffe in diesem Kontext ist jener der Solidarität als der sich in gemeinsamer Handlung aktivierten Zusammengehörigkeit von Individuen und Gruppen, Regionen und Staaten. Ausgehend von den historischen Wurzeln des Begriffes in der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften im 19. und 20. Jahrhundert sind allerdings die begrifflich-inhaltliche Verortung und folgend Voraussetzungen von Solidarität in Europa neu zu definieren. Wie wäre die Trias einer Solidarität der Gesinnung (also eines gemeinsamen Einheitsbewusstseins der Europäer), einer Solidarität des Handelns (als gegenseitige Hilfsbereitschaft) und einer Interessen-Solidarität (die durch Interessengleichheit in einer bestimmten Situation wirksam ist und nach dem Erreichen des gemeinsamen Zieles endet) im europäischen Kontext zu bewerten? Und welche Bedingungen wären zu erfüllen, um sie zu ermöglichen oder gar zu provozieren?

Ausgehend von einem Beitrag von Ernst-Wolfgang Böckenförde (Ernst-Wolfgang Böckenförde: Bedingungen europäischer Solidarität, Görlitz 2005) will das Collegium PONTES 2006 zur Klärung dieser Fragen einen Beitrag als offenes Forum für Wissenschaftler leisten. Auf interdisziplinärer Ebene und ausgehend von kulturellen und kulturpolitischen Fragestellungen sollen „Bedingungen europäischer Solidarität“ analysiert und diskutiert werden. Ein-

gebunden sind an den aktuellen Diskursen zentral beteiligte Akteure, die auf der Forschungsplattform des Collegiums gemeinsam mit Nachwuchswissenschaftlern Impulse für die nachhaltig tragfähige Gestaltung des europäischen Einigungsprozesses erarbeiten. Das umfassende Hauptthema ist die Frage nach den formalen und inhaltlichen Anforderungen eines allgemein zustimmungsfähigen Verfassungsentwurfes. Ergänzt werden diese Überlegungen mit in der Region Böhmen-Niederschlesien-Oberlausitz relevanten Fragestellungen aus den Bereichen der Künste und der Kulturpolitik. Das Collegium PONTES Görlitz-Zgorzelec-Zhořelec ist ein transnationales Wissenschaftskolleg, das sich mit den kulturellen und sozialen Bestimmungen Europas und des Europäischen auseinandersetzt.

Die hier forschenden *scientists in residence* sind einerseits erfahrene Wissenschaftler (*Senior Fellows*), die in der Gelehrtengemeinschaft des CP auf Zeit Brücken zwischen ihren Disziplinen bauen, und andererseits sind es Nachwuchswissenschaftler, Doktoranden und Post-Docs der Humanwissenschaften, die sich aktiv an diesem Dialog beteiligen (*Junior Fellows*).

Voraussetzung für die Teilnahme der Nachwuchswissenschaftler ist, dass sie an einem Dissertations- oder Post-Doc-Forschungsprojekt arbeiten, das sich thematisch in den Rahmen der Veranstaltung einfügt. Ebenfalls müssen ihre Deutschkenntnisse eine Beteiligung an den Diskussionen ermöglichen. In den Teams forschen sie gemeinsam und individuell zu unterschiedlichen Aspekten des facettenreichen Hauptthemas. Die Arbeitssprache ist deutsch.

Die Präsenzphase in Görlitz-Zgorzelec bietet neben den Fachseminaren öffentliche Gastvorträge der Visiting Fellows, Diskussionsrunden sowie Fachexkursionen. Alle Veranstaltungsarten fördern die Begegnung von Menschen und Ideen. Nach innen eröffnet das Collegium seinen Teilnehmern durch die gemeinsame Arbeit in multinationalen und interdisziplinären Teams die Möglichkeit, die Europäisierung des Alltags gleichzeitig theoretisch zu thematisieren wie als Lebenspraxis zu erfahren.

Es entstehen neue Netzwerke, die auch über den Projektverlauf hinaus Wirkung entfalten. Das Collegium Pontes wirkt nach außen als öffentliches Forum und Impulsgeber. Während der Laufzeit des Projektes publiziert das Collegium Pontes in Form von öffentlichen Präsentationen, Tagungen, einer Internetplattform und einer Schriftreihe kontinuierlich Teilergebnisse seiner Arbeit. Darüber hinaus erarbeitet es Teilstudien und Instrumente, die Ak-

teuren der Europapolitik zur Verfügung gestellt werden.

### Teams

- Team I: Überlegungen zu einem erneuerten Verfassungsvertrag der Europäischen Union,
- Team II: Erscheinungsformen der Solidarität und Entsolidarisierung in der schlesischen Literatur,
- Team III: Der grenzüberschreitenden Kultur ihr Recht geben. Untersuchungen zum Theaterverbund Neiße.

Gesucht werden Junior Fellows aus den Bereichen Politik-, Wirtschafts-, Recht-, Kultur-, Literatur-, Kunstwissenschaften, Kulturmanagement, Philosophie, Soziologie, Anthropologie,

### Bewerbung:

- Antrag (abrufbar unter [www.kultur.org](http://www.kultur.org)), - Lebenslauf,
- Begründung für die Wahl des Teams,
- Empfehlung eines Hochschullehrers.

Bewerbungsfrist ist der 31. März 2006. Die Bewerber werden bis spätestens 10. Mai über das Ergebnis benachrichtigt. Die materiellen Leistungen des Collegium Pontes für die ausgewählten Junior Fellows umfassen

- einmaligen Reisekostenzuschuss bei einem Reisekostenbetrag von über 100 Euro
- freie Unterkunft in Görlitz
- Internetzugang rund um die Uhr
- Tagegeld in Höhe von € 10 pro Präsenztag, entsprechend € 490,- für die gesamte Präsenzzeit.

**Leitung:** Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt

**Koordination:** Agnieszka Mazur M.A., Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen, Klingewalde 40, D-02828 Görlitz, Tel. +49-3581-42094.23, E-Mail: [mazur@kultur.org](mailto:mazur@kultur.org)  
[www.kultur.org](http://www.kultur.org)

### Call for Papers

**Tagung „Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit“,**

**19. bis 20. Oktober 2006 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)**

Wenn heute in Deutschland von Bürgergesellschaft die Rede ist, dann verbindet sich damit ein breites, mitunter sogar widersprüchliches Spektrum von Befunden und Perspektiven. Die Feststellung, dass Gesellschaft und Politik mehr individuelle Eigenverantwortung brauchen, ist hier ebenso eingeschlossen, wie die Aufwertung von bürgerschaftlichen Initiativen, Stiftungen und NGOs. Entsprechendes gilt für das veränderte Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft: Mit Verweis auf „mehr Bürgergesellschaft“ fordert man einer-

seits, den Menschen mehr Spielräume zur Selbstorganisation zu überlassen. Andererseits wird aber auch die Frage gestellt, wie verhindert werden kann, dass „mehr Bürgergesellschaft“ schlicht „weniger Sozialstaat“ bedeutet.

In der wissenschaftlichen Debatte haben diese Themen deutlich an Bedeutung gewonnen – in der Diskussion zur Zivilgesellschaft, zur Rolle des „Dritten Sektors“ sowie zur Relevanz gemeinnütziger Formen des Wirtschaftens. Insbesondere in den Sozialwissenschaften werden mit dem Konzept der Bürgergesellschaft weitreichende Erwartungen einer Erneuerung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden. Die reformpolitische Diskussion hingegen schenkt den genannten Themen nach wie vor wenig Beachtung; sie kümmert sich kaum um eine nachhaltige Förderung bürgerschaftlichen Engagements oder die Schaffung neuer Bewegungsspielräume für demokratische Selbstorganisation und sozialwirtschaftliche Innovation.

Noch immer liegen Welten zwischen Zukunftsvision und Alltagsrealität, zwischen konzeptionellen Entwürfen und sozialwissenschaftlicher Reflektion, zwischen der reformpolitischen Agenda und den Handlungsbedingungen der Initiativen und Organisationen vor Ort. Wenn „Wunsch“ und „Wirklichkeit“ so weit auseinander klaffen, ist es Zeit für eine Bestandsaufnahme und kritische Reflektion des „Gewünschten“ und „Erreichbaren“: Wie ist es um die Bürgergesellschaft in Deutschland bestellt? Sind die aktuell diskutierten wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konzepte einer „aktiven Bürgergesellschaft“ überhaupt tragfähig und realistisch? Kann die Bürgergesellschaft das leisten, was sie laut Politik und Wissenschaft leisten soll? Oder aber: Dient „Bürgergesellschaft“ nur als billiger Jakob und Munition für Sonntagsreden?

Ziel des Kongresses „Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit“ ist es, diese Fragestellungen auf breiter Basis und in enger Kooperation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu diskutieren. Der Kongress findet statt am 19. und 20. Oktober 2006 in den Räumen des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung. Veranstalter der Tagung sind das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, der Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen, die Sektion Sozialpolitik in der DGS, die Arbeitskreise Soziale Bewegungen“ und „Verbände“ der DVPW, das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen.

Im Einzelnen geht es bei „Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit“ um:

- die Präsentation wissenschaftlicher Befunde, Konzepte und Kontroversen auf dem aktuellen Diskussionsstand in den Sozialwissenschaften,
- Fragen der Anerkennung oder Abwertung bürgerschaftlicher Belange in ausgewählten Politikfeldern und in Hinblick auf die Organisationsentwicklung bei maßgeblichen Trägern und Verbänden,
- das Aufzeigen von Perspektiven für die Etablierung und Stärkung von Lehr- und Forschungskompetenz im Hinblick auf die Vertiefung von Bürgergesellschaft.

Hierzu wird ein Kongressformat gewählt, das aus Foren und Arbeitsgruppen besteht. Die Foren vermitteln Zugänge zu ausgewählten aktuellen reform- und engagementpolitischen Debatten und Themen. Hier trifft Wissenschaft auf Politik und Praxis. Die Arbeitsgruppen bieten Raum für den fachwissenschaftlichen Diskurs.

### **Foren**

Im Zentrum der vier Foren stehen aktuelle Fragen zu Strukturen, Akteuren und Potentialen der Bürgergesellschaft sowie die diesbezügliche Rolle der Reformpolitik. Es geht einerseits um Entwicklungen in verschiedenen Politikfeldern und andererseits um das Verhältnis von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu bürgerschaftlichem Engagement und neuen Tätigkeitsformen. Weitere Foren befassen sich mit der Frage nach einer an den Potenzialen der Zivilgesellschaft orientierten Organisationsentwicklung von Verbänden und Sozialbetrieben sowie den Möglichkeiten einer Stärkung von Ausbildung und Forschung zu Bürgergesellschaft und Drittem Sektor. Die Foren werden seitens der Veranstalter mit eingeladenen Experten und Expertinnen besetzt. Hierbei sollen die Positionen aus der Wissenschaft von Politikern und Praktikern kritisch gegen den Strich gebürstet werden. Im Einzelnen sind vorgesehen:

#### *Forum 1: Bürgergesellschaft und staatliche Politik*

Welchen Einfluss hat der Diskurs der Bürgergesellschaft auf die staatliche Politik und die Bürger und ihre Organisationen selbst? Wie weit herrscht ein Klima des resignierten Realismus oder gar des Zynismus vor, in dem alle Beteiligungsappelle deplaziert wirken? Und passt dazu nicht, dass Bürgergesellschaft, Dritter Sektor und bürgerschaftliches Engagement als weiche Themen betrachtet werden, die in der professionellen Politik über eine Randstellung und legitimatorische Funktion nicht hinauskommen? Oder kann man hier auch andere Bewertungen geltend machen? Die Debatte dazu soll auch Schlüsselthemen wie

„aktivieren“, „mehr Eigenverantwortung“ oder das in der Regierungserklärung der großen Koalition aufgebaute Bezugfeld zwischen „mehr Demokratie“ und „Entbürokratisierung“ aufgreifen. Zudem sollen Folgerungen für konkrete reformpolitische Programme und Maßnahmen gezogen werden.

Koordination: Ansgar Klein

#### *Forum 2: Engagement im Abseits? Befunde aus verschiedenen Politikfeldern.*

In konkreten Politikfeldern kann gewissermaßen getestet werden, was Engagement gilt. Eine Schlüsselstellung nimmt dabei die Öffnung von Diensten, Einrichtungen und Programmen hin zur Zivilgesellschaft, zum lokalen Umfeld und den verschiedenen Formen bürgerschaftlichen Engagements ein. An Hand von exemplarischen Politikfeldern wie der lokalen Beschäftigungsförderung, der Politik im Pflegebereich, im Schul- und Kulturbereich, soll erörtert werden, inwieweit hier bürgerschaftliche Ressourcen und Belange tatsächlich einen neuen Stellenwert bekommen haben. Besondere Aufmerksamkeit wird der Frage nach neuen Wechselwirkungen und Spannungen zwischen Arbeit und Engagement gelten – so wie sie etwa im Kontext von „1-Euro-Jobs“ zu beobachten sind.

Koordination: Adalbert Evers

#### *Forum 3: Baustelle Organisationsentwicklung: Berichte aus den Verbänden*

Nicht nur in den Organisationen der Wohlfahrtsverbände findet seit Jahren eine Reform der Organisationsstrukturen statt, bei der Fragen managerieller Effizienz maßgeblich sind. Was bedeutet das für ihre Rolle als bürgerschaftliche Akteure? Berücksichtigen die geläufigen Konzepte zur Organisationsentwicklung die zivilgesellschaftliche Rolle von Verbänden und Sozialorganisationen. Welche Alternativen gibt es?

Koordination: Christiane Frantz und Ingo Bode

#### *Forum 4: Bürgergesellschaft und Dritter Sektor: Wo bleiben Forschungsförderung und Ausbildungsangebote?*

Im Bereich der Forschungsförderung gibt es insbesondere bei den einschlägigen großen bundesdeutschen Institutionen und Stiftungen bislang keine organisierten und kohärenten Förderschwerpunkte, die Fragen von Drittem Sektor und Bürgergesellschaft zum Thema machen. Warum ist dies so? Und wie könnte dieser Zustand überwunden werden? In der deutschen Universitätslandschaft sind Ausbildungsangebote zum Dritten Sektor und der Zivilgesellschaft bisher nur insular und auf Basis individueller lokaler Initiativen vertreten.

Ist hier ein Umdenken notwendig? Was könnte diese Defizite verringern?

Koordination: Annette Zimmer

#### **Call for Papers: Vier Arbeitsgruppen**

Die Arbeitsgruppen werden jeweils durch einen Eingangsvortrag eingeleitet und ansonsten mittels eines Call for Papers besetzt. Vorgesehen sind vier Arbeitsgruppen zu zentralen Fragen der Zivilgesellschaftsdiskussion und der Dritt-Sektor-Forschung.

#### *AG 1: Soziale Bewegung und bürgerschaftliches Engagement: neue Formen, neuer Sinn?*

Beim Stichwort bürgerschaftliches Engagement denken viele an Nachbarschaftshilfe, karitative und sozialpflegerische Leistungen, Mäzenatentum und – neuerdings – Corporate Citizenship. In diesem Verständnis ist bürgerschaftliches Engagement eine Sache von „Gutmenschen“. Zum bürgerschaftlichen Engagement gehören aber auch Formen der Kritik, des Protests, der Widerständigkeit, sei es mit reaktionären oder fortschrittlichen Zielsetzungen.

In der Arbeitsgruppe sollen mögliche Verschiebungen der Motive, Themen, Formen und öffentlichen Resonanzen vor allem des protestbereiten und widerständigen Engagements untersucht werden. Exemplarische Fragestellungen lauten: Ist das Engagement in sozialen Bewegungen weiterhin attraktiv oder gewinnen vielmehr flexibilisierte Formen konventioneller Interessenvertretung oder einer klientelistischen „Kampagnenpolitik“ an Boden? Erweitert sich der Horizont des Engagements tatsächlich in Richtung transnationaler bzw. räumlich weit entfernter Probleme? Hat das Engagement Jugendlicher in Protestgruppen und sozialen Bewegungen nachgelassen? Wird das Engagement zunehmend auf seine massenmediale Resonanzfähigkeit hin kalkuliert?

Besonders erwünscht sind Längsschnittanalysen, die Veränderungen über Zeit hinweg dokumentieren und erklären können, aber auch Vergleiche von Problem- und Politikfeldern, in welchen sich möglicherweise die Bedingungen, Formen und Wirkungen des Engagements deutlich unterscheiden.

Aussagekräftige abstracts (Fragestellung, Thesen, Befunde) im Umfang von 250 bis 500 Wörtern und eine kurze Biographie (so vorhanden, auch eine Publikationsliste) der ReferentIn(nen) werden bis zum 31.5.2006 erbeten an Roland Roth, roland.roth@hs-magdeburg.de; Dieter Rucht, Rucht@wz-berlin.

#### *AG 2: Wirtschaften für gute Zwecke?*

Dass alle Organisationen und Initiativen, die im Dritten Sektor Dienste und Leistungen anbieten, auch eine wirtschaftliche Dimension ha-

ben, ist nicht neu. Fraglich ist aber, wie in theoretischen Konzepten von solchen Dritte-Sektor-Organisationen diese wirtschaftliche Dimension analytisch gefasst wird. In der internationalen Debatte zur „social economy“ wird vor allem darauf abgehoben, dass es die spezifischen institutionellen Verschränkungen mit einer Vielzahl von stakeholdern und Akteuren der Zivilgesellschaft sind, die garantieren sollen, dass die Zielrichtung des Wirtschaftens, aber auch die Verwendung von Überschüssen sozial und politisch eingebunden bleibt. Damit entsteht ein weiterer Fragenkreis auch für empirische Studien: welche Geltungskraft haben die besonderen Ziele und Rahmungen sozial-wirtschaftlicher Akteure – nicht nur bei Wohlfahrtsverbänden, sondern auch dort, wo diese Organisationen besonders stark Märkten ausgesetzt sind und sich die Grenzen zwischen Markt, Staat und Drittem Sektor verwischen? Welche zivilgesellschaftliche Wirkungen lassen sich durch bürgerschaftliche Verantwortung von Unternehmen aufweisen und hat dies ggf. Rückwirkungen auf die Unternehmen?

Vor dem Hintergrund dieser Skizze des in der AG 2 zu verhandelnden Problembereichs wird die Frage nach analytischen Konzepten zur Erfassung der wirtschaftlichen Dimension von Dritte-Sektor-Organisationen einen ersten Themenbereich bilden. In einem zweiten Themenbereich wird man sich der Entwicklung solcher Organisationen zuwenden, die – z. B. als „neue Genossenschaften“ - explizit mit reformwirtschaftlichen Konzepten und Ansprüchen auftreten. In einem dritten Bereich soll schliesslich ein spezifischer Ausschnitt der Debatte zur Corporate Citizenship aufgegriffen werden. Hier interessieren Befunde zur Wahrnehmung bürgerschaftlicher Verantwortung speziell bei jenen kleineren Betrieben und Unternehmen, die der lokalen und regionalen Ökonomie verbunden sind.

Aussagekräftige abstracts (Fragestellung, Thesen, Befunde) im Umfang von 250 bis 500 Wörtern und eine kurze Biographie (so vorhanden, auch eine Publikationsliste) der Referentinnen/Referenten werden bis zum 31.5.2006 erbeten an Adalbert Evers, Adalbert.Evers@uni-giessen.de und Stefan Nährlich, Stefan.Naehrlich@aktive-buergerschaft.de

### *AG 3: Governance im Wandel: Weniger Staat, mehr Zivilgesellschaft?*

Ein häufig verkanntes Charakteristikum entwickelter Wohlfahrtsstaaten besteht darin, dass diese – und zwar seit ihren Anfängen – in vielerlei Hinsicht mit gemeinnützigen bzw. bürgerschaftlichen Initiativen und Organisationen verschränkt sind. Gewandelt hat sich im Zeitverlauf die Form dieser Verschränkung bzw. die Art und Weise, wie das Zusammenspiel zwischen Staat und organisierter Zivilgesell-

schaft gesteuert wird. Unter dem Stichwort „governance“ ist die Arbeitsteilung im Wohlfahrtsstaat zuletzt verstärkt zum Gegenstand wissenschaftlicher Debatten geworden. Insbesondere wird diskutiert, wie sich diese Arbeitsteilung entwickelt und entwickeln soll, wie staatliche Akteure mit nicht-staatlichen Kooperationspartnern umgehen, und welche Probleme entstehen, wenn auf neue Steuerungsroutinen umgestellt wird – z.B. Kontrakt-Management und wettbewerbliches Benchmarking, aber auch Maßnahmen zur „Aktivierung“ von Bürgern und Initiativen, die Aufgaben der Wohlfahrtsproduktion übernehmen.

In der Arbeitsgruppe geht es um Dynamiken, Konzepte und Probleme der Beteiligung von Akteuren des Dritten Sektors am Wohlfahrtsmix sowie um die Veränderung entsprechender Steuerungsprozesse und ihre Konsequenzen. Eine wichtige Frage wird sein, inwiefern es im Wohlfahrtsmix Entstaatlichung bei gleichzeitiger Aufwertung nicht-staatlicher Akteure gibt, und ob die vielerorts gepflegte „Aktivierungsrhetorik“ tatsächlich mit einer gewandelten Rolle bürgerschaftlicher bzw. zivilgesellschaftlich verankerter Initiativen einhergeht. Erwünscht sind Vortragsvorschläge, die diese Frage sowie damit zusammenhängende Problemstellungen mit Blick auf die deutschen Verhältnisse behandeln, wobei empirische und theoretische Beiträge gleichermaßen begrüßt werden.

Abstracts im Umfang von 250 bis 500 Wörtern und eine kurze Vorstellung der ReferentIn(nen) werden bis zum 31.5.2006 erbeten an Ingo Bode, bode@uni-duisburg.de

### *AG 4: „Männliche“ Bürgergesellschaft?*

Für den Bereich Bürgergesellschaft bzw. Dritter Sektor liegen für die Bundesrepublik Deutschland bisher kaum theoretische Überlegungen oder empirische Studien vor, die Geschlecht systematisch thematisieren. Diese Lücke soll gefüllt werden, indem in dieser Arbeitsgruppe Themen behandelt werden wie:

- Genderdemokratie und Gendergerechtigkeit in der Bürgergesellschaft,
- Der Dritte Sektor im Kontext vergeschlechtlicher Arbeitsteilung,
- Arbeitsteilung und Arbeitsbedingungen innerhalb von Drittsektor-Organisationen,
- Genderfragen in der Organisationsentwicklung
- Gender Mainstreaming in Nonprofit-Organisationen,
- Ehrenamt/Freiwilligenarbeit/bürgerschaftliches Engagement versus professionelle Arbeit?
- Forschung zu Gender und Drittem Sektor.

Zwei Ebenen sind zu unterscheiden: Zum einen ist zu fragen, wie sich die Entwürfe von Bürgergesellschaft bzw. Drittem Sektor in die

Theorie und Praxis der Arbeits- bzw. Tätigkeitsgesellschaft einfügen und inwieweit damit auch deren geschlechterpolitische Implikationen re-produziert werden. Zum anderen sind aus der Binnenperspektive der Bürgergesellschaft und ihrer Organisationen Fragen danach zu stellen, wem, warum, welche Fähigkeiten, Rollen und Funktionen in der „Bürgergesellschaft“ zugetraut oder auch zugeschrieben werden. Was übernehmen Frauen, was Männer in der „Bürgergesellschaft“ und warum? Welche gesellschaftlichen Strukturen werden damit zementiert oder auch aufgeweicht? Welche Ansätze von Gender-Bewusstsein existieren in Drittsektororganisationen, z.B. in der sozialen Arbeit? Wie sieht es in den Organisationen des Dritten Sektors/der Bürgergesellschaft selbst aus? Wie in der Ausbildung? Wie in der Forschung über diese Organisationen?

Abstracts im Umfang von 250 bis 500 Wörtern sowie eine kurze Vorstellung der Referentin /des Referenten werden bis zum 31.5.2006 erbeten an Chris Lange, [chrislange@snafu.de](mailto:chrislange@snafu.de)

**Das Veranstalter- und Organisationsteam:** Ingo Bode (Arbeitskreis Non-Profit-Organisationen); Adalbert Evers (Sektion Sozialpolitik in der DGS); Christiane Frantz (Arbeitskreis Verbände der DVPW); Ansgar Klein (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement; Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen); Dieter Rucht (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Arbeitskreis Soziale Bewegungen der DVPW); Annette Zimmer (Arbeitskreis Verbände der DVPW).

**Call for Papers:**  
**Globalization and Corporate Responsibility.**  
**2nd International Conference on Corporate Responsibility,**  
**12.-13. Oktober 2006, Humboldt-Universität Berlin**

Eingesandt werden können Diskussionspapiere zu folgenden Themen

- Globalization, poverty, environment, population change and corporate responsibility
- Corporate responsibility and shareholder value
- CEO leadership in managing the company's impact on society
- The role of the stakeholders in monitoring the company's wider social, economic and environmental performance
- The role of NGOs and the civil society
- Nations' institutional and cultural effects on corporate responsibility efforts
- Corporate strategy and new business models
- Metrics, reporting, standard settings, and accountability initiatives of corporate responsibility
- Corporate social investment

- Corporate governance and corporate responsibility
- Corporate reputation, CEO reputation, and corporate responsibility
- CR ratings and rankings
- Corporate responsibility in controversial industries

Die eingereichten Beiträge können auf theoretischen und/oder empirischen Studien und Fallbeispielen basieren. Eine Auswahl der Diskussionspapiere wird im Anschluss in einer Sonderausgabe der Corporate Reputation Review veröffentlicht.

Abstracts (1 Seite) bis zum 30. April online über [www.submission.cr06-berlin.de](http://www.submission.cr06-berlin.de)

**Call for Papers**  
**Tagung/ Workshop:**  
**„Diskontinuitäten im deutschen Stiftungswesen. Praxis, Forschung, gesellschaftliche Relevanz“,**  
**26. bis 27. Januar 2007, Humboldt-Universität Berlin**

**Einladende:**

- Dr. Thomas Adam, University of Texas at Arlington
- Dr. Manuel Frey, Kulturstiftung des Freistaates Sachsen, Dresden
- Rupert Graf Strachwitz, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin

Die Frage nach der sozialgeschichtlichen Relevanz des deutschen Stiftungswesens, aber auch nach seiner Bedeutung für die heutige Zivilgesellschaft lässt sich am ergiebigsten im Kontext historischer Brüche, allgemeiner sozialer und politischer Entwicklungsprozesse und dominanter Diskurse erörtern. Wenngleich eine Stiftung prinzipiell auf die „Ewigkeit“ hin ausgerichtet ist und an ihren Gründungsauftrag gebunden bleibt, hat der gesellschaftliche Wandel immer wieder zu einer veränderten öffentlichen Wahrnehmung von Stiftungen geführt, was auch Selbstverständnis und Tätigkeit der einzelnen Stiftung beeinflusst.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Entstehung der modernen Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert: Wirtschaftliche Prosperität und wachsender gesellschaftlicher und kultureller Einfluss des Bürgertums sind hier ebenso zu nennen wie die drängende und ungelöste soziale Frage, die zur Herausbildung des Wohlfahrtsstaates, aber auch zu einer wachsenden Privatwohlthätigkeit und einem Aufblühen des Stiftungswesens geführt hat. Folgenreich für das Stiftungswesen waren bekanntermaßen auch der 1. Weltkrieg und die Hyperinflation und Währungskri-

sen in den 1920er Jahren, die zum Verschwinden einer großen Zahl von Stiftungen führten. Weitere Stiftungen werden in der Zeit des Nationalsozialismus aufgelöst - zum einen im Zusammenhang mit der NS-Judenvernichtungspolitik, die die Vermögensauflösung jüdischer Stiftungen einschloss. Sie betraf aber auch andere Stiftungen, die als private Organisationen der absoluten Dominanz staatlicher und staatsnaher Organisationen nicht gewachsen waren. In der Zeit nach 1945 kam es auf der westdeutschen Seite zu zahlreichen Neugründungen und zur allmählichen Wiederbelebung des Stiftungswesens, während gleichzeitig in Ostdeutschland zahlreiche Stiftungen der Enteignungspolitik, aber auch dem vollständigen Desinteresse des DDR-Regimes - etwa gegenüber alten Stipendienstiftungen - zum Opfer fallen.

Bedeutungsaufschwung und Bedeutungsverlust des deutschen Stiftungswesens im 19. bzw. im 20. Jahrhundert spiegeln sich auch in der betreffenden Forschung. So setzen sich mehrere historische Forschungsprojekte mit der Entwicklung von Philanthropie und Stiftungswesen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts auseinander, wobei ein großer Teil dieser Arbeiten entweder rechtshistorischer Natur ist oder im Zusammenhang mit dem Phänomen des bürgerlichen Mäzenatentums steht und damit einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich Kunst und Kultur hat. Weit weniger Beachtung gefunden haben hingegen - obwohl im 19. Jahrhundert der Zahl nach dominant - die kommunal verwalteten Stiftungen, die von Universitäten und Schulen verwalteten Stipendienstiftungen sowie die Kirchenstiftungen. Diese Forschungslücke, die thematisch vor allem den sozialen Bereich und den Bildungsbereich betrifft, besteht bis heute.

Zum zweiten gilt es, dem Phänomen nachzugehen, dass das historische, aber auch das sozialwissenschaftliche Forschungsinteresse gegenüber dem Stiftungswesen für den Zeitraum zwischen dem 1. Weltkrieg und dem Beginn der 90er Jahre deutlich abbricht. Dies zeigt sich u.a. in der Tatsache, dass für diesen Zeitraum kaum glaubwürdiges Datenmaterial zu Zahl, Vermögensausstattung und Tätigkeit von Stiftungen existiert und vielfach von Schätzungen ausgegangen werden muss. Das Wiedereinsetzen der Stiftungsforschung nach 1989 verläuft parallel zum Stiftungsboom in Deutschland. Das neue Forschungsinteresse steht nun offenbar in engem Zusammenhang mit der aktuellen politischen und sozialwissenschaftlichen Debatte um die Weiterentwicklung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement, in der den Stiftungen erneut ein bedeutsamer Platz eingeräumt wird. Zu fragen wäre hier nach der zivilgesellschaftlichen Rolle

des Stiftungswesens, nach der Relevanz und der Legitimität des Stiftungshandelns.

Ziel der Tagung ist es, Wissenschaftler zusammenzubringen, die sich aus historischer (einschließlich kultur- und wirtschaftshistorischer) und aus sozialwissenschaftlicher Perspektive mit der oben umrissenen Thematik befassen. Der Schwerpunkt wird dabei auf dem deutschen Stiftungswesen und seiner gesellschaftlichen Relevanz im 19. und 20. Jahrhundert liegen.

Wir laden Einzel- und Langzeitstudien sowie vergleichende Arbeiten ein, die einen Überblick über die Entwicklung des Stiftungswesens und seine gesellschaftliche Bedeutung geben. Interessante Forschungsfragen sind aus unserer Sicht z.B.: Wie stellt sich aus heutiger Sicht die Entwicklung des Stiftungswesens im späten 18./frühen 19. Jh. dar? Kann man das deutsche Stiftungswesen losgelöst vom europäischen Kontext betrachten (Bspw. Code Napoleon, aber auch amerikanische und britische Einflüsse nach 1945)? Wie umfangreich war das deutsche Stiftungswesen vor dem 1. Weltkrieg, welchen Einfluss hatten politische und ökonomische Umbrüche und staatliche Interventionen auf Umfang und Charakter des Stiftungswesens (Weltkriege, Inflation, Wiedervereinigung). Welche Stellung in der Gesellschaft wurde und wird den Stiftungen zugemessen, gibt es in dieser Hinsicht Unterschiede zwischen der Zeit der Monarchie und der Republik? Welchen Einfluss hat in diesem Zusammenhang die Entstehung des Wohlfahrtsstaates? Wie entwickelt sich das Selbstverständnis der Stiftungen im Rahmen eines korporatistischen Gesellschaftsmodells? Welche Bedeutung haben Stiftungen für Kommunen und Universitäten in deren Kampf um Selbstverwaltung und Autonomie? Sind Stiftungen Vorreiter einer modernen Zivilgesellschaft oder hindern sie die aktuelle Entwicklung im globalen Kontext?

Geplant sind vier Sektionen mit jeweils 2 Referaten. Insgesamt wird eine Teilnehmerzahl von ca. 25 Personen angestrebt.

Vorschläge für Tagungsbeiträge müssen bis zum 31. Juli 2006 eingereicht werden und aus einem Abstract (300 – 500 Wörter) und einem kurzen Lebenslauf bestehen. Die Veranstalter der Tagung planen eine Veröffentlichung der Beiträge.

Reisekosten und Kosten für die Unterbringung werden für die Referenten übernommen.

Abstracts (300 bis 500 Wörter) bis zum 31. Juli an das Maecenata Institut, Albrechtstraße 22, 10117 Berlin, Tel. (030) 28 38 79 09, Fax (030) 28 39 79 10, E-Mail: [mi@maecenata.de](mailto:mi@maecenata.de)

### **Neue Ausschreibung des Förderprogramms "Geschichtswerkstatt Europa" für das Jahr 2006**

Die "Geschichtswerkstatt Europa" ist ein Förderprogramm des Fonds "Erinnerung und Zukunft" und der Robert Bosch Stiftung. Der Fonds "Erinnerung und Zukunft" ist Bestandteil der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft", die gegründet wurde, um humanitäre Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter zu zahlen. Sein gesetzlicher Auftrag besteht darin, Projekte zu fördern, die der Völkerverständigung, den Interessen von Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes, dem Jugendaustausch sowie der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft dienen.

Das Programm "Geschichtswerkstatt Europa" möchte die kritische Auseinandersetzung junger Menschen mit nationalen Deutungsmustern von Geschichte in Lehrbüchern, Ausstellungen, Museen u. ä. fördern und hat das Ziel, europäische Dimensionen nationaler und lokaler Geschichte sichtbar zu machen.

Die Geschichtswerkstatt richtet sich an Studierende und Hochschulabsolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie an Pädagogen aus Deutschland, die gemeinsam mit Partnern aus den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas internationale Projekte realisieren wollen.

Unter [www.geschichtswerkstatt-europa.de](http://www.geschichtswerkstatt-europa.de) stehen eine ausführliche Programmausschreibung mit methodischen Hinweisen und ein Faltblatt zur Ausschreibung zum Herunterladen bereit.

Projektanträge können bis zum 31. Mai 2006 eingereicht werden.

Am 22. April 2006 findet in Berlin eine Informationsveranstaltung zur "Geschichtswerkstatt Europa" statt, für die sich Interessenten bis zum 20. März 2006 über ein Formular auf unserer Website anmelden können.

**Informationen:** Leonore Martin (Programmkordinatorin): [geschichtswerkstatt-europa@zukunftsfonds.de](mailto:geschichtswerkstatt-europa@zukunftsfonds.de).

Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, Fonds »Erinnerung und Zukunft«, »Geschichtswerkstatt Europa«, Markgrafenstr. 12-14, D - 10969 Berlin, Tel: + 49 (30) 25 9297-45, Fax: + 49 (30) 25 9297-42, [www.fonds-ez.de](http://www.fonds-ez.de)

### **Ausschreibung: JugendMitVerantwortung - Deutsch-Polnischer Jugendpreis**

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk hat einen Preis ausgelobt, mit dem gelungene Beispiele bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen ausgezeichnet werden. Die Projekte sollen sich durch ihren partnerschaftlichen und innovativen Charakter auszeichnen.

Teilnahmebedingungen: Mitmachen können alle deutschen und polnischen Partner, die im Jahr 2006 ein gemeinsames Austauschprogramm mit der oben beschriebenen Thematik organisieren und dafür eine Förderung beim DPJW beantragt haben. Die Programme müssen den Richtlinien des DPJW entsprechen. Die Teilnahme kann nur gemeinsam mit dem deutschen bzw. polnischen Partner erfolgen.

Für die Teilnahme muss eingereicht werden:

- ausgefülltes Teilnahmeformular
- Projektbeschreibung (mit dem durchgeführten Programm und unter Berücksichtigung der im Formular gestellten Fragen), max. 4 Seiten DIN A 4
- Dokumentation (optional)

Alle Unterlagen müssen auf Deutsch *und* Polnisch eingereicht werden. Die Abgabefrist der Unterlagen endet am 31.10.2006.

Der Wettbewerb des Deutsch-Polnischen Jugendwerks vergibt Geld- und Sachpreise im Gesamtwert von 10.000 Euro. Die Höhe des Preisgeldes beträgt für jedes ausgewählte Projekt 4000 Euro. Weitere Preise sind Zuschüsse zur Erstellung von Dokumentationen und Materialien für die weitere Arbeit.

**Informationen und Bewerbungsformular:**

<http://www.dpjw.org>

### **Neue Ausschreibung des Förderprogramms „Internationale Freiwillige in sozialen Projekten“**

Der Fonds „Erinnerung und Zukunft“ will mit dem Programm den Jugendaustausch zwischen Deutschland, Israel und den Ländern Mittel- und Osteuropas fördern und zur internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet beitragen. Das Förderprogramm, das für das Jahr 2006 mit einem Gesamtvolumen von 850.000 Euro ausgestattet wurde, hat zwei Komponenten:

1. Internationale Freiwillige in sozialen Projekten – Durch die anteilige Finanzierung von 110 Freiwilligenplätzen soll jungen Menschen die Möglichkeit geboten werden, ein freiwilliges soziales Jahr im Ausland zu absolvieren. Antragsfrist ist der 31. März 2006.

2. Stärkung internationaler Freiwilligendienste – Durch die gezielte Förderung von Projekten der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit oder die anteilige Finanzierung von Koordinierungsstellen sollen die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für internationale Freiwillige verbessert werden. Antragsfrist ist der 16. Juli 2006.

**Informationen:** Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“/ Fonds „Erinnerung und Zukunft“, Markgrafenstr. 12-14, 10969 Berlin, Tel. 030- 25 92 97 0, [freiwillige@zukunftsfonds.de](mailto:freiwillige@zukunftsfonds.de), [www.zukunftsfonds.de](http://www.zukunftsfonds.de)

**Ausschreibung:  
Gerda Henkel Preis 2006**

Anlässlich ihres 30-jährigen Jubiläums im Jahr 2006 vergibt die Gerda Henkel Stiftung erstmals einen internationalen Forschungspreis. Mit dem Gerda Henkel Preis sollen v.a. die historischen Geisteswissenschaften gestärkt und auf Themen aufmerksam gemacht werden, die sonst weniger im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen.

Die Stiftung wendet sich an Universitäten sowie namhafte kulturelle und wissenschaftliche Institutionen und fordert Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieser Einrichtungen auf, **bis zum 30. April 2006** geeignete Kandidaten aus den von der Gerda Henkel Stiftung geförderten Disziplinen (Archäologie, Geschichtswissenschaften, Historische Islamwissenschaften, Kunstgeschichte, Rechtsgeschichte, Ur- und Frühgeschichte) zu benennen. Eigenbewerbungen sind nicht möglich.

Der Gerda Henkel Preis ist mit 100.000 Euro dotiert. Das Preisgeld ist zur freien Verwendung bestimmt. Der Preis wird künftig alle 2 Jahre verliehen.

**Informationen:** Gerda Henkel Stiftung, Malkastenstr. 15, 40211 Düsseldorf, Tel. 0211-35 98 53, E-Mail: info@gerda-henkel-stiftung.de, www.gerda-henkel-stiftung.de

**Conference „Giving More for Research in Europe: Strengthening the Role of Philanthropy in the Financing of Research”, 27. – 28. 3. 2006 in Brüssel**

Im Mittelpunkt der gemeinsam von der Europäischen Kommission und dem European Foundation Center (efc) veranstalteten Konferenz stehen die Rolle von Stiftungen und privater Philanthropie in der Forschungsförderung. Die Teilnehmer werden verschiedene Wege und Erfahrungen diskutieren, wie private selbständige und treuhänderische verwaltete Stiftungen, gemeinnützige Organisationen usw. Forschungsförderung betreiben, welches Potential Philanthropie in diesem Feld hat und wie dieses Potential nachhaltig umzusetzen ist. Weitere Themen werden außerdem Governance und gesetzliche Rahmenbedingungen sein.

Ausgangsbasis der Diskussion sind die Erkenntnisse und Empfehlungen des Reports „Giving More for Research in Europe“, der im Auftrag der Generaldirektion Forschung von einer Gruppe unabhängiger Experten erarbeitet wurde.

Die Konferenz richtet sich an Vertreter von Stiftungen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, in der Forschungsförderung aktiven Wirtschaftsunternehmen und an Vertreter

nationaler und regionaler Forschungsministerien.

Eine Teilnahme kann nur auf Einladung erfolgen. Anfragen online über <http://scic.cec.eu.int>

**Weitere Informationen:** European Commission conference secretariat at: [scic-conf-foundations@cec.eu.int](mailto:scic-conf-foundations@cec.eu.int), Informationen für efc-Mitglieder: [eu@efc.be](mailto:eu@efc.be)

**Workshop des NPO-Instituts  
„Projektdesign nach internationalen Standards I“, 31. März 2006 in Wien**

Der Einführungsworkshop befasst sich mit der Konzeption von Projektanträgen für nationale und internationale Förderprogramme. Ziel ist es, Methoden und Schritte für die systematische Erstellung von Förderanträgen vorzustellen. Dabei wird nach einer international standardisierten Vorgehensweise – der Programmtheorie – vorgegangen, die der Logik zielorientierter Projekte zugrunde liegt. Der Workshop richtet sich an Führungskräfte und Projektmanager von NPOs, die sich mit der Erstellung von Projektanträgen befassen.

Zeit und Ort: 9 bis 17 Uhr, Sargfabrik, Goldschlagstr. 169, 1140 Wien, Teilnahmegebühren: 220 Euro bzw. 130 Euro (erm. für Mitglieder).

**Informationen und Anmeldung:** NPO-Institut, Stefanie Blixa, Tel. 0043-1-31 336 5878, E-Mail: [npo-institut@wu-wien.ac.at](mailto:npo-institut@wu-wien.ac.at)

**Expertenworkshop  
zum Hochschul-Fundraising am 4. April  
2006 am Wissenschaftszentrum Berlin**

Der Workshop ist eine gemeinsame Veranstaltung der U.S.-Botschaft in Berlin und des WZB.

Auftakt ist ein Vortrag von Dr. Ivana Pelnar-Zaiko zum Thema „Geld ist nicht alles: Organisationsförderung in den USA“. Ivana Pelnar-Zaiko, Vizepräsidentin für Entwicklung am Sweet Briar College. Sie wird über die Entwicklung und Durchführung von Fundraisingprogrammen referieren sowie die Voraussetzungen, Planung, Durchführung und Langzeiteffekte einer Capital Campaign behandeln. Anschließend ist mit den Teilnehmern ein Erfahrungsaustausch zu den Zukunftsperspektiven der Hochschulen und ihren privaten Sponsoren vorgesehen.

Die Exzellenzinitiative hat die deutschen Hochschulen in ungewohnter Weise mit den Gesetzen des Marktes konfrontiert. Dabei geht es nicht nur um Reputation im Bereich Forschung und Lehre; sondern auch um mehr Wettbewerb um finanzielle Ressourcen, ohne die sich Exzellenz nicht realisieren lässt. Hochschul-Fundraising wird damit immer wich-

tiger, denn staatliche Gelder allein werden die Qualität der deutschen Hochschulen nicht sichern können. Verglichen mit den privaten und auch staatlichen Hochschulen in den Vereinigten Staaten ist das Spendenaufkommen aber selbst an den besten deutschen Universitäten gering. Inzwischen wird auch an deutschen Hochschulen deutlich, dass es sich lohnt, in Fundraising zu investieren.

Die Veranstaltung findet in deutscher Sprache statt.

Zeit und Ort: 13.00 - 16.00 Uhr, WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin, Raum A 300

**Anmeldung** bis zum 28.03.2006 an Marion Obermaier: obermaier@wz-berlin.de

### **Colloquium des Maecenata Instituts: Reform des Gemeinnützigkeitsrechts - Stand und Perspektiven, am 19. April 2006 in Berlin**

Seit einigen Monaten ist neue Bewegung in die Bemühungen gekommen, das sogenannte Gemeinnützigkeitsrecht auf der Grundlage der Empfehlungen der Enquete Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements zu reformieren.

Das Maecenata Institut hat mit seinen „Vorschlägen für eine grundlegende Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts“ einen Beitrag dazu geleistet. Darin wird ein einfaches, systematisch aufgebautes Gesetzeswerk gefordert, das den Erfordernissen einer modernen Bürgergesellschaft entspricht und mit dem EU-Recht kompatibel ist.

Seit der Veröffentlichung (abrufbar unter [http://www.maecenata.de/dokumente/1500\\_publicationen/Opuscula/2005\\_Opusculum19.pdf](http://www.maecenata.de/dokumente/1500_publicationen/Opuscula/2005_Opusculum19.pdf), gemeinsam erarbeitet mit dem Privaten Institut für Stiftungsrecht e.V.) gab es zahlreiche Impulse, Denkanstöße und Einwände, die im Rahmen des Colloquiums diskutiert werden.

Zeit und Ort: 15:30 Uhr bis 18:00 Uhr, Bibliothek des Maecenata Instituts, Albrechtstr. 22, 10117 Berlin

**Anmeldung** bis zum 31. März: Thomas Ebermann, 030-28 38 79 09, te@maecenata.de

### **Seminar des NPO-Instituts „Strategisches Management in NPOs – Ein planbarer Prozess“, 21. April 2006 in Wien**

In Zeiten abnehmender Fördermittel und zunehmender Konkurrenz am Spenden- und Sponsoringmarkt sind Kenntnis und Anwendung von strategischen Management-Methoden für NPOs von wachsender Bedeutung. Um Erfolgspotentiale und Handlungsalter-

nativen ausfindig zu machen, stehen verschiedene strategische Konzepte und Instrumente zur Verfügung.

Das Seminar stellt einschlägige Konzepte aus der Managementlehre vor und geht dabei auf die Besonderheiten von NPOs ein. Die Teilnehmer erhalten die Gelegenheit, einzelne Instrumente auf die spezifische Situation ihrer Organisation und auf Fallbeispiele anzuwenden.

Zeit und Ort: 9 bis 17 Uhr, Sargfabrik, Goldschlagstr. 169, 1140 Wien, Teilnahmegebühren: 220 Euro bzw. 130 Euro (erm. für Mitglieder)

**Informationen und Anmeldung:** NPO-Institut, Stefanie Blixa, Tel. 0043-1-31 336 5878, E-Mail: npo-institut@wu-wien.ac.at

### **Workshop des NPO-Instituts „Projektdesign nach internationalen Stan- dards II“, 26. April 2006 in Wien**

Der Aufbauworkshop stellt die aus den USA stammenden Logical Framework Matrix (Logframe) vor, der zu den gebräuchlichsten Darstellungsformen logischer Projektstrukturen gehört und mittlerweile auch von etlichen EU-Förderstellen bei der Antragseinreichung vorausgesetzt wird.

Zeit und Ort: 9 bis 17 Uhr, Sargfabrik, Goldschlagstr. 169, 1140 Wien, Teilnahmegebühren: 220 Euro bzw. 130 Euro (erm. für Mitglieder).

**Informationen und Anmeldung:** NPO-Institut, Stefanie Blixa, Tel. 0043-1-31 336 5878, E-Mail: npo-institut@wu-wien.ac.at

### **Tagung und Fortbildung “Demokratiepotentiale im Gemeinwesen” vom 9. bis 12. Mai 2006 in Berlin**

Was ist gemeint, mit einem aktiven Gemeinwesen? Welche Rahmenbedingungen braucht ehrenamtliches Engagement? Welche Auswirkungen hat demografischer Wandel auf demokratische Entwicklungsprozesse im Gemeinwesen? Und was kann politische Bildung zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen beitragen?

Der Bearbeitung dieser und weiterer Fragen wendet sich die Fachtagung "Demokratiepotentiale im Gemeinwesen" im Umweltforum in Berlin zu. Organisiert wird sie von der Service-stelle CIVITAS in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Die Veranstaltung richtet sich an Mitarbeiter/innen aus den drei großen Bundesmodell-

programmen "CIVITAS", "Entimon" und "Xenos", sowie Interessierte der Mitgliederorganisationen des BBE und Engagierte aus Initiativen, Verbänden, Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Kirche.

Tagungsprogramm und Anmeldeformular unter <http://www.jugendstiftung-civitas.org/>

**weitere Informationen:** Servicestelle CIVITAS, c/o Stiftung Demokratische Jugend, Grünberger Strasse 54, 10245 Berlin, Telefon 030. 20 07 89 30, [civitas@jugendstiftung.org](mailto:civitas@jugendstiftung.org)

### **Deutscher Stiftungstag 2006 vom 10. bis 12. Mai in Dresden**

Im Rahmen des Deutschen Stiftungstages 2006 findet die 62. Jahrestagung Deutscher Stiftungen und das "Deutsche Forum Stiftungswesen" statt. Thema des Stiftungstreffens ist "Stiftungen und demographischer Wandel". Festlicher Mittelpunkt wird die Verleihung des Deutschen Stiftungspreises in der Dresdner Frauenkirche durch Bundeskanzlerin Merkel sein.

**Informationen und Anmeldung:** [www.stiftungen.org/stiftungstag/](http://www.stiftungen.org/stiftungstag/)

### **Vortragsveranstaltung „Selbständige Stiftung, unselbständige Stiftung oder Zustiftung?“ am 18. Mai in Hamburg**

Veranstalter ist das Institut für Stiftungsrecht und Recht der Nonprofit-Organisationen. Im Mittelpunkt steht die Frage, welches Stiftungsmodell für welche Zwecke geeignet ist. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Modell der unselbständigen Stiftung und ihren Gestaltungsmöglichkeiten, steuerlichen und zivilrechtlichen Rahmenbedingungen und der Auswahl des geeigneten Treuhänders. Referenten sind RA Cordula Haase-Theobald, RA Evelin Manteuffel und Prof. Dr. Karlheinz Mutscheler.

Zeit und Ort: 17 bis 19 Uhr mit anschließendem Empfang, Heinz-Nixdorf-Hörsaal der Bucerius Law School, Jungiusstr. 6, 20355 Hamburg

**Anmeldung und Informationen:** Tanja da Cunha, [tanja.dacunha@law-school.de](mailto:tanja.dacunha@law-school.de), Tel. 040-307 06 270

### **9th Annual Networking Meeting: Community Philanthropy Initiative, 24 – 25. Mai 2006 in Brüssel**

Das Netzwerktreffen steht unter dem Motto "Engaging the Citizen. Community philanthropy's cookbook. The role of community philanthropy organisations in increasing civic engagement"

Auf dem Programm stehen folgende Veranstaltungen:

- Community foundations: catalysts for civic participation in setting development priorities
- Fundraising and strategic partnerships
- Creating connections that count: corporate philanthropy and the role that community foundations have as collaborators and intermediaries in meeting community need
- The role of e-democracy principles and practices for community foundations: a novel approach for leadership and innovation
- Beyond money and grantmaking: community leadership by community foundations
- Insight into community foundations and corporates in Europe
- Recognizing the donor as a vehicle for social change
- From charity to business: transforming a community foundation to a professional organisation

Vollständiges Tagungsprogramm: [www.efc.be/ftp/public/CPI/9ANM/Programme.pdf](http://www.efc.be/ftp/public/CPI/9ANM/Programme.pdf)

**Informationen und Anmeldung:** [www.efc.be/3253](http://www.efc.be/3253) und [www.efc.be/ftp/public/CPI/9ANM/RegistrationForm.doc](http://www.efc.be/ftp/public/CPI/9ANM/RegistrationForm.doc)

### **CIVICUS World Assembly, 21. – 25. Juni 2006 in Glasgow, Schottland**

Die 6. CIVICUS World Assembly steht unter dem Motto „Acting together for a just world“.

**Informationen:** [www.civicassembly.org](http://www.civicassembly.org)

### **NCVO and VSSN: Researching the Voluntary Sector Conference, 13. bis 14. September 2006, Warwick University, Großbritannien**

Die vom Voluntary Sector Studies Network (VSSN) und dem National Council for Voluntary Organisations (NCVO) veranstaltete Konferenz findet zum 12. Mal statt.

Themen:

- Philanthropy and giving (donor motivation, measurement issues, funding issues, international comparison),
- Voluntary and community sector (VCS) /state relations (independence, the role of the VCS in public service delivery, government funding of the VCS, new localism and its implications, compacts),
- VCS infrastructure and management (contracting and procurement, performance and outcome measurement, workforce and skills, organisation's use of ICT, ChangeUp and capacity building; volunteer management),
- Civil renewal and active citizenship (the role of faith and BME groups in building communities, volunteering, the role of VCOs in

building participation, non-governmental public action).

- Public policy (accountability and transparency, gender issues, charity law reform).

Informationen: <http://www.ncvo-vol.org.uk/>

**Weitere Veranstaltungen,  
Ausschreibungen und Wettbewerbe:**

<http://www.buergergesellschaft.de>

<http://www.b-b-e.de/newsletter.html>

<http://www.aktive-buergerschaft.de/vab/>

<http://www.socialtimes.de/>

## Mitteilungen aus dem Institut

Thomas Ebermann

### Das Maecenata Institut als möglicher Projektpartner von Stiftungen und Unternehmen - Auswertung einer Anfrageaktion

Im September 2005 hat das Maecenata Institut gezielt Förderanfragen an deutsche Stiftungen und Unternehmen gerichtet. Eine eigens dafür entwickelte „Shopping List“ stellte verschiedene Projekt- und Programmbereiche ausführlich und mit Zahlen untermauert dar. Dadurch sollten den Stiftungen und Unternehmen gezielte Anknüpfungspunkte für Projektpartnerschaften bzw. Förderungen aufgezeigt werden. Umfangreiche Unterlagen zum Institut, seinen bisherigen Leistungen, Veröffentlichungen usw. wurden beigelegt.

Was die Stiftungen betrifft, wurden in intensiven Vorarbeiten zwei Gruppen identifiziert. Zum einen wurden 53 große deutsche Förderstiftungen ermittelt, die für eine mögliche Förderung in Frage kommen. Die zweite Gruppe bestand aus 113 kleineren und mittleren Stiftungen, deren Zweck Parallelen zur Arbeit des Instituts aufweisen. Ergänzend wurden 22

große Unternehmen recherchiert, die für eine mögliche Förderung in Frage kommen.

Insgesamt haben knapp 75% der angefragten Organisationen überhaupt nicht auf die einzeln und persönlich adressierten und unterschriebenen Schreiben des Instituts reagiert, nicht einmal mit einer Eingangsbestätigung. Wie mag es erst, so kann man fragen, einem Antragsteller ergehen, der weder Reputation noch Bekanntheit bei den Stiftungen aufweist. Raum für eine Optimierung der Kommunikation zwischen Stiftungen und möglichen Projektpartnern und für eine Beschäftigung der Stiftungen mit ihrer eigenen Sache ist jedenfalls vorhanden.

Die Reaktionen lassen sich wie im einzelnen folgt zusammenfassen (Stand 7. März 2006, d.h. nach rd. 5 Monaten):

#### 53 große Stiftungen:

keine Antwort:	41	77,36%
<u>Antwort:</u>	12	22,64%
davon Absagen:	8	66,66%
davon Einladung zu Gespräch	2	16,66%*
davon Aufforderung zur Antragstellung ..	2	16,66%**

#### 113 kleinere und mittlere Stiftungen:

keine Antwort	85	75,22%
<u>Antwort</u>	28	24,78%
davon Absagen:	27	96,42%
davon Zwischenbescheid	1	3,57%***

## 22 Unternehmen:

keine Antwort	14	63,64%
Antwort	8	36,36%
davon Absagen	7	87,50%
davon Zwischenbescheid ..	1	12,50%***

\* 1 Gespräch hat stattgefunden. Im Ergebnis wurde 1 Förderantrag eingereicht. Er wurde abgelehnt. Das 2. in Aussicht gestellte Gespräch wurde von der Stiftung wieder abgesagt.

\*\* 1 Antragstellung steht unmittelbar bevor.

\*\*\* Eine definitive Antwort steht aus.

### **Thomas Adam als Visiting Fellow am Maecenata Institut**

Von Januar bis August 2006 ist Dr. Thomas Adam als Visiting Fellow am Maecenata Institut. Er lehrt deutsche und transatlantische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der

University of Texas at Arlington. Thomas Adam arbeitet derzeit an einem Forschungsprojekt zu Stipendienstiftungen an deutschen Universitäten des 19. Jahrhunderts.

## **Neue Veröffentlichungen des Maecenata Instituts**

### *Report*

#### ***Bürgerengagement und Zivilgesellschaft in Deutschland. Stand und Perspektiven***

*2. Auflage, März 2006*

Das Maecenata Institut hat soeben die zweite, überarbeitete Auflage des im vergangenen Jahr erstmalig erarbeiteten Reports „Bürgerengagement und Zivilgesellschaft in Deutschland“ veröffentlicht.

Das Jahr 2005 war für die Zivilgesellschaft in Deutschland vor allem in fünf Punkten bemerkenswert:

1. Zivilgesellschaft als Begriff setzt sich in der international üblichen Definition auch in Deutschland durch.
2. Bürgerschaftliches Engagement nimmt weiter zu.
3. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen geben ihre traditionelle Ablehnung auf und bekennen sich zum Grundsatz der Transparenz.
4. Erstmals finden sich die Dachverbände der organisierten Zivilgesellschaft zur Erarbeitung gemeinsamer Vorschläge für die Reform der gesetzlichen Rahmenbedingungen zusammen.
5. In der Anerkennung der Zivilgesellschaft als gleichrangigem Akteur in der

Gesellschaft und in ihrer Beteiligung an politischen Prozessen gab es keine Fortschritte.

Der Report kann in gedruckter Fassung (so lange der Vorrat reicht) beim Maecenata Institut bestellt werden. Er steht außerdem unter

[http://www.maecenata.de/1500\\_publicationen/1500\\_publicationen.html](http://www.maecenata.de/1500_publicationen/1500_publicationen.html) zum Download bereit.

### *Sabine Reimer*

#### ***Die Stärke der Zivilgesellschaft in Deutschland / The Strength of Civil Society in Germany***

*dt./ engl., 2006, 230 S., ISBN 3-935975-45-7, € 24,90*

Der im Januar 2006 erschienene Band stellt die Ergebnisse des CIVICUS Civil Society Index für Deutschland vor. Er ist der Abschluss eines zweijährigen Forschungsprojektes. Mit dem Civil Society Index soll der Zustand von Zivilgesellschaften verschiedener Länder weltweit vergleichend erfasst und der Dialog zwischen ihren Akteuren angeregt werden. Das Projekt wurde von Civicus: World Alliance for Citizen Participation und Kooperations-

partnern in insgesamt 60 Ländern durchgeführt.

*Philipp Hoelscher*

***Italienische Zivilgesellschaft im Wandel.  
Neue Ansätze der Regierung Berlusconi***

*Arbeitshefte des Maecenata Instituts, Heft 17  
ISBN 3-935975-47-3*

€ 12,50

Zentrales Thema der Arbeit ist der Wandel, dem die Konzeptionen von Zivilgesellschaft in Italien ausgesetzt waren – in einem Land, in dem seit dem Zusammenbruch des Parteiensystems 1992 die Zivilgesellschaft eine Funktion annimmt, die am ehesten der Wiederentdeckung des Begriffes im Ostblock in den späten 80er Jahren entspricht. Gleichzeitig sind in diesem Zeitraum von Seiten eines omnipräsenten Staates immer wieder Interventionen in zivilgesellschaftliche Strukturen ausgegangen.

Kennzeichnend für die besondere Situation Italiens ist die Entstehung der großen Bankenstiftungen in den 90er Jahren, die über immense finanzielle Möglichkeiten zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Strukturen, aber auch von Kunst, Kultur und Forschung verfügen. Entstehung und Reform der Bankenstiftungen sowie die politische und verfassungsrechtliche Debatte um einen stärkeren staatlichen Einfluss auf ihre Tätigkeit, wie er von der Regierung Berlusconi gefordert wurde (jedoch nicht durchgesetzt werden konnte) stehen im Mittelpunkt der Arbeit.

*Philipp Hoelscher, Eva Maria Hinterhuber*

***Von Bürgern für Bürger? Bürgerstiftungen  
in Deutschlands Zivilgesellschaft***

*Schriftenreihe der Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung*

*2005, 120 S., ISBN 3-935975-46-5, € 24,90*

Der bereits im Dezember erschienene Band präsentiert die Ergebnisse des dreijährigen

Forschungsprojektes „Monitoring deutscher Bürgerstiftungen“.

Das Buch wurde auf einer deutsch-italienischen Tagung, vorgestellt, die das Maecenata Institut zusammen mit der Fondazione Cariplo in der Villa Vigoni (Menaggio, Italien) am 16. und 17. Januar dieses Jahres veranstaltet hat (siehe in dieser Ausgabe von Maecenata Aktuell unter Berichte).

## **Veranstaltungen des Maecenata Instituts**

### **Colloquium des Maecenata Instituts: Reform des Gemeinnützigkeitsrechts - Stand und Perspektiven, am 19. April 2006 in Berlin**

Seit einigen Monaten ist neue Bewegung in die Bemühungen gekommen, das sogenannte Gemeinnützigkeitsrecht auf der Grundlage der Empfehlungen der Enquete Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements zu reformieren.

Das Maecenata Institut hat mit seinen „Vorschlägen für eine grundlegende Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts“ einen Beitrag dazu geleistet. Darin wird ein einfaches, systematisch aufgebautes Gesetzeswerk gefordert, das den Erfordernissen einer modernen Bürgergesellschaft entspricht und mit dem EU-Recht kompatibel ist.

Seit der Veröffentlichung (abrufbar unter [http://www.maecenata.de/dokumente/1500\\_publicationen/Opuscula/2005\\_Opusculum19.pdf](http://www.maecenata.de/dokumente/1500_publicationen/Opuscula/2005_Opusculum19.pdf), gemeinsam erarbeitet mit dem Privaten Institut für Stiftungsrecht e.V.) gab es zahlreiche Impulse, Denkanstöße und Einwände, die im Rahmen des Colloquiums diskutiert werden.

Zeit und Ort: 15:30 Uhr bis 18:00 Uhr, Bibliothek des Maecenata Instituts, Albrechtstr. 22, 10117 Berlin

**Anmeldung** bis zum 31. März: Thomas Ebermann, 030-28 38 79 09, [te@maecenata.de](mailto:te@maecenata.de)

## Veröffentlichungen des Maecenata Instituts

### *Reihe Opuscula (Studien/ Ergebnisse von Untersuchungen)*

2001	Nr. 5	<b>Community Service und Service-Learning</b> Eine sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahme zum freiwilligen Engagement an amerikanischen Schulen und Universitäten. Frank Adloff
	Nr. 6	<b>Normen - Werte - Moralische Dialoge</b> Ein interdisziplinärer Dialog. Frank Adloff, Martin Bauschke
	Nr. 7	<b>Stiftungen in Körperschaftsform</b> Eine empirische Studie als Beitrag zur Klärung des Stiftungsbegriffs. Frank Adloff, Andrea Velez
	Nr. 8	<b>Operative Stiftungen</b> Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung zu ihrer Praxis und zu ihrem Selbstverständnis. Frank Adloff, Andrea Velez
2002	Nr. 9	<b>Förderstiftungen</b> Eine Untersuchung zu den Destinatären. Frank Adloff
	Nr.10	<b>Gesetz zur Modernisierung des Stiftungsrechts</b> Eingearbeitet in die durch das Gesetz geänderten Gesetze und Verordnungen. Gesine Bock (Bearb.)
2003	Nr. 11	<b>Die Verwaltungskosten von Nonprofit-Organisationen</b> Ein Problemaufriß anhand einer Analyse von Förderstiftungen Rainer Sprengel, Rupert Graf Strachwitz, Susanne Rindt unter Mitarbeit von Sabine Walker und Carolin Ahrendt
	Nr. 12	<b>Die Kultur der Zivilgesellschaft stärken - ohne Kosten für den Staat</b> Gutachten für den Deutschen Kulturrat Rupert Graf Strachwitz
	Nr. 13	<b>Staatliche Förderungsmöglichkeiten für das Fundraising von Umwelt- und Naturschutzverbänden</b> Gutachten für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Rainer Sprengel, Eva Maria Hinterhuber, Philipp Schwertmann, Bernhard Matzak
2004	Nr. 14	<b>Sind NGOs transparenter als zwischenstaatliche Organisationen und internationale Unternehmen?</b> Eine Analyse des Global Accountability Reports 2003 Annegret Reisner
	Nr. 15	<b>Die gemeinnützige Aktiengesellschaft (gAG)</b> Renaissance einer Organisationsform für bürgerschaftliches Engagement? Rainer Sprengel
2005	Nr. 16	<b>Spendensendungen und Spendenabwicklungspraxis der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland</b> Christoph Müllerleile
	Nr. 17	<b>Die größten deutschen Stiftungen.</b> Ergebnisse einer Stiftungsrecherche Thomas Ebermann, Rainer Sprengel
	Nr.18	<b>Strategische Philanthropie</b> Die Umsetzung des Stiftungszwecks durch eine Großstiftung am Beispiel der Fondazione Cariplo Philipp Hoelscher

zum kostenlosen Herunterladen (PDF) unter  
[http://www.maecenata.de/1500\\_publicationen/1520\\_opuscula.html](http://www.maecenata.de/1500_publicationen/1520_opuscula.html)

Ebenfalls zum kostenlosen Herunterladen, unter  
[http://www.maecenata.de/1200\\_aktuelles/1200\\_aktuelles.html](http://www.maecenata.de/1200_aktuelles/1200_aktuelles.html)

**Bürgerengagement und Zivilgesellschaft in Deutschland – Bilanz und Perspektiven**

### **Arbeitshefte**

*im Maecenata Verlag, jeweils 12,50 €*

2001	Nr. 6	<b>Frauen im deutschen Stiftungswesen</b> Analysen, Adressen Helga Stödter, Marita Haibach, Rainer Sprengel
	Nr. 7	<b>Das Verhältnis zwischen Staat und Museen neu betrachtet</b> Potentiale des Stiftungsmodells für Trägerschaftswechsel und Strukturreformen Tanja Ahrendt
2002	Nr. 8	<b>Untersuchungen zum Stiftungswesen 2000-2002</b> Vier Forschungsberichte Frank Adloff (Hrsg.)
2003	Nr. 9	<b>Kirche zwischen Staat und Zivilgesellschaft</b> Tagungsbericht Rupert Graf Strachwitz, Frank Adloff, Susanna Schmidt, Maria-Luise Schneider (Hrsg.)
	Nr. 10	<b>Partizipation in deutschen Bürgerstiftungen</b> Christian Fischbach
	Nr. 11	<b>Philanthropy and Civil Society</b> Rupert Graf Strachwitz
2004	Nr. 12	<b>Der Beitrag von Stiftungen zum Denkmalschutz in den neuen Bundesländern und Berlin</b> Anja Corsmeyer
	Nr. 13	<b>Reform des Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrechts. Ein Projektbericht an die Bertelsmann Stiftung</b> Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.)
	Nr. 14	<b>Bürgerstiftungen in Russland. Philanthropie zwischen Tradition und Neubeginn</b> Eva Maria Hinterhuber, Susanne Rindt
	Nr. 15	<b>Visions and Roles of Foundations in Europe. The German Report</b> Frank Adloff, Philipp Schwertmann, Rainer Sprengel, Rupert Graf Strachwitz
2005	Nr. 16	<b>Corporate Citizenship. Diskussionsbeiträge</b> Sabine Reimer, Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.)
2006	Nr. 17	<b>Italienische Zivilgesellschaft im Wandel. Neue Ansätze der Regierung Berlusconi</b> Philipp Hoelscher

### **Buchpublikationen**

*im Maecenata Verlag*

**Maecenata Stiftungsführer 2005, € 24,90**

**Die Stärke der Zivilgesellschaft in Deutschland / The Strength of Civil Society in Germany**  
Sabine Reimer, € 24,90

**Von Bürgern für Bürger? Bürgerstiftungen in Deutschlands Zivilgesellschaft**  
Schriftenreihe der Karl-Konrad-und Ria-Groeben-Stiftung  
Philipp Hoelscher, Eva Maria Hinterhuber, 2005, € 24,90

**Maecenata Jahrbuch für Philanthropie und Zivilgesellschaft 2004**  
Susanne Rindt, Rainer Sprengel und Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.), 2005, € 24, 90

**Reformbedarf im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht**  
Sabine Mock, 2005, € 24.90

**Muslimische Philanthropie und Bürgerschaftliches Engagement/  
Muslim Philanthropy and Civic Engagement**  
Peter Heine, Aslam Syed (Hrsg.), 2005, € 34,90

**Heritage and the Building of Europe**  
Sneška Quaedvlieg-Mihailović and Rupert Graf Strachwitz (Eds.), 2004, € 18,90

*in anderen Verlagen*

**Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis**  
Rupert Graf Strachwitz, Florian Mercker (Hrsg.)  
Verlag Duncker & Humblot, 2005, € 98,00

**Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven**  
Stefan Nährlich, Rupert Graf Strachwitz, Eva Maria Hinterhuber, Karin Müller (Hrsg.)  
VS Verlag, € 34,90

**Bestellung und Details:** [www.maecenata-verlag.de](http://www.maecenata-verlag.de) oder Fax 030-28 38 79 10

# Impressum

<b>Herausgeber</b>	MAECENATA Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Albrechtstraße 22, 10117 Berlin, Tel: +49-30-28 38 79 09, Fax: +49-30-28 38 79 10, E-Mail: mi@maecenata.de, Website: www.maecenata.de
<b>Redaktion</b>	Susanne Rindt, sr@maecenata.de
<b>Verlag</b>	Maecenata Verlag, Albrechtstr. 22, 10117 Berlin, Tel: +49-30-28 38 79 09, Fax: +49-30-28 38 79 10
<b>ISSN (Print)</b>	1615-6552

Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

**Anzeigen** können aufgenommen werden, Mediadaten auf Anfrage.

**Mitteilungen und Ankündigungen** von allgemeinem Interesse werden zur Veröffentlichung gern angenommen. Die redaktionelle Verantwortung des Herausgebers bleibt unberührt.

**Gastbeiträge** geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

*Zur **Rechtschreibung** in Maecenata Aktuell: Wir schließen uns keiner der gegensätzlichen Positionen für oder gegen die neue Rechtschreibung an. Sprache verändert sich aus sich heraus, Rechtschreibregeln sollten daher nicht staatlich diktiert werden. Wir denken, dass verschiedene Varianten zeitgleich existieren können. Aus diesem Grunde haben wir uns dagegen entschieden, für unser Journal stets Einheitlichkeit bei der Rechtschreibung herzustellen. Allen Autoren wird die Wahl der alten oder neuen Rechtschreibregeln überlassen, und wir werden diese Wahl respektieren.*